grundrisse

zeitschrift für linke theorie & debatte



herbst 2007 / preis 4,80 euro

23

Inhaltsverzeichnis

Erscheinungsdatum dieser Ausgabe: 15..09.07, Redaktionsschluss # 24: 15.11.07

Die **Redaktionstreffen** der **grundrisse** finden jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19 Uhr in der Martinstraße 46, 1180 Wien, statt. Interessierte LeserInnen sind herzlich eingeladen.
Weitere Infos unter: **www.grundrisse.net** und unter **redaktion@grundrisse.net**
Ein Jahresabo kostet für 4 Nummern Euro 18,-, **das 2-Jahres-Abo nur 33,- Euro**!
Bestellungen entweder an **grundrisse@gmx.net** oder an K. Reitter, Antonigasse 100/8, A-1180 Wien
Bankverbindung: Österreich: BAWAG Konto Nr. 03010 324 172 (K. Reitter), Bankleitzahl 14000.
International: BIC = BAWAATWW, IBAN = AT641400003010324172, Empfänger = K. Reitter, Zahlungszweck: Abo ab Nr. xx

Impressum: Medieninhaberin: Partei **grundrisse** Antonigasse 100/8, 1180 Wien
Herausgeberin: Redaktion **grundrisse** (Wolfgang Bacher, Dieter A. Behr, Martin Birkner, Bernhard Dorfer, Robert Foltin, Daniel Fuchs, Käthe Knittler, Birgit Mennel, Minimol, Franz Naetar, Paul Pop, Karl Reitter, Andrea Salzmann, Lisl Steger, Klaus Zoister)
MitarbeiterInnen dieser Nummer: Jens Benicke, Georg Gangl, Sandra Gendera, Bettina Haidinger, Philippe Kellermann, Isabell Lorey, Benjamin Opratko, Gáspár Miklós Tamás, Gerold Wallner
Graphikkonzept: Harald Mahrer, Layout: Karl Reitter, Umschlag: Andrea Salzmann
Erscheinungsort: Wien. Herstellerin: Digidruck, 1030 Wien
Offenlegung: Die Partei **grundrisse** ist zu 100% Eigentümerin der Zeitschrift **grundrisse**.
Grundlegende Richtung: Förderung gesellschaftskritischer Diskussionen und Debatten.

Copyleft: Der Inhalt der **grundrisse** steht unter der GNU-Lizenz für freie Dokumentation, außer wenn anders angegeben.

ISSN: 1814-3156
Key title: Grundrisse (Wien, Print)

Editorial

Liebe LeserInnen,

unser diesjähriges Sommerseminar war der Fragestellung „Was war der reale Sozialismus?“ gewidmet. Hintergrund dafür war das Vorhaben der Redaktion, unsere in den letzten Jahren geknüpften Kontakte in die „Ex-realsozialistischen“ Länder zu einem Erfahrungsaustausch zusammenzubringen, der sich nicht auf die übliche "westliche" Perspektive beschränken sollte. Aus verschiedensten Gründen kamen dann doch nicht so viele der (vor allem) osteuropäischen GenossInnen, wie wir erhofft haben. Spannend war´s allemal, und die TeilnehmerInnnen kamen zumindest aus fünf verschiedenen Ländern. Inhaltlich spannte sich der Bogen von theoretischen Begriffsbestimmungen über konkrete historische Analysen bis hin zur „großen Hintergrundfrage“, was das denn alles für die - nicht allzu rosige - Gegenwart und Zukunft sozialer Bewegungen in den betreffenden Weltgegenden bedeuten könnte.

Was erwartet euch in der Nummer 23 der grundrisse? Der aus einem Vortrag hervorgegangene Text "VirtuosInnen der Freiheit" von Isabell Lorey verhandelt vor allem anhand künstlerischer ProduzentInnen das in Paolo Virnos „Grammatik der Multitude“ entwickelte Phänomen des tendenziellen Zusammenfallens von politischer Virtuosität und produktiver Arbeit. Philippe Kellermann hingegen lenkt seinen historischen Blick auf die Zeit vor dem Kapitalismus. Mit Thomas Müntzer, Bartolomé de Las Casas und Sebastian Castellio porträtiert er drei Kämpfer für eine andere, bessere Welt, drei Figuren des „aufrechten Gang im Vorgestern“. Karl Reitter stellt mit den Begriffen „Realabstraktion“ und „gesellschaftliche Synthesis“ zwei Grundkategorien des Denkens von Alfred Sohn-Rethel vor, der nicht zuletzt für das wertkritische Denken zentrale Ausgangspunkte geliefert hat.

Sandra Gendera und Bettina Haidinger fragen nach den Bedingungen migrantischer Haus- und Pflegearbeit. Aus kritisch-sozialwissenschaftlicher Perspektive nehmen sie sowohl die (staatlichen) Rahmenbedingungen als auch die Selbstverortungen der Migrantinnen in den Blick. Elisabeth Steger entgegnet vor allem Gabriel Kuhns Text „Jenseits von Staat und Individuum“, welches vor kurzem im Unrast Verlag erschien. Gáspár Miklós Tamás, der uns bereits in der vorigen Nummer Einblicke in den „ganz normalen Kapitalismus“ des sogenannten „realen Sozialismus“ bescherte, analysiert diesmal in „Konterrevolution gegen eine Konterrevolution“ die meist von der radikalen Rechten hegemonialisierten Widerstände gegen die neoliberalen Reformregierungen in Osteuropa. Daneben wird aber auch die apolitische Kapitalismuskritik - nicht zuletzt jene der globalen Protestbewegung - kritisch in den Blick genommen und für eine politische Organisation der ArbeiterInnenklasse Stellung bezogen. Eine breite Palette von Buchbesprechungen (Maoismus, Kapital und Poulantzas neu lesen, Empire und die biopolitische Wende) beschließt diese Ausgabe.

Im Herbst/Winter werden wir uns unter anderem am „No way out?“ Kongress in Frankfurt (7.-9. Dezember) beteiligen, außerdem dürft ihr euch schon jetzt auf die ein oder andere grundrisse-Veranstaltung freuen. Eine größere Veranstaltung über Ökonomie und soziale Verhältnisse im Postfordismus ist ebenso in Planung. Aktuelle Informationen gibt´s auf unserer Homepage www.grundrisse.net bzw. über unsere Mailingliste (Anmeldung ebenfalls auf der Homepage). Zu guter letzt möchten wir noch nachdrücklich darauf hinweisen, dass ein grundrisse-Abo nicht nur eine überaus preisgünstige, sondern auch gesundheitspolitisch korrekte Alternative zu z.B. Komasaufen darstellt. Ein grundrisse-Jahresabo kostet deutlich weniger als 7,8 Krügerl/Halbe/große Biere! Nehmt euch das zu Herzen (& Leber)! Wem das noch nicht überzeugt, der/dem legen wir noch Jens Kastners empfehlenswertes Büchlein „Transnationale Guerila. Aktivismus, Kunst und die kommende Gemeinschaft“ in den Postkasten - zumindest den ersten beiden NeuabonenntInnen.

Eure grundrisse - Redaktion

ZU DEN BILDSTREIFEN

Herzlicher Dank geht an Boris Nieslony/ www.asa.de der „Die Kunst der Begegnung“ gemeinsam mit anderen Performance Art KünstlerInnen in verschiedenen Städten veranstaltet hat und mich mit guter Bilderkost versorgt hat. Der Begriff Straßen-Kunst greift hier entschieden zu kurz: es handelte sich um Interaktionen, Interventionen und Vivisektionen - um visuelle, phonetische, poetische und subversive Eingriffe in den öffentlichen Körper der Städte Hannover, Köln und Hildesheim. Und besonderer Dank geht an Pietro Pellini, der „die Kunst der Begegnung“ in Köln sehr schön dokumentiert hat und uns für diese Ausgabe der Grundrisse seine Photos zur Bearbeitung, somit zur Verfügung gestellt hat. Siehe auch: http://art.pietropellini.com/art_of_encountering. Bildstreifenfotos: © Pietro Pellini/VG Bildkunst

Lisl Steger

Isabell Lorey

VirtuosInnen der Freiheit
Zur Implosion von politischer Virtuosität und produktiver Arbeit

Der italienische Philosoph Paolo Virno formuliert in seiner 2005 auf Deutsch erschienenen Schrift „*Grammatik der Multitude. Öffentlichkeit, Intellekt und Arbeit*"[1] folgende These: „Ich bin überzeugt, dass in den Lebensformen wie auch in den Produktionsweisen der Gegenwart (…) direkt wahrgenommen wird, dass die Begriffspaare öffentlich/privat und kollektiv/individuell nicht mehr tragen, keinen Biss mehr haben, auseinander brechen."[2] Das Phänomen, an dem Virno die Ununterscheidbarkeit von kollektiver und individueller ebenso wie öffentlicher und privater Erfahrung untersucht, sind aktuelle „postfordistische" Produktionsweisen. Darunter versteht er mehr als Arbeit im traditionellen Sinne, also mehr als herstellende produktive Tätigkeit, sondern, wie er sagt, „das Zusammenwirken verschiedener Lebensformen"[3]. Es geht ihm um das Hegemonial-Werden von Produktionsweisen, die auf kommunikativen und kognitiven Fähigkeiten basieren, auf hoher Flexibilität beim Einsatz der Arbeitskraft, also dem permanenten Reagieren auf Unvorhergesehenes. Bei solchen Produktionsweisen wird die gesamte Person, besser: Persönlichkeit, ihr Intellekt, ihr Denken, ihr Sprachvermögen, ihre Affekte gefordert. Das führt Virno zufolge zu einem Ende von Arbeitsteilungen (im Sinne der Aufteilung der Arbeit) und zu erheblichen persönlichen Abhängigkeiten; nun allerdings weniger von Regeln und Vorschriften, sondern von einzelnen Personen im Arbeitsverhältnis (52f.), aber auch im Zusammenhang von Netzwerken, um gegebenenfalls an den nächsten Job zu kommen. Geben wir diesen Lebens- und Arbeitsverhältnissen den Namen „Prekarisierung". Im Folgenden soll jedoch, im Unterschied zu Virno, der Begriff der „VirtuosInnen" nicht für all die sehr unterschiedlichen prekären Verhältnisse eingesetzt werden, sondern nur für KulturproduzentInnen[4], deren Funktion allerdings weder Avantgarde noch Paradigma für alle Prekären ist.

Die Implosion der sozioökonomischen Sphären von privat und öffentlich, von Individuellem und Kollektivem beschreibt Virno in Relation zur

Aristotelischen Dreiteilung menschlicher Erfahrung in Arbeit (*poiesis*), Denken / Intellekt (*Leben des Geistes*) und politisches Handeln (*praxis*) (61). Trotz gelegentlicher Überschneidungsmöglichkeiten würden die drei Bereiche bis heute meist voneinander getrennt vorgestellt: Arbeit bedeutet in diesem Schema die Produktion neuer Objekte in einem sich wiederholenden, vorhersehbaren Prozess. Dem entgegengesetzt ist der zweite Bereich, der des Intellekts, seinem Wesen nach Vereinzelung und unsichtbar, da sich die Meditation der DenkerIn dem Blick der Anderen entzieht. Der dritte Bereich menschlicher Erfahrung schließlich, der des politischen Handelns, wirkt auf soziale Beziehungen ein und ist von der Sphäre der Arbeit, die durch Wiederholungsprozesse auf natürliche Materialien einwirkt, unterschieden. Bemerkenswert dabei ist, dass das politische Handeln in diesem Verständnis mit dem Möglichen und dem Unvorhergesehenen zu tun hat: es produziert keine Objekte, sondern verändert durch Kommunikation. (62f.) Nur das politische Handeln gilt in dieser Einteilung als öffentlich, denn es bedeutet, um mit Hannah Arendt zu sprechen, das „den Blicken der Anderen Ausgesetztsein".[5]

Trotz vielfacher Kritik an der Unangemessenheit dieses aristotelischen Modells für die Gegenwart findet diese Dreiteilung von Arbeit, Intellekt und politischem Handeln bis heute weite Verbreitung. Dies ist Virno zufolge nicht zuletzt auf den großen Einfluss Hannah Arendts zurückzuführen. Doch auch Arendt spricht von Ununterscheidbarkeiten zwischen den drei Bereichen – interessanterweise ebenso wie Virno im Zusammenhang mit Virtuosität, das heißt mit Kreativität in einem bestimmten Sinn. In ihrem Buch *Zwischen Vergangenheit und Zukunft* vergleicht sie die ausführenden KünstlerInnen, die VirtuosInnen, mit denjenigen, die politisch aktiv sind, also in ihrem Verständnis politisch handeln, sich den Blicken der Anderen aussetzen. (67) Denn bei diesen darstellenden KünstlerInnen liege, wie Arendt schreibt, „die Leistung im Vollzug selbst (…) und nicht in einem die Tätigkeit überdauernden und von ihr unabhängig bestehenden Endprodukt. (…) Genau so, wie das Musizieren oder das Tanzen oder das Theaterspielen für die Entfaltung ihrer Virtuosität auf ein Publikum angewiesen sind, das dem Vollzug beiwohnt, bedarf auch das Handeln der Präsenz anderer in einem (…) politisch organisierten Raum … ."[6]

Für Arendt ist Politik demnach eine Kunst der Darstellung, eine performative Kunst. Wegen des notwendigen Publikums, des „sich den Blicken anderer Aussetzens" brauchen sowohl Politik als auch Virtuosität einen so genannten „Erscheinungsraum". Und, so Arendt, „[w]as immer in diesem Erscheinungsraum vor sich geht, ist politisch per definitionem, auch wenn es mit Handeln direkt nichts zu tun hat."[7] Mit diesem Zusatz „auch wenn es mit Handeln direkt nichts zu tun hat", so lässt sich folgern, ist „jede Virtuosität wesentlich *politisch*" (67)[8]. Direkt nachdem sie die Verwobenheit von Virtuosität und Politik hervorgehoben hat, spricht Arendt in diesem Text in emphatischem Sinne von Freiheit. Darauf bezieht sich Virno allerdings nicht. Dieser Nexus von Virtuosität und Politik zur Freiheit scheint mir jedoch ein zentraler Punkt zu sein.

Der Erscheinungsraum nämlich, der politisch-öffentliche Bereich – und Arendt hat immer die griechische Polis vor Augen -, ist der Ort, „an dem Freiheit sich manifestieren (…) kann".[9] „Ohne einen solchen eigens für sie gegründeten und eingerichteten Raum kann Freiheit sich nicht verwirklichen. Freiheit ohne Politik gibt es eigentlich nicht, weil sie gar keinen Bestand hätte."[10] Diesen Freiheitsbegriff unterscheidet Arendt von dem der Gedanken- und der Willensfreiheit. Vor allem letztere ist für sie eine egozentrische Last des Christentums. Ihr geht es dagegen um eine politische Freiheit, die sich vom Privaten, von der „Sorge um das Leben"[11] gelöst hat und abgrenzt: um eine Freiheit im Öffentlichen, eine des Handeln- Könnens, nicht des Wollens und des Denkens.[12] Willensfreiheit ist in ihren Augen eine unpolitische Freiheit, weil sie „mit sich selbst erfahrbar" und von „den Vielen unabhängig" ist.[13]

Kommen wir zurück zu Virno, der sich, um die aktuellen prekären Produktionsweisen und Lebensformen zu erklären, neben Arendt auch auf Marx bezieht. Der wiederum erkenne die Tätigkeit darstellender KünstlerInnnen (worunter er Lehrer, Ärzte, Schauspieler, Redner und Pfarrer fasst) in seiner Perspektive nur als „Arbeit



ohne Werk“ an, und stelle sie in eine Analogie zu Dienstbotentätigkeiten. Folglich produzierten in Marx’ Verständnis weder solche VirtuosInnen noch das Dienstpersonal einen Mehrwert. Beide gehörten für ihn zum „Bereich der unproduktiven Tätigkeit“ (69). Doch ist Marx nicht der Vorwurf zu machen, er habe KulturproduzentInnen generell in den Bereich unproduktiver Arbeit verbannt. Denn er macht den Unterschied zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit nicht am Inhalt einer Arbeit fest. Vielmehr sei „*productive* Arbeit zu sein eine Bestimmung der Arbeit, die absolut nichts zu thun hat mit dem *bestimmten Inhalt* der Arbeit, ihrer besondren Nützlichkeit oder dem eigenthümlichen Gebrauchswerth, worin sie sich darstellt“.[14] Produktive Arbeit definiert Marx vielmehr über ein Verhältnis: nicht jedoch eines zu Geld im Allgemeinen und der Frage, ob eine Tätigkeit entlohnt oder unentgeltlich verrichtet wird. Das Verhältnis, das produktive Arbeit konstituiert, ist für Marx allein das zum Kapital. „Productive Arbeit tauscht sich direkt mit *Geld als Capital* aus“ und ist folglich eine, die „die von ihr geschaffenen Werthe dem Arbeiter selbst als *Capital gegenübersetzt*“[15]. Die Dienstleistung eines Arztes wie die einer Köchin bedeutet dagegen einen Tausch von „Arbeit gegen *Geld als Geld*“[16] und gilt deshalb nicht als produktiv. Den Unterschied zwischen beiden Tauschverhältnissen von Arbeit verdeutlicht auch Marx schließlich am Beispiel einer Virtuosin: „Eine Sängerin, die wie der Vogel singt, ist ein unproductiver Arbeiter. Wenn sie ihren Gesang für Geld verkauft, ist sie sofern Lohnarbeiter oder Waarenhändler. Aber dieselbe Sängerin, von einem entrepreneur engagiert, der sie singen lässt um Geld zu machen, ist ein productiver Arbeiter, denn sie *producirt* direkt Capital.“[17]

Was aber, wenn die Sängerin zur Unternehmerin ihrer selbst wird? Implodiert dann das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital in ihr selbst? Ist sie in Marx’ Denken als ‚unproduktiv’ zu bezeichnen, wenn sie in ihrer künstlerischen Selbständigkeit, ihren zeitlichen begrenzten Projekten nicht mehr ihre Stimme allein zu Markte trägt, sondern sich ständig mit ihrer gesamten Persönlichkeit verkauft, wenn ein Singen „wie der Vogel“, der Akquise des nächsten Jobs dient? Stehen KulturproduzentInnen heute, als gleichzeitig Dienstleistende, ProduzentInnen und Entrepreneurs ihrer selbst, nicht in den von ihnen geschaffenen Werten immer auch sich selbst als kapitalisierte Lebensform gegenüber, ähnlich und zugleich vollkommen anders als das Verhältnis, das Marx als „productive Arbeit“ definiert hat?

Auch Virno schlussfolgert, dass im Postfordismus, in Zeiten des kognitiven Kapitalismus[18] weder die Zuordnungen von Arendt weiterhin zutreffend sind noch Marx’ Instrumentarium offenkundig ausreichend erscheint um gegenwärtige Produktions- und damit verbundene Lebensweisen zu verstehen. Denn diese spitzen sich zu neuen Verhältnissen zu, in denen „die *produktive* Arbeit in ihrer Gesamtheit sich die besonderen Wesenszüge der künstlerischen, darstellenden Tätigkeit zueigen gemacht hat. Wer im Postfordismus Mehrwert produziert, verhält sich – von einem strukturellen Gesichtspunkt aus gesehen, versteht sich – wie eine PianistIn, eine TänzerIn usw.“ Virtuosität strukturiert, anders als Arendt es formulierte, heute somit nicht mehr nur das politische Handeln, sondern zunehmend neue immaterielle, auf einem weiten Begriff von Kreativität basierende *Arbeits*verhältnisse, die keineswegs als „unproduktiv“ zu verstehen sind. Vor dem Hintergrund des dreigeteilten Modells von Aristoteles und Arendt bedeutet die zunehmende Ununterscheidbarkeit von produktiver Arbeit und immaterieller, kreativer Tätigkeit, dass solch eine VirtuosIn sich „*infolgedessen* wie ein politischer Mensch“ verhält (70). Das bedeutet, dass offenbar weder die Trennung in *poiesis*, Intellekt und politische *praxis* weiterhin aufrechtzuerhalten ist, noch Marx’ Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit. Eine solche Feststellung von „Ununterscheidbarkeit“ ist jedoch weniger im Sinne Giorgio Agambens als Katastrophenszenario zu verstehen, denn als Notwendigkeit, zutreffendere analytische und politische Begrifflichkeiten zu entwickeln.

Bleiben wir bei Virnos These, dass die kreativ Arbeitenden die im klassischen Sinn politischen Menschen sind, da ihre Arbeit „die traditionellen Eigenschaften des politischen Handelns angenommen“ hat (64). Dies meint indes nicht, dass aufgrund zunehmender virtuoser Lebens- und Arbeitsverhältnisse eine gesteigerte Politisierung zu verzeichnen wäre. Im Gegenteil offenbart sich gegenwärtig eher eine „Krise der Politik“ (64). Ist doch postfordistischen Arbeitsverhältnissen längst alles Reizvolle der Politik inhärent, und in Folge dessen die Subjekte darin nicht *über*-, sondern „entpolitisiert“ (65). In dem Maße wiederum, in dem sich die Subjekte entpolitisieren, wird die „zeitgenössische Produktion ‚virtuos’ (und deshalb politisch)“ (73). Dann also, wenn Arbeit häufig zur Wissens- und Dienstleistungsarbeit und zugleich zum Mittel eines Selbst- UnternehmerInnentums transformiert, fällt der Intellekt verstärkt mit dem Bereich der Arbeit zusammen, der wiederum nicht mehr von dem der klassischen politischen *praxi*s zu unterscheiden ist. Wenn aber die Arbeit dergestalt politisch wird, dann verändert sich auch die klassische Sphäre des politischen Handelns: die Öffentlichkeit. Diese entsteht dann ständig als virtuose, mit anderen Worten: Es findet eine permanente Re-Kreation des öffentlichen

Raums statt. Denn das für den Arendtschen Öffentlichkeitsbegriff grundlegende „sich den Blicken der anderen Aussetzen“ hat sich zu einem der entscheidenden Merkmale virtuoser Arbeits- und Lebensverhältnisse entwickelt. Die „Präsenz des Anderen“ ist sowohl Instrument als auch Objekt der Arbeit geworden. Überdies basieren, Virno zufolge, aktuelle Produktions- und Lebensweisen in ihrer politischen Virtuosität auf der Kunst des Möglichen und dem Umgang mit dem Unvorhersehbaren.[19]

Was dies wiederum für die immer unmöglicher werdenden Grenzziehungen zwischen öffentlich und privat wie zwischen Produktion und Reproduktion bedeuten kann, möchte ich im Folgenden am Beispiel von bestimmten KulturproduzentInnen erläutern, an jenen nämlich, denen prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse nicht nur aufgezwungen werden, sondern die sie durchaus begehren und vor allem als freie und autonome Entscheidung verstehen.[20]

Solche VirtuosInnen, die ich im Folgenden meine, sind in keiner Weise auf das künstlerische Feld beschränkt. Darunter fallen beispielsweise auch WissenschaftlerInnen oder Medienschaffende. Sie gehen äußerst unterschiedlichen, ungleich bezahlten Projekttätigkeiten und Honorarjobs nach und verstehen sich durchaus auch als gesellschaftskritisch. Manchmal wollen sie gar keinen festen Job, manchmal wissen sie, dass sie davon nur träumen können. Dennoch gehen diese KulturproduzentInnen davon aus, dass sie ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse selbst gewählt haben, gerade um relativ frei und autonom ihre größtmöglichen Entfaltungen zu gewährleisten. Bei solchen VirtuosInnen spreche ich von Selbst- Prekarisierung.

Die Anrufung zur Selbstgestaltung gehört zu einer elementaren Regierungstechnologie moderner Gesellschaften und ist kein gänzlich neues neoliberales oder postfordistisches Phänomen. Mit der Aufforderung, sich am Normalen zu orientieren, mussten schon im Zuge der Moderne *alle* ein Verhältnis zu *sich* entwickeln, den eigenen Körper, das eigene Leben kontrollieren, indem sie sich selbst regulierten und so selbst führten. Untrennbar von dieser Selbst-Führung sind Ideen der *Eigen*tlichkeit, der Authentizität. So glauben wir bis heute beispielsweise, der Effekt von Machtverhältnissen sei das Wesen unseres Selbst, unsere Wahrheit, unser eigener, eigentlicher Kern. Diese normalisierende Selbst-Regierung basiert auf einer Imagination von Kohärenz, von Einheitlichkeit und Ganzheit, die auf die Konstruktion eines männlichen, weißen bürgerlichen Subjekts zurückgeht. Kohärenz wiederum ist eine der Voraussetzungen moderner souveräner Subjekte. Derart imaginierte, innere, natürliche Wahrheiten’, solche Konstruktionen von Eigentlichkeit nähren bis heute Vorstellungen davon, sich selbst und sein Leben frei, autonom und nach eigenen Entscheidungen gestalten zu können oder zu müssen. Solche Machtverhältnisse sind auch deshalb nicht leicht wahrzunehmen, da sie häufig als eigene, freie Entscheidung, als persönliche Einsicht daherkommen und bis heute das Begehren danach produzieren, zu fragen ‚Wer bin ich?’ oder ‚Wie kann ich mich selbst verwirklichen?’. Der im Zuge neoliberaler Umstrukturierungen so häufig gebrauchte Begriff der „Eigenverantwortung“ funktioniert nur über diese alte liberale Technik der Selbstregierung.

Im Grunde findet gouvernementale Selbstregierung, diese Souveränität auf Subjektebene, in einem scheinbaren Paradox statt. Denn diese moderne Selbstregierung bedeutet gleichzeitig Unterwerfung und Freiheit. Nur in dieser ambivalenten Struktur von Subjektivierung, die - in aller Unterschiedlichkeit im Einzelnen – sowohl im Privaten wie im Bereich des Öffentlichen grundlegend war, sowohl in der Familie wie in der Fabrik oder der Politik, nur in dieser paradoxen Subjektivierung findet die Regierbarkeit moderner Subjekte statt. Selbst-Gestaltbarkeit wiederum war konstituierend für dieses vermeintliche Paradox zwischen Regulierung und Ermächtigung.

Diese normalisierte souveräne männlich-weiße Subjektivierung brauchte im Liberalismus die Konstruktion des anormalen und devianten Anderen, das heißt des marginalisierten Prekären. Im Neoliberalismus verschiebt sich nun die Funktion der Prekären hin in die gesellschaftliche Mitte und wird normalisiert. Damit kann sich auch die Funktion der bürgerlichen Freiheit transformieren: weg von der Abgrenzung vom prekären Anderen, hin zur subjektivierenden Funktion in der normalisierten Prekarisierung.

Aktuelle Lebens- und Arbeitsverhältnisse verweisen nicht zuletzt auf eine Genealogie der sozialen Bewegungen seit den 1960er Jahren. Die durchaus dissidenten Praktiken alternativer Lebensweisen, die Wünsche nach anderen Körpern und Selbstverhältnissen (in feministischen, ökologischen, linksradikalen Kontexten) wollten sich immer auch vom Normalarbeitsverhältnis und den damit verbundenen Zwängen, Disziplinierungen und Kontrollen abgrenzen. Generell war die bewusste, die freiwillige Aufnahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse auch Ausdruck für ein Bedürfnis, die moderne, patriarchale Aufteilung in Reproduktion und Lohnarbeit zu überwinden.

In den vergangenen Jahren sind jedoch genau diese alternativen Lebens- und Arbeitsverhältnisse

immer stärker ökonomisch verwertbar geworden, weil sie die Flexibilisierung begünstigten, die der Arbeitsmarkt forderte. So waren Praktiken und Diskurse sozialer Bewegungen in den vergangenen dreißig, vierzig Jahren nicht nur dissident und gegen Normalisierung gerichtet, sondern zugleich auch Teil der Transformation hin zu einer neoliberalen Ausformung von Gouvernementalität.

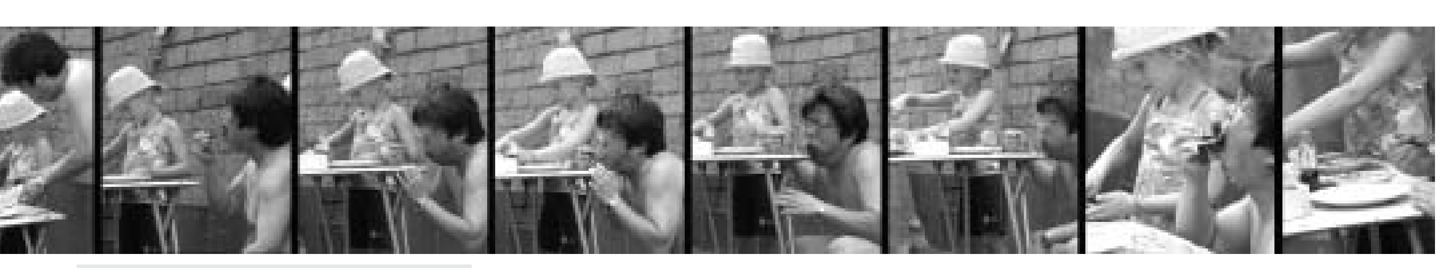
Auf der Ebene von Subjektivierung wird gegenwärtig auf eine neue Weise offensichtlich, dass sich alternative Lebens- und Arbeitsverhältnisse im Großen und Ganzen nicht von der Struktur einer traditionellen, bürgerlich-weiß-männlichen Subjektivierungsweise gelöst haben. Die Ambivalenz zwischen einer bestimmten bürgerlichen Idee von Freiheit auf der einen und der (Selbst-) Regulierung und Unterwerfung auf der anderen Seite ist alles andere als überwunden.

Die derzeitigen VirtuosInnen dieser Ambivalenz lassen sich mit ein paar Parametern weiter beschreiben: Sie gehen befristeten Tätigkeiten nach, leben von Projekten und Honorarjobs, von mehreren gleichzeitig und einem nach dem anderen, meist ohne Kranken-, Urlaubs- und Arbeitslosengeld, ohne Kündigungsschutz, also ohne oder mit minimalen sozialen Absicherungen. Meist sind sie kinderlos. Arbeit und Freizeit lassen sich nicht mehr trennen. In der nicht bezahlten Zeit findet eine Anhäufung von Wissen statt, welches wiederum nicht extra honoriert, aber selbstverständlich in die bezahlte Arbeit eingebracht und abgerufen wird. Das permanente Kommunizieren in Netzwerken ist überlebenswichtig. Nicht wenige von ihnen verstehen sich als links und kapitalismuskritisch.

Die Praktiken, um die es hier geht, sind jedoch sowohl mit Begehren als auch mit Anpassung verbunden. Denn diese Existenzweisen werden immer wieder auch in vorauseilendem Gehorsam antizipiert und mitproduziert. Die nicht existierenden oder geringen Bezahlungen, im Kultur- oder Wissenschaftsbetrieb zum Beispiel, werden allzu häufig als unveränderbare Tatsache hingenommen, anderes wird gar nicht erst eingefordert. Verhältnisse von Ungleichheit werden oft nicht wahrgenommen. Die Notwendigkeit, anderen, weniger kreativen, prekären Beschäftigungen nachzugehen, um sich das eigene Produzieren finanzieren zu können, wird hingenommen. Diese erzwungene und gleichzeitig selbst gewählte Finanzierung des eigenen kreativen Schaffens stützt und reproduziert genau die Verhältnisse immer wieder, unter denen man leidet und deren Teil man zugleich sein will. Vielleicht sind die kreativ Arbeitenden, diese selbst gewählt prekarisierten VirtuosInnen deshalb so gut ausbeutbare Subjekte, weil sie ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse wegen des Glaubens an die eigenen Freiheiten und Autonomien, wegen der Selbstverwirklichungsphantasien scheinbar unendlich ertragen. Sie sind in einem neoliberalen Kontext dermaßen ausbeutbar, dass sie mittlerweile nicht mehr nur von staatlicher Seite als Prototypen für neue Lebens- und Arbeitsweisen angeführt werden.

Mit dieser Selbst- Prekarisierung sind meist Erfahrungen von Angst und Kontrollverlust verbunden, Gefühle von Verunsicherung, sowie Angst vor und die Erfahrung von Scheitern, sozialem Abstieg und Armut. Auch deshalb sind ‚Loslassen' oder Formen des Ausstiegs und Abfallens vom hegemonialen Paradigma schwierig. Man muss ‚on speed' bleiben, sonst könnte man raus fallen. Die Bedrohung sitzt immer im Nacken. Klare Zeiten für Entspannung und Erholung gibt es nicht. Das Begehren nach Entspannung, danach, ‚zu sich selbst zu kommen' wird unstillbar. Derart reproduktive Praktiken müssen meist neu erlernt werden. Sie entbehren jeder Selbstverständlichkeit und müssen gegen sich und andere hart erkämpft werden. Das macht diese Sehnsucht nach Reproduktion, nach Regeneration wiederum so überaus vermarktbar.

Im gegenwärtigen Kontext von prekärer, weitgehend immaterieller, meist individualisierter Arbeit und ebensolchem ‚Leben' verändert sich folglich die Funktion von Reproduktion. Sie wird nicht mehr nur auf andere, vornehmlich Frauen ausgelagert. Individuelle Reproduktion und Generativität, die Produktion des Lebens individualisiert und verlagert sich nun zum Teil „in“ die Subjekte selbst hinein. Es geht um Regeneration jenseits von Arbeit, auch *durch* Arbeit, aber immer noch sehr häufig jenseits von angemessen bezahlter Lohnarbeit. Es geht um (Selbst-) Erneuerung, um ein Aus- sich- selbst- Schöpfen, sich selbst aus eigener Kraft wieder herstellen: eigenverantwortlich. Die Selbstverwirklichung wird zur reproduktiven Aufgabe für das Selbst. Arbeit soll die Reproduktion des Selbst gewährleisten.



Im Anschluss an Virno lässt sich daraus folgern, dass die Trennung von öffentlich und privat nicht nur in einer neuen entpolitisierten Öffentlichkeit, einem „Öffentlichsein ohne Öffentlichkeit" implodiert. Diese Implosion wird verstärkt durch eine weitere: diejenige von Produktion und Reproduktion in den beschriebenen Subjektivierungsweisen. Parallel dazu bestehen gleichzeitig die traditionellen gesellschaftlichen und ökonomischen Bereiche mitsamt geschlechtsspezifischer Segmentierung weiter.

Diese Subjektivierung, die sich strukturell kaum nach Geschlecht unterscheiden lässt,[21] findet durch die Implosionen offensichtlich in einem Widerspruch statt: in der Gleichzeitigkeit von *Prekarisierung* auf der einen – verbunden mit Angst, dem Gefühl von Schutzlosigkeit und Fragmentierung - und auf der anderen Seite von Kontinuität von *Souveränität*. Diese Kontinuität moderner souveräner Subjektivierung findet durch die Stilisierung von Selbstverwirklichung, Autonomie und Freiheit, durch Selbstgestaltung, Selbstverantwortung und die Wiederholung der Idee von Eigentlichkeit statt. Generell scheint diese Souveränität in erster Linie auf der ‚freien' Entscheidung zur Selbst-Prekarisierung zu beruhen.

Das wiederum könnte ein zentraler Grund dafür sein, dass die *strukturelle* Prekarisierung als tendenziell gesamtgesellschaftliches, neoliberal gouvernementales Phänomen, dem kaum eine freie Entscheidung zugrunde liegt, derart schwer gesehen werden kann, Kritik daran noch kaum zu hören ist und Gegen-Verhalten weitgehend ausbleibt. In diesem Fall ist die neue Öffentlichkeit ein Raum des Opportunismus und der Konformität.

Sogar mit Hannah Arendt, deren Analysen für die aktuellen ökonomischen und sozialen Transformationsprozesse offenbar kaum noch Relevanz zu haben scheinen, lassen sich die hier angeführten Phantasien von selbst-gewählter Freiheit und Autonomie kritisieren. Diese kommen nämlich Arendts Begriff von „Willensfreiheit" und dessen Gegensatz von „politischer Freiheit" sehr nahe. Denn wenn sich „das Ideal des Freiseins (…) vom Handeln- Können auf das Wollen verschoben hat," kann es „nicht mehr die Virtuosität des Mit- einander- zusammen Handelns sein, das Ideal wurde vielmehr die Souveränität, die Unabhängigkeit von allen anderen und gegebenenfalls das Sich- Durchsetzen gegen sie".[22] Politische Freiheit funktioniere jedoch nur „unter der Bedingung der Nicht-Souveränität"[23].

Statt die eigenen Involviertheiten im Kontext von Prekarisierung zu reflektieren, werden nicht selten gerade in linken Zusammenhängen Diskussionen darum geführt, wer noch dazu gehört und wer nicht mehr, wer luxus- und wer armutsprekär ist. Noch immer scheint es unabdingbar, zunächst das betroffene, zu politisierende Kollektiv festmachen zu müssen, welches meistens in irgendeiner Weise die anderen sind. Ich denke allerdings, solange die eigenen Selbst-Prekarsierungen, die Phantasien darüber, sich ohnehin jenseits des Mainstreams, Bürgertums oder wo auch immer zu bewegen, weil gerade in der jeweiligen Nische die eigenen Vorstellungen von Freiheit und Autonomie lebbar seien, unreflektiert bleiben, kann weder theoretisch noch politisch verstanden werden, wie durch die selbst-gewählten Lebens- und Arbeitsverhältnisse eine strukturell optimal regierbare Subjektivierung entsteht, was nichts anderes bedeutet, als eine gewählte Unterwerfung unter neoliberal gouvernementale Regierungsformen.

Folgt man Virnos Implosionsthese der Aristotelisch- Arendtschen Dreiteilung, dann muss auch eine Krise linker Politik thematisiert werden. Stellt sich dann nicht die Frage, ob durch unreflektierte Selbst- Prekarisierung zwar unentwegt neue Öffentlichkeiten entstehen und sogar die Trennungen von privat und öffentlich, von Arbeit und Reproduktion in der eigenen Subjektivierung aufgelöst werden, aber gerade dadurch, wie Virno sagt, entpolitisierte Subjekte entstehen?

E-Mail: lorey@niatu.net

Anmerkungen:

1 So lautet der Untertitel der Übersetzung von Klaus Neundlinger bei Turia + Kant, Wien 2005, der besser zu diesem Text passt, als der von Thomas Atzert beim ID-Verlag: „Untersuchungen zu gegenwärtigen Lebensformen", Berlin 2005.

2 Virno. Grammatik. Berlin, 12 (Wien, 30)

3 Virno. Grammatik. Wien, 61. Im Folgenden wird die Seitenzahl der Wiener Ausgabe im Text angegeben.

4 „KulturproduzentInnen" wird hier als paradoxe Bezeichnung verstanden. Sie verweist auf eine Imagination der bezeichneten Subjekte, nämlich die des eigenen Produzierens und des Gestaltens des Eigenen. Gleichzeitig aber geht es darum, dass diese Subjektivierungsweisen Instrumente des Regierens, mithin funktionale Effekte biopolitisch gouvernementaler Gesellschaften der abendländischen Moderne sind. Deshalb hat ‚KulturproduzentInnen' eine widersprüchliche, nicht kohärente Bedeutung. Bei ‘KulturproduzentInnen' geht es nicht in erster Linie um KünstlerInnen. Siehe hierzu ausführlicher:

Isabell Lorey: Gouvernementalität und Selbst-Prekarisierung. Zur Normalisierung von KulturproduzentInnen. In: transversal. „Maschinen und Subjektivierung". 11/2006, Fn 1. http://eipcp.net/transversal/1106/lorey/de

5 Hannah Arendt: Vita Activa oder vom täglichen Leben [1958]. München: Piper 1981, 164 ff.

6 Hannah Arendt: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken 1 [1968]. Hrsg. v. Ursula Ludz. München, Zürich: Piper 1994, 206 und 207.

7 Ebd, 207.

8 Um die darstellende künstlerische Tätigkeit als VirtuosIn zu entpolitisieren, muss man folglich bleibende, dauerhafte Produkte schaffen. Siehe das Glenn Gould-Beispiel von Virno.

9 Arendt. Zwischen Vergangenheit, 207

10 Ebd., 207f.

11 Ebd., 208.

12 Ebd., 208ff. insbes. 208, 212ff.

13 Ebd., 212.

14 Karl Marx: Productive und Unproductive Arbeit. In: Ders.: Ökonomische Manuskripte 1863-1867. MEGA II 4.1, Berlin: Dietz 1988, 108-117, 113. Ich danke Karl Reitter für diesen Hinweis.

15 Ebd., 112.

16 Ebd., 116.

17 Ebd., 113.

18 Antonella Corsani: Wissen und Arbeit im kognitiven Kapitalismus. Die Sackgassen der politischen Ökonomie. In: Thomas Atzert, Jost Müller (Hrsg.): Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu Empire. Münster: Westfälisches Dampfboot 2004, 156-174.

19 Vgl. Paolo Virno: Virtuosity and Revolution. Online unter: http://makeworlds.org/node/34

20 Siehe dazu ausführlicher Isabell Lorey: Vom immanenten Widerspruch zur hegemonialen Funktion. Biopolitische Gouvernementalität und Selbst-Prekarisierung von KulturproduzentInnen. In: Gerald Raunig; Ulf Wuggenig (Hg.): Kritik der Kreativität. Wien: Turia + Kant 2007, 121-136.

21 Dies liegt sicherlich zu einem erheblichen Teil an der Kinderlosigkeit der hier beschriebenen VirtuosInnen. Ein Grund dafür ist ihre Prekarisierung trotz Selbstausbeutung und Selbstverwirklichungsphantasien. Sozial strukturierende Trennlinien verlaufen hier nicht signifikant entlang der Gender-Linie. Wie sich dies bei der „Zusatzbedingung Mutterschaft" oder „immer noch mit Weiblichkeit verbundenen Care-Verpflichtungen" ändert, dazu: G. Günter Voß; Cornelia Weiß: Ist der Arbeitskraftunternehmer weiblich?. In: Lohr, Karin; Nickel, Hildegard Maria (Hg.): Subjektivierung von Arbeit. Riskante Chancen. Münster 2005, 65-91, hier 85. Zur neoliberalen Neufassung der Geschlechterverhältnisse zwischen „Re-Traditionalisierungstendenzen" und „flexibilisierte[n] Geschlechterbilder[n]" siehe Katharina Pühl; Birgit Sauer: Geschlechterverhältnisse im Neoliberalismus. Konstruktion, Transformation und feministisch-politische Perspektiven. In: Helduser, Urte et al. (Hg.): under construction? Konstruktivistische Perspektiven in feministischer Theorie und Forschungspraxis. Frankfurt/M./New York: Campus 2004, 165-179, hier 175.

22 Arendt. Zwischen Vergangenheit, 213

23 Ebd., 214

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Nuss, Sabine
Copyright & Copyriot
Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus
2006 - 269 S. - € 19,90
ISBN: 978-3-89691-647-1



Bernd Belina/Boris Michel
Raumproduktionen
Beiträge der Radical Geography
Eine Zwischenbilanz
(Raumproduktionen Band 1)
2007 - 307 S. - € 27,90
ISBN: 978-3-89691-659-4



Benno Teschke
Mythos 1648
Klassen, Geopolitik und die Entstehung des europäischen Staatensystems
(Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft Band 22)
2007 - 308 S. - € 39,90
ISBN: 978-3-89691-122-3



www.dampfboot-verlag.de



Ernst Lohoff: Der Wert des Wissens. Über Informationskapitalismus • Stefan Meretz: Der Kampf um die Warenform. Über Universalgüter • Peter Samol: Arbeit ohne Wert. Über die „Dienstleistungsgesellschaft" • Franz Schandl: Maske und Charakter. Über das bürgerliche Subjekt

Erscheint einmal jährlich, ca.170 Seiten, 10 Euro pro Heft.

Abo und Einzelhefte: Redaktion krisis, Postfach 810269, 90247 Nürnberg, Tel.: +49 (0911) 705628, Fax: +49 (0911) 7809542, e-mail: krisisweb@yahoo.de

Auch im Buchhandel erhältlich.

Gesamtverzeichnis auf www.krisis.org oder anfordern.

www.krisis.org www.streifzuege.org

„Was kümmert es uns, dass die Geschichtsschreiber das Leben der Könige und der Fürsten, ihre Regierungsmaßnahmen und ihre Bemühungen, sich auf Kosten des Volkes zu bereichern, beschreiben. So würde ein Arzt die Geschichte eines Menschen durch die Geschichte seiner Krankheiten darzustellen versuchen.“
Elisée Reclus

„Der Gegner ist die Zeit“
DIE TOTEN HOSEN

Philippe Kellermann

Über den aufrechten Gang im Vorgestern Drei Geschichten über den Kampf um eine bessere Welt

0. Einleitung

„Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte“, heißt es an einer Stelle bei Marx und Engels (1845, 18). Die Bedeutung der Geschichte lag bei ihnen vor allem darin, in ihr jene geschichtlichen Bewegungsgesetze aufzuzeigen, die dann später im Marxismus-Leninismus unter dem Label ’historischer Materialismus’ kanonisiert wurden. Unterfüttert mit der im *Manifest* geäußerten Vorstellung, nach der die Geschichte „aller bisherigen Gesellschaft (...) die Geschichte von Klassenkämpfen“ sei (Marx/Engels 1970, 42), gerieten nicht nur die jeweiligen Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte in den Blick, sondern auch die Kämpfe, die innerhalb der gesellschaftlichen *ensembles* ausgetragen wurden. Unter der Fragestellung, welches die fortschrittlichen, das jeweilige System sprengenden Kräfte gewesen waren, erarbeitete sich ’die Linke’ eine Ahnengalerie, an die anzuknüpfen oder deren Kämpfe zu vollenden sie sich als Aufgabe gestellt hatte. Ergebnisse waren z.B. Engels’ Arbeit *Der deutsche Bauernkrieg*(1850) oder Kautskys mehrbändige Reihe über *Vorläufer des neueren Sozialismus* (Ende 19.Jh.). Aber nicht nur Marxisten, auch Anarchisten wandten ihren Blick zurück, um nach Vorfahren Ausschau zu halten. So beispielsweise Max Nettlau in seinem Buch *Vorfrühling der Anarchie* (1925).

War man in all diesen Arbeiten darum bemüht, im Vergangenen Anschlussfähiges zu suchen, so scheinen im Gegensatz dazu heute viele Linke eher bemüht, alle Brücken zum Gestern und Vorgestern abzubrechen. Beispielhaft ist die Auseinandersetzung mit der Arbeiterbewegung, die unter Labeln wie „Weltanschauungsmarxismus“ (Heinrich) oder „Arbeiterbewegungsmarxismus“ (Kurz) vehemente Kritik erfahren hat. Nun ist diese Kritik keineswegs unberechtigt. Problematisch scheint mir nur, dass von manchen überhaupt nicht mehr die Frage nach Heterogenität und Kontext einer solchen Bewegung gestellt wird. Mit dem Gestus, dass man heute sowieso alles besser wisse, werden auch die progressiven Tendenzen im Vergangenen völlig außer Acht gelassen.

Dabei steht aber nicht nur die Erinnerung an Kämpfe der letzten 100 Jahre auf dem Spiel. Auch die Zeit davor gerät aus dem Blick. Dabei gab es auch im Vorgestern Hoffnungen, Sehnsüchte, Wünsche und Kämpfe; Versuche einer als zutiefst ungerecht empfundenen Situation gegenüberzutreten und diese zu bezwingen.

Im Folgenden möchte ich von drei Personen erzählen, die im 16.Jahrhundert solche Kämpfe in unterschiedlicher Weise geführt haben. Thomas Müntzer im heiligen römischen Reich deutscher Nation (I.), Bartolomé de Las Casas in den Kolonien der Neuen Welt (II.) und Sebastian Castellio im von Calvin dominierten Genf (III.).[1]

Sie in ihrer Geschichtlichkeit ernst nehmend, soll am Beispiel dieser Drei gezeigt werden, dass es, erstens, Hoffnungen auf und Kämpfe um eine gerechte Welt schon vor der modernen bürgerlichen Gesellschaft gegeben hat, und zweitens, von welchen Gedanken diese Hoffnungen und Kämpfe getragen wurden, auch wie radikal diese in mancher Hinsicht waren. Ekkehart Krippendorff hat von der „produktive[n] Erinnerung an Haltungen des aufrechten Gangs" (1999, 7) gesprochen und, getragen von der alten Hoffnung der Humanisten, geschlussfolgert, dass „indem wir Leistungen anderer und früherer zu bewundern vermögen" wir uns selbst steigern, „da wir sie uns zum Vorbild nehmen" (ebd.22). Auch wenn ich diese Hoffnung nicht teile, und die folgenden Personen auch nicht unreflektiert als nachzuahmende Vorbilder präsentieren möchte, bin ich der Meinung, dass sie vor dem Vergessen bewahrt werden sollten.

I. Thomas Müntzer (~1489-1525): Reformation, Bauernkrieg und die Verwirklichung des Reichs Gottes auf der Erde.

„Das Volk wird frei werden, und Gott wird allein der Herr darüber sein"
Thomas Müntzer. Hochverursachte Schutzrede

„Die Verneinung des Jenseits hat die Bejahung des Diesseits zur Folge; die Aufhebung eines besseren Lebens im Himmel schließt die Forderung in sich: Es soll, es muss besser werden auf der Erde; sie verwandelt die bessere Zukunft aus dem Gegenstand eines müßigen, tatlosen Glaubens in einen Gegenstand der Pflicht, der menschlichen Selbsttätigkeit." (Feuerbach zit.n. Harich 1998, 38) Thomas Müntzer, um den es zuerst gehen soll, hätte diese Ansicht Feuerbachs wohl befremdet. War es doch gerade sein *religiöser* Glaube, der ihn dazu trieb, einen diesseitigen Kampf zu führen, an dessen Ende das erhoffte Reich Gottes *auf Erden* verwirklicht werden sollte. Man nimmt an, dass Müntzer[2] im Dezember 1489 in Stolberg im Harz geboren wurde. Über seine Jugend ist wenig bekannt, seine Eltern scheinen aber über einen gewissen Wohlstand verfügt zu haben. Nach seinem Studium in Frankfurt/Oder und Leipzig und seiner Weihung zum Priester, finden wir Müntzer mitten im reformatorischen Geschehen der „Sturmjahre der Reformation" wieder. Schon früh sieht auch er sich, wie Luther, u.a. mit Fragen des Ablasses konfrontiert und scheint sogleich positiv auf die beginnende reformatorische Bewegung reagiert und diese mitgetragen zu haben. 1517 war das Jahr, in dem Luthers ursprünglich für eine theologische Disputation verfassten Thesen zum Ablass verbreitet wurden und das Fass zum Überlaufen brachten. Schon lange gärte im Volk der „Pfaffenhass", gerichtet auf eine verweltlichte, in Luxus schwelgende Kirche, die dem Ideal der Frömmigkeit, also einer überzeugend vorgelebten Lebensweise in der Nachfolge Christi, nicht nachkam. Parallel dazu hatten sich die ökonomischen und besonders die politisch-rechtlichen Verhältnisse durch den Aufstieg der Kurfürsten und die dadurch in Bedrängnis geratenen niederen Feudalgewalten, die deshalb zu einer rigideren Auspressung übergingen, für den „gemeinen Mann"[3] größtenteils verschlechtert. Drückend hohe Abgaben sowie der Verlust politischer Selbstbestimmung auf Gemeinde- und lokaler Ebene erregten weithin Unmut. Überdies setzte eine soziale Differenzierung in Stadt und Land ein, in deren Folge es zu einer zunehmenden Polarisierung vor allem innerhalb der Stadtbevölkerung aber auch in den Dörfern kam.[4] Die Kirche wiederum war als rechtlich unabhängige (bzw. nur an Rom gebundene) Institution, die darüber hinaus über gewaltige Ländereien verfügte, manchem auf Souveränität bedachten Kurfürsten und städtischen Rat ein Dorn im Auge. Ihre ausbeuterische Praxis machte sie zudem auch bei den unteren Schichten verhasst, sodass sie insgesamt zunehmend an Glaubwürdigkeit verlor.

Ob in Jüterbog oder Zwickau, überall wo Müntzers Wirken überliefert ist, sehen wir ihn als kämpferischen Mann gegen den Klerus. Es ging ihm aber nicht nur um den Klerus allein, sondern auch darum, im Sinne einer „treffliche[n], unüberwindliche[n] zukünftige[n] Reformation" (1990, 78) alle weltlichen Verhältnisse dem Evangelium gemäß zu gestalten. Seine weitreichenden Hoffnungen werden deutlich, als er sich nach seiner Vertreibung aus Zwickau nach Böhmen, dem Heimatland der hussitischen Ketzerbewegung, begibt und dort in seinem



sogenannten *Prager Manifest* formuliert: „in eurem Lande wird die neue apostolische Kirche angehen, danach überall" (ebd.22). Doch auch aus Prag wird Müntzer vertrieben. Das Manifest zeigt darüber hinaus, wie Müntzer auf die historische Situation – gerade war im Reich das Wormser Edikt verabschiedet worden – reagiert: mit zunehmender Radialisierung. Erste apokalyptische Töne werden vernehmbar und eine eigene theologische Denkweise erkennbar, die sich in dem Satz „Thomas Müntzer will keinen stummen, sondern einen redenden Gott anbeten" zusammenfassen lässt (ebd.23).

Als Müntzer im Frühjahr 1523 eine Anstellung als Prediger in Allstedt antritt, hat er endlich Gelegenheit, seine weitreichenden Vorstellungen zur Reform des Gottesdienstes umzusetzen. Alles Geschehen im Gottesdienst wird verdeutscht und die Gemeinde konsequent am Geschehen beteiligt. Hierarchien und der durch die lateinische Sprache genährte Aberglaube des Volkes sollen abgebaut werden. Diese Reformen (die übrigens die weitgehendsten Neuerungen zu dieser Zeit waren) und sicher auch die charismatische Ausstrahlung Müntzers sorgen für einen großen Andrang von Gläubigen. Sogar aus den katholischen Nachbargemeinden kommen die Leute scharenweise. In der aus rund 700 Einwohnern bestehenden Kleinstadt versammeln sich zur Sonntagspredigt mehr als 2000 (!) Menschen.

Müntzers Anziehungskraft führt zu ernsten Auseinandersetzungen mit den katholischen Obrigkeiten der Umgebung, die dazu übergehen, ihren Untertanen den Besuch zu verbieten und sie auf dem Weg nach Allstedt zu überfallen. Müntzer setzt sich zwar für deren gute Behandlung ein und droht den Obrigkeiten, hält aber die mit ihm in Kontakt stehenden Sympathisanten noch ausdrücklich von Gewaltanwendung ab. Noch sind seiner Meinung nach die Menschen nicht reif genug dafür, Gottes Werk zu vollstrecken. Dies sollte sich erst mit dem Bauernkrieg ändern.

Als sich auch in Allstedt die Lage zuspitzt, sieht sich Müntzer gezwungen, eines Nachts über die Stadtmauer zu fliehen. Nach weiterem Wirken in den städtischen Kämpfen in der freien Reichsstadt Mühlhausen/Thüringen kommt er auf dem Rückweg von einer Reise nach Nürnberg zum Jahresende 1524 in Süddeutschland mit den in Aufstand befindlichen Bauern in Kontakt. Goertz fasst die folgenden Ereignisse kurz zusammen: „In Windeseile verbreitete er [der Aufstand] sich, wie ein Flächenbrand, in nördliche Richtung. Der Oberrhein, der Schwarzwald und das Elsass, die Ufer des Bodensees, das Allgäu, Franken, das Neckartal und der Odenwald standen in Aufruhr. In der Karwoche erreichte er Fulda, drang ins Werratal ein und bewegte sich nach Thüringen fort, auf Mühlhausen zu. Schlösser gingen in Flammen auf, Klöster wurden geplündert und zerstört" (Goertz 1989, 148).[5] Unmengen an Flugblättern zirkulierten[6] – berühmt die Forderungen der Aufständischen in den *Zwölf Artikeln*.[7] Tausende standen, in „christlichen Vereinigungen" versammelt, unter Waffen und übernahmen in größeren Territorien zeitweilig die Macht.[8]

Müntzer, der durch den Aufstand darin bestärkt wird, dass es nun Gottes Kampf zu kämpfen gilt, eilt nach Mühlhausen zurück und unternimmt ebenfalls Aktionen gegen die lokalen Obrigkeiten. In Frankenhausen kommt es im Mai zum Zusammentreffen mit vereinten adligen Kräften. Während im Lager der Aufständischen noch über die Situation und ein Angebot der Fürsten beraten wird, fallen diese überraschend über den Haufen her. Es kommt zu einem riesigen Abschlachten. 6000 Menschen werden sofort niedergemetzelt oder auf der Flucht in die Stadt niedergemacht – nicht zufällig heißt dieser Weg seitdem 'Blutrinne'.[9] Für Luther, der sich auf die Seite der Obrigkeiten stellt, haben sich diese damit sogar ums Evangelium verdient gemacht.[10] Müntzer wird aufgegriffen und festgenommen, danach verhört und gefoltert. Tage später wird er – zusammen mit seinem Mühlhausener Mitstreiter Pfeiffer – im Feldlager zwischen Görmar und Mühlhausen geköpft, ihre Häupter auf Spieße gesteckt und als Mahnung zur Schau gestellt.

Worum ging es Müntzer? Es sollte die Verbindung von Mensch und Gott wiederhergestellt werden und ein gottgenehmes Leben im Dienste der Brüderlichkeit gelebt werden. Voraussetzung für letzteres aber war der Zugang zu Gott. Nur durch die Auserwählten konnte die Herankunft des Gottesreiches vorbereitet werden, „denn der Herr nimmt die Schwachen auf, um die Gewaltigen vom Stuhle zu stoßen" (1990, 219). Wie aber konnte der von Gott durch die Sünde abgefallene Mensch wieder zu Gott finden? Der Katholizismus antwortete auf diese Frage mit der hierarchisch abgesicherten Lehrautorität. Dagegen hatte Luther darauf bestanden, dass allein das Wort der Bibel (*sola scriptura*-Prinzip), nicht aber eine 'von oben' (also dem Papst) privilegierte Person den Zugang zu Gott vermitteln konnte. Müntzer kann sich mit beiden Auffassungen nicht anfreunden. Vielmehr radikalisiert, subjektiviert er den Lutherschen Ansatz, indem er betont, dass nicht die Schrift, sondern das Hören auf das Wirken des Heiligen Geistes in uns zu Gott führe. Wer diesen Geist, der potentiell zu allen spricht (Goertz 1967, 48), zu hören vermag, gehört für Müntzer zu den Auserwählten. Dass man den Geist überhaupt zu hören beginnt, wird für ihn wesentlich bestimmt durch

das Leiden an der Welt und der Abkehr von der kreatürlichen, herrschaftlich verfassten Welt. Da Müntzer davon ausgeht, dass man mit dem Erfassen des Geistes prozesshaft sein Leben radikal verändert und sich dem christlichen Vorbild annähert, ist die Lebensweise gleichsam Möglichkeit, zu überprüfen, ob jemand nur behauptet, den Geist zu hören, oder ihn tatsächlich erfahren hat.

An dieser Stelle verbindet sich Theologisches und Politisches, da es vor allem die unteren Schichten sind, die leiden, während die oberen Schichten durch ihre Herrschsucht und Habgier der kreatürlichen Welt verhaftet sind. Nun predigt Müntzer aber keineswegs die Hinnahme des Leidens in – wie er es Luther vorwirft – „beschissene[r] Demut" (1990, 137). Vielmehr sieht er die Zeit gekommen, in der sich die Welt dem Ende zuneigt und die Leidenden, also die Auserwählten, das Reich Gottes auf der Erde errichten, bzw. vorbereiten. Dass die gegenwärtigen Verhältnisse aufgrund ihrer strukturellen Defizite dafür grundlegend geändert werden müssen, sieht Müntzer deutlich: „Sieh zu: Die Grundsuppe des Wuchers, der Dieberei und Räuberei sind unsere Herren und Fürsten, sie nehmen alle Kreaturen zum Eigentum; die Fische im Wasser, die Vögel in der Luft, das Gewächs auf Erden, alles muss ihr eigen sein (Jes.5). Darüber lassen sie dann noch Gottes Gebot unter die Armen ausgehen und sprechen: ‚Gott hat geboten: du sollst nicht stehlen!' Das dient ihnen aber nicht. Wenn sie nun alle Menschen nötigen, den armen Ackermann, Handwerksmann und alles, was da lebt, schinden und schaben (Mich.3) - und wenn er sich am Allergeringsten vergreift, so muss er hängen -, dann sagt denn der Doktor Lügner [gemeint ist Luther]: ‚Amen' Die Herren machen es ja selber, dass der arme Mann ihnen feind wird. Die Ursache des Aufruhrs wollen sie nicht wegtun, wie kann das auf die Dauer gut werden? Wenn ich das sage, muss ich aufrührerisch sein, wohl hin!" (ebd.127/128)

Müntzer selbst hat zu dem von ihm erhofften künftigen Reich wenig gesagt. In dem kurz vor seinem Tod in Gefangenschaft erpressten Bekenntnis wird er zitiert: „Ist ir artigkel gewest und habens uff dye wege richten wollen: Omnia sunt communia, und sollten eynem idern nach seyner notdorft ausgeteylt werden nach gelegenheyt." (1968, 548) Ist das Gottesreich aufgerichtet, sind die Menschen, so kann man folgern, in Gleichheit vereint und das Leiden verliert seine theologische Funktion. Müntzers Ausfälle gegen die kreatürliche Welt sind also nicht blinder Hass auf alles Weltliche im wörtlichen Sinn – ein Hass, der nur durch einen kollektiven Selbstmord zu stillen wäre – vielmehr zielt er gegen eine herrschaftlich verfasste Welt, der das vollendete christliche Reich im Diesseits gegenübergestellt wird (Wolgast 2006, 10). Wie Müntzer sagte: „Das Volk wird frei werden, und Gott wird allein der Herr darüber sein" (1990, 141). Wenn für Teile des Alten Testaments gilt, dass die „'Unterwerfung' unter Gott die Unterwerfung unter Menschen hier gerade verhindert" (Haude 1999, 152), so können wir auch Müntzers Ausspruch in eben dieser Weise verstehen.[11]

II. Bartolomé de Las Casas (1484-1566): Von der Verteidigung der Indios und dem Recht auf politische Selbstbestimmung.

„Das Geschrei soviel vergossenen Menschenblutes steigt schon zum Himmel. Die Erde selbst kann es nicht mehr ertragen, dass sie so sehr von Menschenblut getränkt ist. Ich glaube, dass schon die Engel des Friedens weinen, ja Gott selbst vergießt Tränen."
Las Casas. Brief an den Indienrat (20.1.1531)

„Wohlan, wer den Müntzer gesehen hat, der mag sagen, er habe den Teufel leibhaftig gesehen in seinem höchsten Grimme", hatte Luther geschrieben (zit.n. Goertz 1987, 186). Aber Müntzer war nicht der einzige, der beschuldigt wurde, mit dem Teufel in Kontakt zu stehen. Ähnliches widerfuhr dem Dominikanermönch Bartolomé de Las Casas. In einer *Denkschrift* nach seinem Tod heißt es: „Ich glaube, wenn es sich um göttliche Liebe gehandelt hätte, hätte sie ihn [Las Casas] anders geführt und andere Wirkung gezeitigt; vielmehr war es der Teufel aus der Finsternis, der den Anfang dieser Täuschung setzte." (Anonymus 1997, 442) Was für den Autor der Schrift eine „Täuschung" war, war für Las Casas wahres christliches Handeln im Geiste der Nächstenliebe. Zu sehr hatte er aber mit seinem Handeln das koloniale Projekt Spaniens in der 'Neuen Welt' in Frage gestellt, als dass man ihn in Frieden hätte sterben lassen können. Die Punkband SLIME singt über die Eroberung Amerikas von „Raub und Mord im Schatten des Kreuzes". Damit trifft sie jedoch nicht die ganze Wahrheit. Denn es war eine Gruppe Geistlicher, die als erste das grausame Verhalten der Kolonisten kritisierten. Und einer von ihnen war Bartolomé de Las Casas.

Geboren wird Las Casas[12] 1484 in Sevilla. In seiner Jugend erlebt er die triumphale Rückkehr Columbus' von seiner ersten Reise. Wie sein Vater, der Columbus auf der zweiten Reise begleitet hatte, macht sich auch Las Casas später auf den Weg in die 'Neue Welt'. Auf Haiti 1502 angekommen, führt der spätere Indiofreund das normale, grausame Kolonistenleben. Er beteiligt sich an Kämpfen gegen die Indios, erhält Land, Indiosklaven als Arbeitskräfte und richtet sich ein. Bald darauf kehrt er aus unbekannten Gründen nach Europa zurück und lässt sich dort zum Priester weihen. Nach seiner

Rückkehr nach Amerika nimmt er zunächst weiter an 'Missionen' teil und ist nach wie vor Profiteur des sogenannten *encomienda*-Systems[13]. Nach und nach scheinen ihn aber Zweifel beschlichen zu haben. 1514 schließlich kommt es seinen eigenen Angaben zufolge während der Lektüre der Heiligen Schrift zu seiner 'Bekehrung'. In einer Predigt greift er daraufhin die versammelte Kolonialgesellschaft an. Er tut sich nun mit einer Gruppe Dominikanermönche zusammen, die sich als kolonialkritisches Kollektiv formiert hatte. Deren erster öffentlicher Eingriff war die eindrucksvolle Predigt von Antonio Montesino am Adventssonntag 1511 gewesen. Schonungslos wurde das herrschende System angeklagt, wie Las Casas berichtet: „»Diese Stimme«, sagte er, »[tut euch kund], dass ihr alle der Grausamkeit und Tyrannei wegen, die ihr gegen diese unschuldigen Menschen gebraucht, in Todsünde seid und in ihr lebt und sterbt.« (1995a, 226) Der Predigt folgte ein Sturm der Entrüstung. Von allen Seiten wurde die kleine Gruppe der Mönche angefeindet. Dennoch wurde durch sie eine Debatte über die Ausgestaltung des Kolonialsystems und dessen Rechtmäßigkeit angestoßen, und Vorstellungen von friedlicher Missionierung standen als Alternative im Raum.

Im Kampf für diese Alternative und die Rechte der Indios ist Las Casas sein Leben lang unentwegt auf Reisen (sieht man einmal von der Zeit im Kloster nach seinem Eintritt in den Dominikanerorden ab). Zwischen Neuer und Alter Welt pendelnd versucht er, sich bei der spanischen Krone für die Rechte der Indios einzusetzen und sie zum Eingreifen in die Verhältnisse in Übersee zu bewegen. Dabei hofft er auch, die vielfältigen Interessensgegensätze zwischen Krone und Kolonisten ausnützen zu können. Grob vereinfacht bestanden diese darin, dass die Krone nicht nur verhindern wollte, dass sich die Kolonisten als neue Adelsschicht (und damit als Konkurrenten um die Macht) in der Neuen Welt konstituierten, sondern sie wollten auch die Verfügungsmacht über die ökonomischen Ressourcen ausüben. Darüber hinaus konnte der Krone nichts an der immensen Abschlachtung und „Vernutzung" der Indios gelegen sein, wollte man doch nicht Herr über ein Gebiet ohne Bevölkerung sein. Allerdings war die Krone allein schon aufgrund der Entfernung kaum in der Lage sich dauerhaft durchzusetzen. Dieser Interessensgegensatz erklärt auch, warum den Mönchen überhaupt Gehör geschenkt wurde, denn diese ließen sich als Korrektiv gegen das Treiben der Kolonisten verwenden. Einen gewissen, aber nur kurzen Erfolg erreicht Las Casas mit der Verabschiedung der „Neuen Gesetze" (1542). In die Geschichte eingegangen ist die Disputation von Valladolid (1550/51), während derer sich Las Casas und sein großer Widersacher Juan Ginés de Sepúlveda um die Fragen nach den rechtlichen und ethischen Grundlagen der Kolonisation stritten.[14] Dem Dominikaner ging es nie um abstrakte theoretische Frage- und Problemstellungen. Als unmittelbar eingreifendes Denken ordnen sich seine Schriften, wie auch sein Leben, dem Kampf für die Rechte der Indios unter. Und noch auf seinem Sterbebett macht er sich Gedanken um ganz konkrete Verbesserungen.

Berühmt geworden ist Las Casas durch seinen *Kurzgefassten Bericht über die Verwüstung Westindiens*, in dem er mit eindringlichen Worten die „Blutbäder und Metzeleien" (1995b, 63) der Kolonisten beschreibt und anprangert. Interessant sind aber auch die wenig wahrgenommenen, noch radikaleren Spätschriften.

Wie lässt sich nun in Kürze das Denken Las Casas' umreißen? Erstens wendet er sich vehement gegen ein kriegerisches Interventionsrecht, dass sich durch das Argument des 'gerechten Krieg' zu legitimieren versucht. Stattdessen plädiert er für eine friedliche Missionierung, die, dem Vorbild Christi folgend, nur durch vorgelebtes Beispiel und der Macht der Überzeugung verbreitet werden darf. Keinerlei Zwang wird hier akzeptiert.[15] Dem liegt der Optimismus zugrunde, dass jeder Mensch nach Gott suche und sich das Christentum als überzeugendstes Angebot durchsetzen werde.[16] Zweitens besteht er, davon ausgehend, dass alle Menschen als Ebenbilder Gottes frei und vernünftig geschaffen seien, auf einem politischen Selbstbestimmungsrecht der Indios. Dies gilt sowohl für das weltliche wie auch das geistliche Regiment. „Alle Ungläubigen, welcher Sekte oder Religion sie auch immer angehören und welcher Sünde sie auch schuldig sein mögen, haben gemäß natürlichen und göttlichen Rechtes und auch nach dem sogenannten Völkerrecht völlig zu Recht die Herrschaft über die Dinge inne, die sie erworben haben, ohne einen anderen zu schädigen. Und mit dem gleichen Recht besitzen sie auch ihre Fürsten- und Königtümer, ihre Stände, Amtswürden, ihre Jurisdiktion und Herrschaftsrechte." (1997a, 279/280) Als Maßstab eines gerechtfertigten Rechtsanspruch über die Indios bestimmt Las Casas einen radikal gefassten Gesellschaftsvertrag. So müssten alle Indios in Konsensentscheidung (!) eine Herrschaft der Spanier akzeptieren, damit diese Rechtmäßigkeit erlangen könne.[17] Dabei besteht Las Casas darauf, dass diesem Vertrag eine freie Entscheidung zugrunde liegen müsse. Und da dies aufgrund der dauerhaft ausgeübten Gewalt der Spanier nicht mehr zu erwarten sei, heißt es: „Unsere Könige haben allen Grund, jede Hoffnung fahrenzulassen, sie möchten jemals das [höchste] Fürstenamt über jene Gebiete in Ruhe und ohne

Gewissensbisse innehaben, selbst wenn jene Völker ihre Zustimmung bekunden; denn es kann ja immer die Rechtsvermutung bestehen, sie täten das unter dem Zwang einer überaus berechtigten Furcht" (1996b, 295). Die Konsequenz ist eindeutig und wieder einmal denkbar scharf formuliert: Während die „Spanier nicht auch nur im mindesten daran denken dürfen, Krieg zu führen, so tritt ein, dass die Einwohner jenes westindischen Erdkreises, und zwar wirklich alle [!], aufgrund unserer Missetaten, wie ich gesagt und aufgrund der Übel, die sie ganz ohne Schuld durch uns erlitten, das Recht haben, uns den Krieg zu erklären – nicht nur zur Selbstverteidigung und zur Wiedererlangung ihrer Freiheit, Güter und Herrschaft, sondern auch um das Unrecht und die Schädigung, die ihnen angetan worden, zu rächen und ihre Peiniger zu verfolgen, bis ihr Name von der Erde getilgt ist – ja, einen ewigen Krieg [...]; wir aber haben keinerlei Recht, ihnen auch nur irgendwie zu schaden." (ebd.298)[18]

III. Sebastian Castellio (1515-1563): Das wahre Christentum zeigt sich im Unterdrückten.

Einen Menschen töten heißt niemals eine Lehre verteidigen, sondern: einen Menschen töten.
Sebastian Castellio

Schlägt man die *Bibel* bei Matthäus 13,24ff. auf, so hört man von folgendem Gleichnis, das Jesus erzählt haben soll: „Mit der neuen Welt Gottes ist es wie dem Mann, der guten Samen auf seinen Acker gesät hatte: Eines Nachts, als alles schlief, kam sein Feind, säte Unkraut zwischen den Weizen und verschwand. Als nun der Weizen wuchs und Ähren ansetzte, schoss auch das Unkraut auf. Da kamen die Arbeiter zum Gutsherrn und fragten: Herr, du hast doch guten Samen auf deinen Acker gesät, woher kommt das ganze Unkraut? Der Gutsherr antwortete ihnen: Das hat einer getan, der mir schaden will. Die Arbeiter fragten: Sollen wir hingehen und das Unkraut ausreißen? Nein, sagte der Gutsherr, wenn ihr es ausreißt, könntet ihr zugleich den Weizen mit ausreißen. Lasst beides wachsen bis zur Ernte! Wenn es so weit ist, will ich den Erntearbeitern sagen: Sammelt zuerst das Unkraut ein und bündelt es, damit es verbrannt wird. Aber den Weizen schafft in meine Scheune."

Für Thomas Müntzer war die Sache klar: „Die Zeit der Ernte aber ist alleweg da" (1990, 114) und der Kampf gegen die Gottlosen konnte beginnen. Las Casas reagierte völlig anders: „Christus hat nur geboten, dass sein Evangelium allen Menschen ohne Unterschied verkündet und gepredigt werde und dass es dem freien Willen eines jeden überlassen bleibe, ob er glauben wolle oder nicht; und die Strafe für die, die nicht glauben wollen, war keine körperliche oder diesseitige, sondern (...) die behielt er sich für sein Letztes Gericht vor." (zit.n. Luño 1994, 188) War man aber erst einmal zum Glauben in freien Stücken übergetreten, hatte man sich bei Las Casas der Oberhoheit der Kirche zu unterwerfen und Ketzer durften demnach verfolgt werden.[19] Grob lässt sich sagen: Was Las Casas für die Indios, das tat Sebastian Castellio für die vermeintlichen Ketzer, indem er obige Stelle des Matthäus-Evangeliums auf die Ketzerproblematik übertrug und das Recht zu strafen Gott allein zusprach.

Castellio[20], aus bäuerlichen Verhältnissen stammend, hatte die Möglichkeit zu studieren. Von Calvins *Institutio* begeistert, folgt er diesem in dessen neue Wirkungsstätte Genf. Während Calvin sich in der Stadt mehr und mehr durchzusetzen beginnt, gerät Castellio mehr und mehr in Opposition zu einer als unchristlich empfundenen neuen Kirche. Schließlich wird er aus Genf verbannt und wendet sich nach Basel. Nicht nur, aber auch als Reaktion auf die Verbrennung Michel Servets in Genf, verfasst Castellio aus dem Exil seine Anklageschriften gegen Calvin und eine sich – angeblich aus Glaubensgründen – immer gewalttätiger gebärdende Gegenwart. Es kommt zu wahren Flugschriftenkriegen zwischen Castellio, befreundeten Mitstreitern und den Genfern. Schließlich stirbt Castellio, womöglich gerade noch, bevor auch ihn der Arm der calvinistischen Orthodoxie erreicht hätte. Castellio geht es um ein sich in unmittelbarer Praxis zu bewährendes Christentum, nicht um eine eng gefasste Lehre. Es geht ihm um eine Haltung, die derjenigen Christi folgt und sich unter dem Begriff der Nächstenliebe zusammenfassen lässt. Davon abhängig, wieweit sich diese im täglichen Leben zeigt, lässt sich ihm zufolge der Wert einer Lehre bestimmen. „Aus ihren Früchten kann man leicht beurteilen, welche ‚secta' die beste sei. Es ist diejenige, deren Anhänger wirklich an Christus glauben, ihm gehorchen und sein Leben nachahmen, ob sie sich nun Papisten, Lutheraner, Zwinglianer, Anabaptisten oder irgend etwas anderes nennen." (zit. n. Guggisberg 1997, 119/120) In den Lehrstreitigkeiten seiner Zeitgenossen kann er dagegen nur „Hochmut" (Castellio 1984, 90) erkennen, durch den das Eigentliche vernachlässigt wird. Deutlich verweist er auf die mörderischen Konsequenzen einer unnötigen Hochschätzung theoretischer Fragen und der damit einhergehenden Selbstsicherheit: „Wenn ihr sie [die Trinität] nicht gekannt hättet, hättet ihr nie einen Menschen lebendig verbrannt." (Castellio zit. n. Guggisberg 1997, 130) Gesetzt den Fall, man wäre in einer Streitfrage im Recht, folge daraus erst recht, das Vorbild Christi nachzuahmen und sich barmherzig zu zeigen: „Sind wir weiser als jene, so lasst uns auch besser und barmherziger sein. Denn dies ist gewiss: Je besser einer die Wahrheit kennt, desto weniger neigt er dazu, andere zu verurteilen. Solches zeigt schon das Beispiel

Christi und der Apostel. Wer jedoch andere mit Leichtigkeit verurteilt, zeigt gerade dadurch, dass er nichts weiß, da er die andern nicht erdulden kann.“ (Castellio 1984, 96)[21] Castellio spannt dabei den Bogen so weit, dass er sogar Juden und Moslems mit einschließt: „Die Juden oder Türken sollen daher nicht die Christen verdammen, aber die Christen ihrerseits sollen die Türken oder Juden auch nicht verachten, sondern sie vielmehr belehren und durch wahre Frömmigkeit und Gerechtigkeit gewinnen.“ (ebd.97)

Einher geht dies mit einer scharfen Kritik von blindem Autoritätsgehorsam gegenüber vermeintlich göttlichen Führern: „Es gibt keine größere Verblendung, die den Menschen befallen kann, als die, einem blinden Führer zu folgen und sich zu scheuen, an ihm zu zweifeln. Man kann sich fragen, ob man an unseren Vorgängern mehr die Ungerechtigkeit oder die Unklugheit kritisieren soll. Sie forderten, dass man ihre Auslegungen als Orakelsprüche annehme, und sie haben in ihren Nachfolgern eine Art religiöser Furcht erweckt, die diese daran hinderte, Fragen zu stellen, geschweige denn Zweifel zu äußern.“ (Castellio zit. n. Guggisberg 1997, 261) Und mahnend heißt es: „Oh Gott, Vater des Lichts, wende dieses Unglück ab (...)! Und du, Nachwelt, bekämpfe es; nimm uns als Beispiel und vermeide es, dich menschlichen Auffassungen kritiklos anzuschließen und sie nicht mehr an der Vernunft der Sinne sowie der Heiligen Schrift zu messen. Und ihr, Gelehrte, meidet dieses Unglück, nehmt euch nicht so wichtig und lasset davon ab, eure Autorität durch die körperliche und seelische Gefährdung so vieler Menschen zu bestätigen.“ (ebd. 262)[22] Vor diesem theoretischen Hintergrund stellt Castellio die Frage nach der Behandlung von Ketzern. In einem so einfachen wie eindringlichen Satz kommt Castellio auf den Punkt: „Einen Menschen töten heißt niemals eine Lehre verteidigen, sondern: einen Menschen töten.“ (Castellio zit. n. Zweig 2006, 213)

Das Denken Castellios ist bei alledem nicht zu trennen von der Durchsetzung des Protestantismus, besonders des Calvinismus in Genf, der auf geradezu unglaubliche Weise die Praktiken des ehemaligen Gegners übernommen hatte, wie es die Verbrennung Servets eindrucksvoll demonstrierte. Diesem historischen Umschlag von ehemals Verfolgten zu nun selbst Verfolgenden gilt Castellios vehemente Kritik. In einer Kirchenversammlung hatte er schon früh diese Entwicklung offen kritisiert: „Er [Paulus] hat Verfolgung durch andere erlitten, wir aber verfolgen Unschuldige.“ (Castellio zit.n. Guggisberg 1997, 41) Thomas Müntzer hatte davon gesprochen, dass nur der Verlassene den Heiligen Geist vernehmen könne. In seiner Kritik an der inquisitorischen Praxis des Calvinismus in Genf verweist auch Castellio darauf, dass die Wahrheit „von unten“ komme. Der folgende, die Darstellung abschließende Ausschnitt lässt sich mit ein wenig Abstraktionskraft vielleicht auf sämtliche progressiven Bewegungen anwenden, die sich in das jeweils herrschende ’System’ integrierten und wurden, was sie einst bekämpft hatten. In seiner Schrift *Über die Ketzer, ob man sie verfolgen soll* schreibt Castellio: „Wenn jedoch einige von den Autoren, die ich zitiert habe, anderswo oder später anderes geschrieben oder sich anders verhalten haben oder dies in Zukunft tun werden, dann wollen wir trotzdem bei ihrer ersten Meinung bleiben, weil sie in Zeiten der Bedrängnis geäußert wurde, wenn die Menschen eher die Wahrheit schreiben, und weil sie mit der Sanftmut Christi besonders gut übereinstimmt. (...) Denn es geschieht meistens, dass die Menschen, wenn sie als Mühselige und Beladene das Evangelium erstmals annehmen, über die Dinge der Religion recht denken, weil die Armut besonders empfänglich ist für die Wahrheit Christi, der auch arm war. Wenn aber die gleichen Menschen später zu Reichtum und Macht gelangen, lassen sie im Glauben nach, und diejenigen, welche sich vorher zu Christus bekannt haben, bekennen sich jetzt zu Mars und setzen die Gewalt an die Stelle der Frömmigkeit.“ (Castellio 1984, 94)[23]

IV. Schluss

Drei Personen, drei Niederlagen. Weder Müntzer, noch Las Casas, noch Castellio konnten sich durchsetzen. Aber, wie Montaigne in einem seiner *Essays* schreibt: „Die Tapfersten sind manchmal die Glücklosesten. So gibt es triumphale Niederlagen, die es mit jedem Sieg aufnehmen können.“ (Montaigne 1998, 114)

philippe.kellermann@gmx.de



Literatur:

Anonymus (1997): 'Die Denkschrift von Yucay.' In. Bartolomé de Las Casas. Werkauswahl. Band 3/2. Herausgegeben von Mariano Delgado. S. 439-474. Paderborn/München/Wien/Zürich.

Blickle, Peter (1983): Die Revolution von 1525. Zweite, neu bearbeitete und erweiterte Auflage. München/Wien.

Blickle, Peter (2000): Die Reformation im Reich. 3.umfassend überarbeitete und ergänzte Auflage. Stuttgart.

Brendler, Gerhard (1989): Thomas Müntzer. Geist und Faust. Berlin (Ost).

Castellio, Sebastian (1984): Über die Ketzer, ob man sie verfolgen soll (1554). Auszug. In. Guggisberg (Hg.). Religiöse Toleranz. Dokumente zur Geschichte einer Forderung. S.89-99. Stuttgart.

Delgado, Mariano (1994a): 'Las Casas' Weg, Werk und Wirkung.' In. Bartolomé de Las Casas. Werkauswahl. Band 1. Herausgegeben von Mariano Delgado. S.11-33. Paderborn/München/Wien/Zürich.

Delgado, Mariano (1994b): 'Glaubenstradition im Kontext. Vorraussetzungen, Verdienste und Versäumnisse lascanischer Missionstheologie.' In. Bartolomé de Las Casas. Werkauswahl. Band 1. Herausgegeben von Mariano Delgado. S.35-57. Paderborn/München/Wien/Zürich.

Delgado, Mariano (1996): 'Universalmonarchie, translatio imperii und Volkssouveränität.' In. Bartolomé de Las Casas. Werkauswahl. Band 3/1. Herausgegeben von Mariano Delgado. S. 161-179. Paderborn/München/Wien/Zürich.

Engels, Friedrich (1989): Der deutsche Bauernkrieg. 16. Auflage. Berlin.

Goertz, Hans-Jürgen (1967): Innere und äußere Ordnung in der Theologie Thomas Müntzers. Leiden.

Goertz, Hans-Jürgen (1987): Pfaffenhass und groß Geschrei. Die reformatorischen Bewegungen in Deutschland. 1517-1529. München.

Goertz, Hans-Jürgen (1989). Thomas Müntzer. Mystiker, Apokalyptiker, Revolutionär. München.

Guggisberg, Hans R. (1997): Sebastian Castellio (1515-1563). Humanist und Verteidiger der religiösen Toleranz im konfessionellen Zeitalter. Göttingen.

Harich, Wolfgang (1998): Zur Kritik der revolutionären Ungeduld. Eine Abrechnung mit dem alten und dem neuen Anarchismus. Berlin.

Haude, Rüdiger (1999): 'Das richterzeitliche Israel: eine anarchistische Hochkultur. In. Haude/Wagner. Herrschaftsfreie Institutionen. Studien zur Logik ihrer Symbolisierungen und zur Logik ihrer theoretischen Leugnung. S.143-166. Baden-Baden.

Kautsky, Karl (1947): Vorläufer des neueren Sozialismus. Band 2. Der Kommunismus in der deutschen Reformation. Berlin.

Kobelt-Groch, Marion (1993): Aufsässige Töchter Gottes. Frauen im Bauernkrieg und in den Täuferbewegungen. Frankfurt am Main/New York.

Krippendorff, Ekkehart (1999): Die Kunst, nicht regiert zu werden. Ethische Politik von Sokrates bis Mozart. Frankfurt am Main.

Landauer, Gustav (1998a): 'Die Zwölf Artikel des Sozialistischen Bundes'. In. Ders. Aufruf zum Sozialismus. S.145/146. Berlin.

Landauer, Gustav (1998b): Aufruf zum Sozialismus. Berlin.

Las Casas, Bartolomé (1995a): 'Geschichte Westindiens.' In. Werkauswahl. Band 2. S.161- 324. Paderborn/München/Wien/Zürich.

Las Casas, Bartolomé (1995b): ‚Ganz kurzer Bericht über die Zerstörung Westindiens.' In. Werkauswahl. Band 2. Herausgegeben von Mariano Delgado. S.63-138. Paderborn/München/Wien/Zürich.

Las Casas, Bartolomé (1996a): 'Letztes Gesuch oder Testament an den Indienrat und Philipp II. mit weiteren Testamentsklauseln.' In. Werkauswahl. Band 3/1. Herausgegeben von Mariano Delgado. S. 513-519. Paderborn/München/Wien/Zürich.

Las Casas, Bartolomé (1996b): 'Traktat über die Schätze Perus.' In. Werkauswahl. Band 3/1. Herausgegeben von Mariano Delgado. S. 275-316. Paderborn/München/Wien/Zürich.

Las Casas, Bartolomé (1997a): 'Traktat über die zwölf Zweifelsfälle.' In. Werkauswahl. Band 3/2. Herausgegeben von Mariano Delgado. S. 261-426. Paderborn/München/Wien/Zürich.

Las Casas, Bartolomé (1997b): 'Traktat über die königliche Gewalt' In. Werkauswahl. Band 3/2. Herausgegeben von Mariano Delgado. S. 191-249. Paderborn/München/Wien/Zürich.

Luño, Antonio-Enrique Pérez (1994): Die klassische spanische Naturrechtslehre in 5 Jahrhunderten. Berlin.

Luther, Martin (1974): 'Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern'. In. Wehr (Hg.). Thomas Müntzer. Schriften und Briefe. S.206-210. Frankfurt am Main.

Marin, Lou (1998): Ursprung der Revolte. Albert Camus und der Anarchismus. Heidelberg.

Marx/Engels (1845): Die deutsche Ideologie. In. MEW 3.

Marx/Engels (1970): Manifest der Kommunistischen Partei. 34.Auflage. Berlin.

Montaigne, Michel de (1998): 'Über die Menschenfresser'. In. Montaigne. Essays. S.109-115. Frankfurt am Main.

Müntzer, Thomas (1968): Schriften und Briefe. Kritische Gesamtausgabe. Gütersloh.

Müntzer, Thomas (1990): Schriften, Liturgische Texte, Briefe. Ausgewählt und in neuhochdeutscher Übertragung herausgegeben von Rudolf Bentzinger und Siegfried Hoyer. Berlin (Ost).

Nettlau, Max (1993): Geschichte der Anarchie. Band 1. Der Vorfrühling der Anarchie. Seine historische Entwicklung von den Anfängen bis zum Jahre 1864. Münster.

Vogler, Günter (1989): Thomas Müntzer. Berlin (Ost).

Wallerstein, Immanuel (2007): Die Barbarei der anderen. Europäischer Universalismus. Berlin.

Wolgast, Eike (2006): Der gemeine Mann bei Thomas Müntzer – und danach. Mühlhausen.

Als historische Romane sind darüber hinaus zu den hier behandelten Themen/Personen empfehlenswert:

Blissett, Luther (2003): Q. München/Zürich. (zu Thomas Müntzer und den Täufern)

Schneider, Reinhold (1957): Las Casas vor Karl V. (zu Bartolomé de Las Casas)

Zweig, Stefan (2006): Castellio gegen Calvin oder: Ein Gewissen gegen die Gewalt. Frankfurt am Main. (zu Sebastian Castellio)

www.chefduzen.at
Das Forum der Ausgebeuteten.

Anmerkungen:

1 Diese Eingrenzung ist exemplarisch und soll nicht so verstanden werden, als dass es dies nur im 16.Jahrhundert und dort nur diese drei Personen gegeben hätte. Das Denken der drei Personen kann dem knappen Platz entsprechend nur sehr verkürzt und schematisch dargestellt werden. Auch auf Widersprüchlichkeiten und Problematisches kann, wenn überhaupt, dann nur am Rande hingewiesen werden. Ich hoffe dies damit rechtfertigen zu können, dass es hier sowieso nur darum gehen kann einen ersten Eindruck zu vermitteln.

2 Zur Biographie siehe z.B. Vogler 1989; Brendler 1989; Goertz 1989.

3 Der „gemeine Mann ist der Bauer, der Bürger der landsässigen Stadt, der von reichsstädtischen Ämtern ausgeschlossene Städter, der Bergknappe“ (Blickle 1983, 195). Darauf, dass dabei auch immer die „gemeine Frau“ und deren Engagement mitbedacht werden muss, verweist Kobelt-Groch 1993.

4 Zu den Ursachen von Reformation und Bauernkrieg, siehe: Blickle 1983; Goertz, 1987; Blickle 2000.

5 Während Marx und Engels im Manifest überheblich vom „Idiotismus des Landlebens“ sprachen (Marx/Engels 1970, 48), stellte Engels kurze Zeit später mit Blick auf den Bauernkrieg fest: „Es gab eine Zeit, wo Deutschland Charaktere hervorbrachte, die sich den besten Leuten der Revolutionen anderer Länder an die Seite stellen können, (...), wo deutsche Bauern und Plebejer mit Ideen und Plänen schwanger gingen, vor denen ihre Nachkommen oft genug zurückschaudern.“ (Engels 1989, 29)

6 Die Rede ist von 10.000 Flugschriftenausgaben mit einer Gesamtauflage von 10 Millionen Exemplaren für den Zeitraum von 1500 bis 1530 (Höhepunkt zwischen 1517 und 1527) (Blickle 2000, 87/88).

7 Zu den Zwölf Artikeln siehe Blickle 1983; Goertz 1987. Es ist wohl kein Zufall, dass der Sozialistische Bund Gustav Landauers sein Programm Anfang des 20.Jahrhunderts ebenfalls in zwölf Artikeln niederlegte (Landauer 1998a).

8 All dies zeigt nicht nur, dass die im Bauernkrieg hergestellte Öffentlichkeit viel größer war, als beim vergleichsweise elitären und abgeschlossenen Zirkelgeschwätz der Aufklärer. Auch zeigt es, dass, was die Menge der am Aufstand beteiligten Personen angeht, sich der Bauernkrieg mit den neuzeitlichen Revolutionen messen kann. Welche Massen sich hier in Bewegung gesetzt hatten, zeigt die von zeitgenössischen Quellen angegebene Zahl von 70.000 bis 100.000 getöteten Aufständischen.

9 Im Übrigen nicht das einzige Massaker im Bauernkrieg. Als ein weiteres Beispiel sei nur Leipheim genannt, wo im April 1525 1000 fliehende Bauern ermordet wurden (Goertz 1987, 175). Die Bauernhaufen hingegen waren hauptsächlich defensiv ausgerichtet und forderten Adlige immer wieder auf, sich den Haufen anzuschließen, freilich nur, wenn sie bereit waren, auf ihre Privilegien zu verzichten und sich als Brüder in die Bündnisse zu integrieren. Ein Adliger dazu: „Der Bauern brüderliche Liebe ist mir ganz zuwider. Ich habe mit meinen natürlichen und leiblichen Geschwistern nicht gern geteilt – geschweige denn mit Fremden und Bauern.“ (zit.n. ebd.179)

10 In Luthers berüchtigter Schrift Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern heißt es: „Solche wunderliche Zeiten sind jetzt, dass ein Fürst den Himmel mit Blutvergießen verdienen kann, (und zwar) besser als andere mit Beten.“ (Luther 1974, 210)

11 Zu diskutieren wären bei näherer Beschäftigung z.B. 1.) ob Müntzer sich als Prediger in einer privilegierten Position als Auserwählter gesehen hat. 2.) Wie verträgt sich bei ihm das Plädoyer für die Pfaffenwahl durch die Gemeinde und das Selbstverständnis als Prophet? 3.) Wie unterscheidet Müntzer Gottlose und Auserwählte und inwieweit resultieren hieraus möglicherweise totalitäre Politikformen?

12 Zur Biographie siehe Delgado 1994.

13 Bei den encomiendas (Anvertrauungen) handelte es sich darum, dass dem Kolonisten Land und Arbeitskräfte zugewiesen wurden, die zwar formal freie Vasallen waren, in der Praxis aber wie Sklaven behandelt und brutal „vernutzt“ wurden. Vor allem diese „Tyrannei“ (Las Casas 1996a, 514) bekämpft Las Casas später unerbittlich.

14 Gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Diskussionen um 'humanitäre Interventionen' ist diese Disputation von einigem Interesse. Dass diese Auseinandersetzung auch für gegenwärtige Diskussionen von Interesse ist, betonte kürzlich Wallerstein 2007.

15 So sollen die Indios um Erlaubnis gefragt werden, ob man bei ihnen predigen könne. Es dürfe auch kein Indio dazu gezwungen werden, sich die Predigten anzuhören. (z.B. 1996b, 278ff.)

16 In säkularisierter Form heißt es beim Anarchisten Gustav Landauer: „nichts in der Welt hat so unwiderstehliche Gewalt der Eroberung wie das Gute“ (1998b, 13).

17 Insgesamt geht Las Casas' Argumentation erstaunlich weit in Richtung einer Theorie der Volkssouveränität, fassbar in dem Satz: „Das Volk ist Wirkursache der Könige.“ (1997b, 205) Für manchen gilt er gar als „Demokrat avant la lettre“ (Delgado 1996, 163).

18 Problematisch am Denken Las Casas' und im Weiteren zu diskutieren wäre z.B., dass Las Casas scharf zwischen Rechten von Heiden und Rechten von Ketzern trennt. Hat man nämlich erst einmal die Taufe empfangen, unterstellt man sich auch der Rechtshoheit der katholischen Kirche, ist dem Gehorsam gegenüber dieser verpflichtet und kann ansonsten als 'Ketzer' bestraft werden. Andererseits scheint sein Spätdenken sogar die Möglichkeit entwickelt zu haben, diese Unterscheidung in Frage zu stellen, auch wenn er diese Konsequenz selbst nicht gezogen hat. Weiter wird immer wieder darauf hingewiesen, dass Las Casas die Einführung schwarzer Sklaven befürwortet hätte (um die Indios zu entlasten). So richtig dies ist, so deutlich muss darauf hingewiesen werden, dass er dies später bitterlich bereut hat und unmittelbare Konsequenzen darauf gezogen hat. Er schreibt diesbezüglich, dass „für sie [die Schwarzen] (...) dasselbe Recht [gilt] wie für die Indios“ (1995a, 278). Siehe zu alledem auch Delgado 1994b.

19 Inwieweit Las Casas diese Frage überhaupt deutlich entwickelt hat, weiß ich nicht - auch nicht, mit welcher Konsequenz. Man darf nicht vergessen, dass die Ketzerproblematik nicht sein eigentliches Thema war. Er agierte ja auch nicht in den Glaubenskämpfen im Europa dieser Zeit.

20 Zur Biographie siehe Guggisberg 1997.

21 In diesem Geist wird Albert Camus 400 Jahre später in der Auseinandersetzung mit Merleau-Ponty um den sogenannten Realsozialismus sagen: „Es ist besser sich zu irren und niemanden umzubringen, als recht zu haben auf einem Berg von Leichen.“ (Camus zit.n. Marin 1998, 64)

22 Das Wissen darüber, dass aus einem objektiven Wahrheitsanspruch zu schnell Ungerechtigkeit entsteht und erst der Fokus auf das praktische Verhalten eine offene, gleichberechtigte Kommunikation möglich macht, teilt Castellio mit der schwedischen Hardcoreband SEPARATION: „What is it? What do you see? What does it take to make you show it me? So you've got the truth and nothing but it? Well, the question is: will I believe? You've got your version, so go ahead, impress me. Just keep in mind that the decision is mine to make.“

23 Was Castellio angeht, lassen sich an ihm vor allem die Probleme jeder Toleranzforderung diskutieren. Interessant wäre zu fragen, inwiefern Gemeinsamkeiten zwischen Castellio und den in Frankreich aktiven politiques und Theoretikern der Souveränität (Bodin) bestehen, deren Denken nicht gerade emanzipatorischen Gehalt hatte.

Karl Reitter

Alfred Sohn-Rethel und die „erweiterte Warenanalyse“

Wer erinnert sich noch an die Texte von Sohn-Rethel? Dieser Aufsatz ist ein Versuch, einige wesentliche Momente seiner Philosophie in Umrissen erneut zur Diskussion zu stellen. Den aufmerksamen LeserInnen wird nicht entgehen, dass so manches Element auch gegenwärtig, insbesondere innerhalb der so genannten Wertkritik, lebendig ist. Zugleich beinhaltet das Denken von Sohn-Rethel Elemente, die kaum mehr rezipiert werden. Hier eine kleine Ermutigung zum erneuten Nach-Denken.

Alfred Sohn-Rethel versuchte ein ehrgeiziges und umfassendes Programm vorzulegen. Er verstand sich Zeit seines Lebens uneingeschränkt als Marxist. Obwohl er keinerlei Interesse an einer Kritik an Marx hatte, wurde ihm doch bewusst, dass seine Warenanalyse mit jener von Marx nicht wirklich harmonierte, zu einer vollständigen Klärung dieses Verhältnisses ist es jedoch nicht gekommen. Es sah in der Warenanalyse das Kernstück der Marxschen Gesellschaftsanalyse und der materialistischen Philosophie. Die wahre Bedeutung der Warenanalyse zeige sich allerdings erst dann, wenn sie um die Dimension der abstrakten Tauschhandlung erweitert wird. Dann ist in der Analyse der Ware „alles“ zu finden, die Formen des Denkens ebenso wie die Quelle und Form der gesellschaftlichen Ordnung. Unter Ableitung des Denkens aus dem gesellschaftlichen Sein verstand er weit mehr als den Nachweis, dass sich das Interesse der herrschenden Klasse im Denken der Zeit niederschlägt. Sohn-Rethel ging es um viel mehr, um die Ableitungen der abstrakten Denkformen und nicht bestimmter Denkinhalte aus der Warenanalyse. Er war vom Gedanken durchdrungen, ja vielmehr besessen, „dass im Innersten der Formstruktur der Ware - das Transzendentalsubjekt zu finden sei.“ (Sohn-Rethel 1972; 12) Das Rätsel der Beziehung zwischen Sein und Bewusstsein schien sich durch die Warenanalyse mit einem Schlag zu lösen. Die Kantsche Transzendentalphilosophie konnte scheinbar unmittelbar auf geschichtsmaterialistische Füße gestellt werden. Die abstrakten Formen des Denkens - Kategorien wie abstrakte Quantität, Substanz und Akzidenz, Atomizität usw. - schienen sich aus der Analyse der Ware, genauer aus der

Analyse der Tauschhandlung ableiten zu lassen. Nun, wie selbst jene zugeben, die sich auf Sohn-Rethel ernsthaft bezogen, blieb dieses umfassende Programm weitgehend skizzenhaft.[1]

Methodisch entwickelte Sohn-Rethel seine Thesen aus der strikten Unvereinbarkeit von Tauschhandlung und Gebrauchshandlung. Die Gebrauchshandlungen finden in der tatsächlichen empirisch erfahrbaren, raumzeitlichen Welt statt. Die Tauschhandlung hingegen ist durch die Abstraktion von allen empirischen Umständen gekennzeichnet. Die Abstraktionen, die notwendig sind, um die Tauschhandlung zu ermöglichen, gehen weit über jene Abstraktion vom Gebrauchswert hinaus, die Marx anführt. Der Tauschvorgang abstraktifiziert nicht nur die Ware, sondern er abstraktifiziert auch den „Raum" in dem er stattfindet, die „Bewegung" der Besitzübertragung, die „Zeit" in der er stattfindet. Die Ware und die Handlung treten gewissermaßen aus der empirischen Welt insgesamt heraus; alles an Tausch und Ware nimmt abstrakten Charakter an. Diese Abstraktionen sind der Gleichsetzung der Waren noch vorgeordnet, Bedingung für die Gleichsetzung, nicht deren Folge. „Die abstrakte Natur der Tauschhandlung ist auch nicht Funktion der im Austausch stattfindenden Gleichsetzung der Waren. Sie ist vielmehr dieser Gleichsetzung vorgeordnet und liefert, wie sich zeigen wird, ihre Begründung." (Sohn-Rethel 1971; 117) Es ist also, als ob die Natur „um unsrer gesellschaftlichen Angelegenheit willen in den Warenkörpern den Atem anhält." (Sohn-Rethel 1971; 118) Obwohl der Warentausch real als raumzeitlicher Prozess stattfindet, ist sein Inhalt notwendig abstrakt. Ebenso wie Marx beharrt Sohn-Rethel auf dem spezifischen Charakter der Abstraktion: Diese Abstraktionen haben ihren Sitz nicht im Denken, sondern in einer gesellschaftlichen Form des Handelns, des Tausches. Sie sind Realabstraktionen, nicht bloße Denkabstraktionen.

Die scheinbare Autonomie des Intellekts

Die abstrakten Kategorien sind also nicht denk- sondern handlungserzeugt. Sie beruhen auf der im Tausch vollzogenen Realabstraktion. Dieser Ansatz katapultiert Sohn-Rethel freilich aus dem eigentlichen Themenzusammenhang der Marxschen Warenanalyse, also der Oberfläche der kapitalistischen Zirkulationssphäre, hinaus. So, wie Sohn-Rethel die Realabstraktion ansetzt, muss sie dann gesellschaftliche Geltung annehmen, sobald der geldvermittelte Tausch eine bestimmte Bedeutung gewonnen hat. Tatsächlich zieht Sohn-Rethel Parallelen zwischen den ersten Münzprägungen in der Antike, die er sehr präzise um 680 vor Chr. Geb. ansetzt und dem Aufkommen der Philosophie in Griechenland. In der Münze nehme die Abstraktion sinnliche Gestalt an. Ob ausgesprochen oder nicht, muss die Abstraktion mitgedacht werden, sie drängt sich sozusagen durch den Gebrauch der Münze auf: „Denn er [der Kaufmannsverstand K.R.] behandelt diese Münzen faktisch, als ob sie aus einer unzerstörbaren und ungeschaffenen Substanz beständen, einer Substanz, über die die Zeit keine Macht hat. Nur wenn die Münzen eine solche Behandlung gestatten, sind sie von der Art, wie sie der Markt verlangt." Sohn-Rethel 1971; 123)

Doch die „Werkzeuge" des Denkens sind Abstraktionen. Kategorien wie Qualität, Quantität, Bewegung usw. entspringen keineswegs der Leistung des Intellekts, sondern den Realabstraktionen im Warentausch. Der Warentausch wiederum hat Handarbeit zur Voraussetzung. Somit, so kann Sohn-Rethels These zusammengefasst werden, ist die Unabhängigkeit des Intellekts und der Kopfarbeit von der Handarbeit nur scheinbar.

Abgesehen vom Einwand, ob denn nicht Sprache selbst notwendig abstrakt ist – das Wort Baum z.B. bezeichnet ja nicht eine bestimmte konkrete Pflanze -, kann Sohn-Rethel keine inhaltliche Kritik an den Naturwissenschaften entwickeln, sondern beschränket sich darauf, die Abhängigkeit der Denkkategorien von den Handlungsvollzügen im Tauschakt nachzuweisen. Immerhin gelingt ihm – so sein Programm akzeptiert wird – eine präzisere Fassung des Zusammenhangs von gesellschaftlichem Seins und Denkformen. Seinen Ursprung im Warentausch verleugnend, setze sich der „abstrakte Verstand" als unabhängiges, autonomes Moment. Vor allem ging es ihm darum, „die Naturwissenschaften und ihre Erkenntnisform" in das „geschichtsmaterialistische Gesichtsfeld" (Sohn-Rethel 1972; 15) einzubeziehen, eine Aufgabe, die sich Marx nie gestellt hätte.

Zum Begriff „gesellschaftliche Synthesis"

Tatsächlich zur „erweiterten Warenanalyse" wird das Programm von Sohn-Rethel durch den Begriff der „gesellschaftlichen Synthesis". „Unter diesem Begriff, der im Mittelpunkt all unserer weiteren Ausführungen stehen wird, verstehen wir die Funktionen, die in verschiedenen Gesellschaftsepochen den Daseinszusammenhang der Menschen zu einer lebensfähigen Gesellschaft vermitteln." (Sohn-Rethel 1972; 19) „Warentausch ist Vergesellschaftung rein als solche, durch eine Handlung, die nur diesen einen von allem übrigen abgesonderten Inhalt hat." (Sohn-Rethel 1972; 48) Auch wenn ich den Zusammenhang von Realabstraktion und Denkabstraktion zumindest als heuristisches Verfahren gerne gelten lassen möchte, gegen das

Konzept der Vergesellschaftung primär durch den Tausch habe ich massive Einwände. Ausgehend von der „erweiterten Warenanalyse“ zerrinnen ihm die spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus zwischen den Fingern. Denn die Vergesellschaftung durch Warentausch gilt im Prinzip für jede tauschvermittelte Gesellschaft, für die Antike ebenso wie für die Gegenwart. Sohn-Rethels Ansatz erleidet das Schicksal aller Denkbewegungen, die meinen, bereits in der Analyse der Zirkulationsform ein zureichendes Prinzip der kapitalistischen Gesellschaft erkennen zu können. Der Begriff des Kapitals kann und muss nicht mehr als gesellschaftliches Verhältnis dechiffriert werden, das Klassenverhältnis wird der eigentlichen Synthesisform bloß additiv hinzugefügt. Es kommt geradezu zu einer Zwei-Sphären Theorie, deren Teile nicht mehr vermittelt werden. Das wird auch klipp und klar ausgesprochen: „Die Trennung der Vergesellschaftung vom Produktionsprozess ist die Wurzel.“ (Sohn-Rethel 1971; 129) Vergesellschaftung findet also außerhalb des Produktionsprozesses statt. Die Tatsache der Ausbeutung wird vom Autor nun keineswegs in Frage gestellt, aber dieser Prozess findet jenseits der eigentlichen gesellschaftlichen Synthesis statt, das ist der Punkt. Sohn-Rethel stellt zwar der Vergesellschaftung durch den Tausch noch die Vergesellschaftung durch die Arbeit entgegen. Darauf komme ich gleich zu sprechen. Aber diese Vergesellschaftung durch Arbeit ist begrifflich weit weniger systematisch entwickelt, zudem konzentrierte sich die Rezeption auf den primären Modus, den der Tauschvergesellschaftung.

Wie wenig bei Sohn-Rethel das eigentliche Klassenverhältnis in die Begriffsbildung eingeht, zeigt sein eigenartiges Verständnis seiner Kategorie „Aneignungsgesellschaft“. „Das gemeinsame Merkmal aller *Aneignungsgesellschaften* ist eine gesellschaftliche Synthesis durch Tätigkeiten, die der Art nach verschieden und in der Zeit getrennt sind von der die Aneignungsobjekte erzeugenden Arbeit.“ (Sohn-Rethel 1972; 124) Diese Art der Tätigkeit ist natürlich der Tausch. Nun wird aber im und durch den Tausch nicht angeeignet, da Gleiche und Freie Äquivalente austauschen. Das bezweifelt Sohn-Rethel auch nicht. Die Ausbeutung hat ihren Sitz wohl in der Arbeit, getauscht werden aber angeeignete, den ArbeiterInnen abgepresste Produkte. Allerdings, ohne Verkauf von Waren existiert weder Wert noch Mehrwert. Daher sind folgende Sätze keineswegs widersinnig: „Im Zuge dieses Äquivalententausches werden schon in fernen vorkapitalistischen Epochen die einen reich und die anderen arm. Er hat Ausbeutung zum Inhalt und Ausbeutung zur Grundlage.“ (Sohn-Rethel 1972; 143) Die Formulierung ist zweifellos unglücklich, was der Autor meint ist aber klar: die Arbeit findet privat, abgeschieden, scheinbar ungesellschaftlich statt. In gesellschaftlichen Kontakt treten die Menschen erst auf dem Markt. Dieses Modell entspricht dem Analysestand in den ersten Abschnitten des Kapitals, indem Marx die scheinbar privaten WarenbesitzerInnen ihre Arbeitsprodukte geldvermittelt tauschen lässt. Aber um diese Zirkulationssphäre verstehen zu können, ist die Wende zur Produktionssphäre nötig.

Aus der Oberfläche der Zirkulation alleine ist weder ein zureichender Wert- denn ein Kapitalbegriff zu gewinnen, dieses Faktum ignoriert Sohn-Rethel und in Anschluss daran Breuer und alle jene, die auf Geld, Ware und Tausch starrend, das eigentliche soziale Verhältnis zwischen den Klassen außen vor lassen. „In dieser sich selbst regulierenden und marktbildenden Kapazität wird der Warentausch zu einer tragenden Form der Vergesellschaftung, in der sich ein Netz von bloßen Eigentumsverhältnissen die Produktion und Konsumation der Gesellschaft subsumieren kann, sei es als Produktion mit Sklavenarbeit, sei es später diejenige vermittels Lohnarbeit. Arbeit und Vergesellschaftung stehen hier von vornherein auf getrennten Polen.“ (Sohn-Rethel 1972; 143) Die Vergesellschaftung erfolgt über den Warentausch, ihr „negatives“ Prinzip subsumiert sich Arbeit und Konsum. Lassen wir nochmals Stefan Breuer zu Wort kommen, der die Logik dieses Ansatzes, mit explizitem Bezug zu Sohn-Rethel, sehr konsequent ausführt: „Tausch in diesem Sinne meint mehr als eine ökonomische Transaktion, meint mehr als den bloßen Besitzwechsel konkret-nützlicher Gegenstände. (...) Ihre Einheit gewinnt die fragmentierte und atomisierte Gesellschaft nur mehr auf dem Umweg über den Tausch, da aber nur Gleiches, vergleichbares, Äquivalentes getauscht werden kann, wechseln in der Zirkulation nicht Gebrauchswerte den Besitzer, sondern Tauschwerte. (...) Bürgerliche Vergesellschaftung heißt dementsprechend abstrakte, reine Vergesellschaftung, Integration durch eine Sphäre, die in der traditionellen Metaphysik als „Schein“, in der idealistischen Philosophie als „Geist“ bezeichnet wurde - eine Welt des Symbolischen, der Stellvertretung, der Substitution, die alle Erscheinungsformen des Sozialen, von der Zirkulation über Recht und Staat bis zu den subtileren Gestalten der Kunst, der Philosophie und der Wissenschaft, strukturiert.“ (Breuer 1995; 79f) Klassengegensatz und Klassenkonfrontation sind in dieser kritischen Variante verschwunden. Das soziale Verhältnis im Kapitalismus stellt sich nach dieser Auffassung vollständig im geldvermittelten Tausch her, der abstrakte Wert bestimmt das Geschehen. Die bürgerliche Gesellschaft anhand der Unterwerfung der lebendigen Arbeit durch das tote Kapital untersuchen zu wollen, kann in dieser Logik nur auf Abwege führen

oder die Stereotype des Arbeiterbewegungsmarxismus reproduzieren. Diese Konsequenz freilich hat Sohn-Rethel keineswegs intendiert. Im Gegenteil, er erhoffte sich durch bestimmte Aspekte der Organisation der Arbeit emanzipatorische Potentiale.

Aneignungsgesellschaft und Produktionsgesellschaft

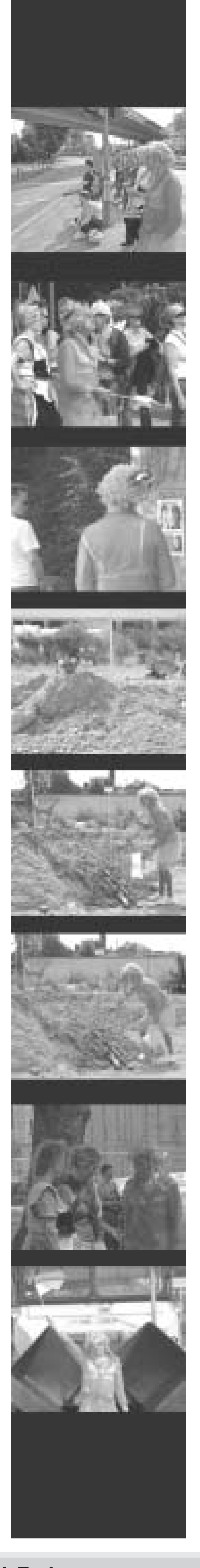
Sohn-Rethel stellt den durch den Tausch synthetisierten Aneignungsgesellschaften die Produktionsgesellschaft gegenüber. „Wenn eine Gesellschaft durch den Arbeitszusammenhang im Produktionsprozess die Form ihrer Synthesis erhält, also ihre bestimmende Ordnung direkt aus dem Arbeitsprozess menschlicher Naturtätigkeit herleitet, so ist sie, zum mindesten der Möglichkeit nach, klassenlos. Eine solche Gesellschaft kann ihrer Strukturbestimmtheit nach Produktionsgesellschaft genannt werden.“ (Sohn-Rethel 1972; 123) Einen Vorgriff auf eine Vergesellschaftung durch und in Arbeit meinte er in bestimmten Formen der fordistischen Arbeitsorganisation zu erkennen. Tatsächlich seien also zwei Synthesisformen wirksam, zur Vergesellschaftung durch den Tausch trete die Vergesellschaftung durch die Arbeit. Beide Formen stünden klarerweise im Widerspruch. Im „Spätkapitalismus“, so die in den 60er und 70ern sehr gebräuchliche Ausdrucksweise, zeige sich dieser Gegensatz in Form der Marktökonomie einerseits und der Betriebsökonomie andererseits. Unter Marktökonomie verstand Sohn-Rethel das Wertgesetz selbst.

Wenn etwa zu viele Massenprodukte hergestellt werden, mehr als der „Marktmagen“ (Marx) verdauen kann, so wäre die logische Konsequenz eine Verringerung der Produktion. Dem stünde aber die Betriebsökonomie entgegen. „Wenn die Nachfrage fällt und die Preise sinken, sollten die Produktmengen eingeschränkt und die Kosten pro Einheit vermindert werden können. Wenn aber ein moderner Großbetrieb die Produktion einschränkt und unter Kapazität arbeitet, gehen die Stückkosten im Gegenteil in die Höhe, weil ein zunehmender Teil der Kostenfaktoren unelastisch geworden ist, selbst von den ständig wachsenden Generalunkosten abgesehen.“ (Sohn-Rethel 1972; 181) Es gäbe also einen Widerspruch zwischen den am Markt erzielbaren Preisen und der wissenschaftlichen, den Produktivkräften entsprechenden Organisation der Produktion.

Sein Begriff der Betriebsökonomie bleibt aber eigentümlich unklar und verwaschen, da Sohn-Rethel zwei verschiedene Aspekte übereinander blendet und nicht klar unterscheidet. Einmal erblickt er den Ursprung der Betriebsökonomie in der wissenschaftlichen Organisation der Arbeit nach den Prinzipien Frederick Winslow Taylors, also die Zerlegung der Arbeitsvorgänge in einzelne Momente und ihre exakte Zeitmessung, um darauf aufbauend die Arbeitsvorgänge neu zu organisieren. Ein wichtiges Resultat dieser Methode war bekanntlich das Fließband. Ähnlich wie Lenin vermeinte Sohn-Rethel darin eine bürgerlich verkleidete Form einer wissenschaftlichen, rationalen Arbeitsorganisation zu erkennen, die bereits wesentliche Momente einer sozialistischen Gesellschaft vorwegnehmen würde. Wie Brandt und Breuer berichten, soll Sohn-Rethel diesen Standpunkt später insofern relativiert haben[2], als er im Taylorismus doch nur die kapitalistische Form der Zeitökonomie erblickte. Er hat aber stets betont, dass sich die neue klassenlose Gesellschaft über die gemeinschaftliche Organisation der Arbeit konstituieren muss. „Die Synthesis einer Produktionsgesellschaft dagegen gründet sich auf die Kommensuration der lebendigen Arbeit und verlangt Einheit von Kopf und Hand auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Hier ist der gesellschaftliche Nexus eins mit der Synthesis des Arbeitsprozesses.“ (Sohn-Rethel 1971a; 63) Sohn-Rethel vertrat zumindest zeitweilig die Ansicht, die Synthesis über die Arbeit würde in der Chinesischen Kulturrevolution praktisch verwirklicht.[3]

Der zweite Aspekt der Betriebsökonomie entpuppt sich als Widerspruch zwischen dem fixen und dem flüssigen Kapital. Unter fixem Kapital sind langfristige Produktionsgüter, wie zum Beispiel Fabrikgebäude, langlebige Maschinen usw., zu verstehen. In der bürgerlichen Buchhaltung schlagen sie sich in der Regel als Fixkosen nieder. Sohn-Rethel bringt für die Problematik des fixen Kapitals ein Beispiel aus der „Stahlwerke AG – Vestag“ von 1926. Mit einer Großanlage wurden dort die Hochofengase abgefangen und in alle vor- und nachgeschalteten Werksabteilungen geleitet. Dieses





sehr rationale System der Energieversorgung erforderte jedoch eine bestimmte Mindestauslastung der Anlage. In den Krisenjahren danach musste die gesamte Anlage periodisch stillgelegt werden, was bedeutende Anlaufs- und zusätzliche Wartungskosten bewirkte. Sohn-Rethel hatte durchaus eine Problematik erkannt. Allerdings war es nicht der Gegensatz zwischen der kapitalistischen Marktökonomie und Aspekten einer sozialistischen Zeitökonomie, wie er zumindest eine Zeit lang vermutete. „In der funktionellen Notwendigkeit einheitlicher Zeitordnung, welche den modernen kontinuierlichen Arbeitsprozess kennzeichnet, sind die Elemente einer neuartigen Synthesis der Vergesellschaftung enthalten. In Gestalt der kapitalistischen Marktwirtschaft auf der einen Seite und der modernen Betriebsökonomie auf der anderen Seite erkennen wir also äußerste Gegensätze des gesellschaftlichen Seins.“ (Sohn-Rethel 1972; 186f) Sondern er stieß auf einen Aspekt der fordistischen Phase, der tatsächlich aufgegeben werden musste. Der Postfordismus beinhaltet auch den Versuch des Kapitals, das fixe Kapital so gut es geht zu vermeiden. Die nötigen sachlichen Elemente der Produktion werden nach Möglichkeit bzw. nach Auftragslage zugekauft und können bei sich verändernder Marktlage einfach wieder abgestoßen werden. Das betrifft sowohl Sachaufwendungen wir Arbeitspersonal. Leiharbeit und Leasing sollen unter anderem die Flexibilisierung des Kapitals sicherstellen. Insofern hatte Sohn-Rethel recht: Umfassende, ja gigantische Produktionsanlagen erfordern in der Regel eine bestimmte Grundauslastung, die sich als Hindernis für die Profitmaximierung erweisen kann. „Der Leiter eines großen Werks, etwa einer elektronischen Firma oder einer Automobilfabrik, findet sich zwischen diese Normen eingekeilt, im Zweifel, welchen er folgen soll. Seine Produktionsmanager beweisen ihm unwiderleglich, dass sein Kapital zum großen Teil verschwendet ist, solange die in dem Gesamtprozess verbleibenden Engpässe der Produktion nicht ausgeweitet, dem potentiellen Zeitmaß nicht adaptiert werden. Der Verkaufsdirektor, der bei der Beratung dabeisitzt, schlägt die Hände über dem Kopf zusammen. Er kann ja jetzt schon die anfallende Produktion zu den profitgemäßen Preisen kaum absetzen. Wenn es aber nach den betriebsökonomischen Normen zugehen soll, ist mit nahezu einer Verdopplung des Ausstoßes zu rechnen.“ (Sohn-Rethel 1972; 180f) Tendenziell ist der Postfordismus ein Versucht, diesem Dilemma zu entgehen, indem das Kapital durch logistische, rechtliche und organisatorische Methoden versucht, die Elemente der Produktion flexibel zu halten um sie möglichst ohne Reibungsverluste dem Marktgeschehen anpassen zu können. Sohn-Rethel hat wohl eine Problematik erkant, aber doch zu optimistisch interpretiert.

Da diese These von Sohn-Rethel zunehmend relativiert und kaum positiv rezipiert wurde, trat der andere Aspekt umso stärker hervor: Die negative, abstrakte Vergesellschaftung über den Tausch und den abstrakten Wert. Im Begriff der „reellen Subsumption“ wurde die alles durchdringende Logik abstrakter Vergesellschaftung auf den Begriff gebracht. Wurde das Jenseits der „Marktökonomie“, die Vergesellschaftung über die Arbeit verabschiedet, blieb nur noch das Diesseits des abstrakten Wertes, der als negative Totalität alles zu durchdringen schien. Insbesondere Stefan Breuer nutzte den Ansatz von Sohn-Rethel, um von diesem aus auch die Entwicklung der Kritischen Theorie zu interpretieren. „Das, was sich Adorno zufolge hinter dem Schein der Zirkulation und den ihr korrespondierenden bürgerlichen Denkformen und Ideologien verbirgt, ist nicht die weltkonstituierende Subjektivität des Idealismus, sondern jene negative, auf der Negation des Besonderen, des Gebrauchswerts beruhenden Allgemeinheit, die Marx als abstrakte Arbeit, als Wert dechiffriert hat.“ (Breuer 1985; 367)

Exkurs: Eigentum und Besitz

Sohn-Rethel dehnt die Unterscheidung zwischen konkreter Gebrauchshandlung und abstrakter Tauschhandlung auch auf das Eigentum aus und unterscheidet, wie Kant, zwischen abstraktem Eigentum einerseits und konkretem Besitz andererseits. „Hiernach könnte es scheinen als ob der normative Begriff des Eigentums (im Gegensatz zu Besitz) ideelles Apriori der Tauschabstraktion wäre, im Widerspruch zu unserer materialistischen Auffassung von ihr. In Wirklichkeit ist aber das Folgeverhältnis gerade das umgekehrte.

Der Eigentumsbegriff ist selbst erst ein Resultat der Tauschabstraktion.“ (Sohn-Rethel 1972; 64) Obwohl nur Randthema bei Sohn-Rethel, - Recht und Rechtsverhältnisse werden in seinem Werk nur en passant angesprochen - trifft er auch hier ein eigentümliches Charakteristikum der bürgerlichen Gesellschaft, den Gegensatz von formalem Eigentum und ausgeübtem Besitz. Auch bei diesem Thema ist Kant, und nicht Hegel Adressat der Theorie von Sohn-Rethel. Denn schon sein Begriff der „gesellschaftlichen Synthesis“ bezieht sich auf den Synthesisbegriff bei Kant. Der Dualismus zwischen der empirischen Mannigfaltigkeit und einem nichtempirischen, „transzendentalen“ (Kant), abstrakten (Sohn-Rethel) Prinzip der Vereinheitlichung wirkt nicht nur im Gesellschaftsverständnis von Sohn-Rethel, es lässt sich auch sehr präzise auf den Gegensatz von formalem Eigentum und tatsächlichem Besitz anwenden. Kant sah klar, dass der abstrakte Eigentumsbegriff, der zwischen der Person und der Sache nur das schmale Band des rechtlichen „Gehörens“ knüpft, ein abstrakter, in Kants Diktion „transzendentaler“ Begriff sein muss. „Der Begriff eines bloß rechtlichen Besitzes ist kein empirischer (von Raum und Zeitbedingungen abhängiger) Begriff, und gleichwohl hat er praktische Realität, d.h. er muss auf Gegenstände der Erfahrung, deren Erkenntnis von jenen Bedingungen abhängig ist, anwendbar sein.“ (Kant 1977; 362) Dieser rein rechtliche, abstrakte Eigentumsbegriff hat in letzter Konsequenz keinen anderen Inhalt als eben das rein rechtliche Besitzen. Über die praktische, raum-zeitliche Nutzung, über die Möglichkeiten des tatsächlichen Verfügens ist im Grunde noch nichts entschieden. Das mag auf den ersten Blick als eine etwas merkwürdige Schlussfolgerung erscheinen, ist aber leicht zu erläutern. Wenn wir etwas unser Eigentum nennen, so besagt das keineswegs, dass wir damit machen können, was wir wollen. Für Kant ist ja der formal rechtliche Besitz nur die Vorbedingung dafür, einen Gegenstand tatsächlich real der eigenen Willkür zu unterwerfen. Ebenso wie die Tauschhandlung nicht die Gebrauchshandlung ist und umgekehrt, ist Eigentum noch nicht der Gebrauch der Sache selbst.

Denn der Gebrauch der Sache, die Ausübung der Willkür, muss „mit jedermanns äußeren Freiheit nach allgemeinen Gesetzen“ (Kant) zusammenstimmen. Beim tatsächlich ausgeübten Besitz kommen also noch eine ganze Reihe von Aspekten, Rechten, Bedingungen usw. ins Spiel, die mit dem rein formalen Eigentum nicht gesetzt sind. Allgemeine sittliche, ästhetische, rechtliche, ökologische und moralische Bedingungen und Auflagen grenzen nicht nur negativ die Willkür des Gebrauchs des Besitzes ein, sondern bestimmen praktisch oft bis ins Detail die Nutzung des Eigentums. Grund und Boden mögen dafür als Beispiel dienen, oder man denke an die zahllosen Auflagen, die der Besitz eines Automobils nach sich zieht. Daher unterscheidet Kant genau zwischen dem abstrakten, formal-rechtlichen Eigentumsbegriff, und dem konkreten, empirischen Gebrauch dieses Eigentums. Die Architektonik der Kantschen Philosophie, die sich durch strenge Scheidung von Empirischem und Transzendentalem auszeichnet, wendet Kant systematisch auf den Eigentumsbegriff an.

Sohn-Rethels Versuch, auch bei dieser Frage Kant auf materialistische Füße zu stellen, leidet allerdings erneut unter der schwer zu handhabenden geschichtlich-gesellschaftlichen Zuordnung. Der scharfe Gegensatz zwischen dem formalen Eigentum, das über das schmale Band des „das gehört mir“ zwischen Gegenstand und Eigentümerin nicht hinausgeht, und dem praktischen Verfügen und Benutzen des Eigentums, das durch zahlreiche Faktoren näher geregelt ist, wird von vielen AutorInnen explizit der kapitalistischen Epoche zugeordnet. In dieser Schärfe und Klarheit wäre diese Entgegensetzung auf vorkapitalistische Epochen nicht anzuwenden. Etwas sein Eigen nennen, das bedeutete in vorkapitalistsichen Gesellschaften immer ein Bündel an Bedingungen und Verpflichtungen, vor allem ein Geflecht von sozialen Beziehungen mit verschiedensten Pflichten, Rechten, Ansprüchen usw. Das formale Eigentum war von konkreten Verhältnissen und Auflagen nicht zu trennen. „Eigentum” schrieb Hannah Arendt, „war ursprünglich an einen bestimmten Ort in der Welt gebunden und als solches nicht nur unbeweglich, sondern identisch mit der Familie, die diesen Ort einnahm.“ (Arendt 1981; 60). Ethnologisch ist der Unterschied zwischen dem vormodernen Besitzen und dem modernen Eigentum - das allerdings seinen Vorläufer im Römischen Recht hat - verbürgt.[4] Indem Sohn-Rethel aber den Gegensatz zwischen Eigentum und Besitz mit dem Gegensatz Tauschhandlung – Gebrauchshandlung parallel setzt, ebnet er sozusagen 2600 Jahre Geschichte und Entwicklung ein. Wieder verschwindet die Spezifik der kapitalistischen Vergesellschaftung aus dem Blick. Erneut werden die Ergebnisse der Analyse, die doch an die Oberfläche der kapitalistischen Zirkulation gebunden sind, inflationär in die Geschichte ausgedehnt.

Andererseits trifft Sohn-Rethel durchaus einen Punkt. Es gelingt ihm nicht nur den Kantschen Gegensatz von Eigentum und Besitz gesellschaftlich zu deuten – diesen Gedanken halte ich sogar für trefflicher als den Ableitungsversuch der abstrakten Denkkategorien aus der Tauschhandlung – er weist auch auf einen tatsächlichen Widerspruch im

Eigentumsbegriff selbst hin. Der Gegensatz des ausschließlichen rechtlichen Besitzens und den Einschränkungen, es tatsächlich der Willkür vollständig unterwerfen zu können, äußert sich in mannigfacher Weise. Doch Sohn-Rethel verabsäumt es aufzuzeigen, *wo* dieser Widerspruch zentral aufbrechen muss, nämlich beim Kauf und Gebrauch der Ware Arbeitskraft. Die Arbeitskraft hat das Kapital rechtlich erworben, und doch kann es mit dieser Arbeitskraft nicht machen was es will, obwohl der Versuch der schrankenlosen Verfügung dem Kapitalverhältnis inhärent ist. „Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lange als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht." (MEW 23; 249) Während sich der Gegensatz von Eigentum und Gebrauch bei anderen Waren graduell darstellen mag, kann er im Falle der Arbeitskraft nur offene Konfliktform annehmen. Zugleich liegt das Eigentum als Eigentum an der Arbeitskraft in seiner am höchsten entfalteten Form vor. Denn nur dieses Eigentum sichert die Akkumulation des Kapitals, produziert also neues Eigentum. Wird Eigentum nicht bloß als etwas Gegebenes, sonder als etwas gesellschaftlich Produziertes gefasst, stoßen wir unabdingbar auf die Lohnarbeit, also den Gebrauch der rechtlich erworbenen Ware Arbeitskraft. Schade, dass Sohn-Rethel seine Überlegungen nicht in diese Richtung geführt hat, sein Ausgangspunkt, die Zirkulation hat dies wohl verhindert.

Reelle Subsumption und Abstraktion

Sohn-Rethel war sich durchaus bewusst, dass seine erweiterte Warenanalyse nicht ohne weiteres mit den Marxschen Ausführungen harmonierte. „Die Wahrheit ist, dass ich mir selbst über das Verhältnis meiner Waren- und Tauschanalyse zur Marxschen sehr viel weniger im klaren bin als über die Grundlagen und Schlüssigkeit meiner Theorie." (Sohn-Rethel 1972; 228) Allein diese Aussage war für den Staatsmarxismus, der über langweilige Paraphrasierungen Marxscher Texte zumeist nicht hinauskommt (es sei denn, Lenin gibt ein weiteres Themenfeld frei), Grund genug für Häme und Ablehnung. Die Kritik orientierte sich vor allem an den Aussagen Sohn-Rethels, die Waren würden erst im Tauschakt gleichgesetzt und dort abstraktifiziert. (Eine ähnliche These vertritt gegenwärtig Michael Heinrich.) Die diesbezüglichen Textpassagen von Sohn-Rethel sind allerdings nicht immer eindeutig. Klar ist stets die Unterscheidung zwischen der Wertgröße und der Wertform. Die Wertgröße, also die Quantität der gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit, liegt außerhalb des Tauschvorganges und wird von ihm nicht berührt. „Wert, Wertgröße und Wertform stammen aus verschiedenen Quellen. Den Wert gibt ihnen die Arbeit, aber nur, indem sie, in Auswirkung der Realabstraktion des Austausches, in ihrer wertschaffenden Eigenschaft ihrerseits die rein gesellschaftliche Qualität abstrakt menschlicher Arbeit annimmt. Die Wertform reduziert sich auf Realabstraktion des Austauschs, welche allein dem Warentausch seine gesellschaftlich-synthetische Wirksamkeit verleiht, also den Privattausch der individuellen Arbeitsprodukte überhaupt erst befähigt, den Zusammenhang der gesellschaftlichen Arbeit geltend zu machen. Der Austausch bringt somit die Wertform der Waren hervor; die Arbeit hingegen bestimmt, nach Maßgabe der gesellschaftlich notwendigen durchschnittlich auf die Waren verwandten Arbeitszeit, ihre Wertgröße." (Sohn-Rethel 1990; 31) Die Wertgröße wird durch den Arbeitsprozess bestimmt, der durch den Tauschvorgang bloß vermittelt wird.

Bezüglich des Orts und des Mechanismus der Abstraktifizierung der Arbeit selbst, finden wir jedoch durchaus unklare Aussagen. Aus obigem Zitat, wie auch aus anderen Passagen ist zu entnehmen, dass die konkrete Arbeit im Tausch abstraktifiziert wird. „Der Wert ist also nicht der Grund der Gleichung, sondern umgekehrt, das dem Tauschverhältnis inhärente und für die gesellschaftliche Synthesis notwendige Postulat der Tauschgleichung geht dem Wertbegriff voraus." (Sohn-Rethel 1972; 76) „Die Waren sind nicht gleich, der Tausch setzt sie gleich." (Sohn-Rethel 1972; 74) Auch in „Warenform und Denkform" finden wir diese Auffassung: „Primär ist die Abstraktion vom Gebrauchswert. Jedoch erstreckt sich die Abstraktion auch auf den nützlichen, gebrauchswert schaffenden Charakter der in der Warenproduktion verausgabten Arbeit: ihr verleiht die Warenabstraktion den Charakter von abstrakt menschlicher Arbeit, menschlicher Arbeit als solcher, Arbeit überhaupt." (Sohn-Rethel 1971; Seite 113)

Sohn-Rethel stellt uns aber noch einen weiteren Abstraktionszusammenhang vor, die Abstraktion der Arbeit im Produktionsprozess selbst. „Anders gesagt, die Warenabstraktion ist Tauschabstraktion, nicht Arbeitsabstraktion. Die Arbeitsabstraktion, welche in der kapitalistischen Warenproduktion in der Tat stattfindet, hat, wie wir später (im 3. Teil dieser Schrift) sehen werden, ihren Ort im Produktionsprozess, nicht im Austauschprozess." (Sohn-Rethel 1972; Seite 79) Wird also die Arbeit zweimal abstraktifiziert? Einmal in der Produktion und ein zweites mal im Tausch? In gewisser Weise ja. Die Abstraktifizierung der Arbeit in der Produktion wurde empirisch gelesen, als Reduktion der Arbeit auf einfache, simple Fließbandarbeit. Abstrakt, negativ, leer, so formt sich der Kapitalismus nach die-

ser Auffassung selbst. In diesem Sinne wurde auch der Begriff der reellen Subsumption interpretiert. Wenn Arbeit reell unter das Kapitalverhältnis subsumiert wird, wird sie? zur einfachen und stumpfsinnigen Fließbandarbeit, zur bloßen Bewegung von Hand und Fuß, zur mechanischen Ausführung. In jenen Debatten um den Begriff der reellen Subsumption, an denen sich unter anderem Stefan Breuer, Gerhard Brandt, Klaus Dieter Oetzel, Karin Benz-Overhage, Rudi Schmiede sowie Bodo von Greif beteiligen, wurde die reelle Subsumption als Resultat technisch-industrieller Produktionsform ausgewiesen mit dem Ergebnis, dass die Arbeit zunehmend zur abstrakten Arbeit mutieren würde. So schreibt etwa Benz-Overhage: „Die reelle Subsumption der Arbeit unter das Kapital impliziert nicht nur eine zeitliche und organisatorische Integration des Arbeitsprozesses; indem er in seinen stofflichen Bedingungen direkt den Erfordernissen des Verwertungsprozesses unterworfen wird, erfolgt gleichfalls eine zunehmende Abstraktifizierung von der Besonderheit und Subjektivität der Arbeit“ (Benz-Overhage 1982; 50). Noch deutlicher lesen wir es bei Schmiede: „Wenn es stimmt, dass die reelle Subsumption der Arbeit erst in der nachmarxschen Phase begann und auch in der Marxschen Theorie nicht zureichend begrifflich analysiert worden ist, müssen wir uns die Frage stellen, wie denn ein angemessener Begriff dieses Prozesses zu gewinnen ist.“ Begründet, so Schmiede weiter, habe Marx nur die formelle Subsumption. Den Mangel, die Auswirkungen der reellen Subsumption auf die Arbeit angemessen analysiert zu haben, gleicht er mit moralischen Begriffen aus. „Marx hat diesen Mangel wohl selbst verspürt, denn er bemüht sich darum, die Fabrikarbeit als einfach monoton, stumpfsinnig, blöde und das Verhältnis der Arbeiter zu ihr als völlig fremd und gleichgültig zu beschreiben.“ (Schmiede 1983; 57)

Bei diesem Verständnis ist der Doppelcharakter der Arbeit, zugleich konkrete wie abstrakte zu sein, natürlich aufgehoben. Methodisch ist das nicht verwunderlich: Der Ausgangspunkt, die Zirkulationsoberfläche der kapitalistischen Gesellschaft ist ohne Weiterführung zum Kapitalverhältnis nicht durchzuhalten. Wenn der Übergang vom Geld zum Kapital, von der Zirkulationssphäre zur Produktionssphäre begrifflich nicht ausgeführt wird, sind die so gewonnenen Thesen an die Marxsche Theorie nicht mehr anschlussfähig. Die Einseitigkeit der Zirkulationsperspektive muss früher oder später mit den Marxschen Analysen in Konflikt treten. Das hat Sohn-Rethel in einer kleinen, 1971 publizierten Arbeit, durchaus anklingen lassen: „Ich halte den Begriff der abstrakten gesellschaftlichen Arbeit, soweit er in der Warenanalyse erkennbar ist, für einen dem Hegleschen Erbe geschuldeten Fetischbegriff.“ (Sohn-Rethel 1971a; 70)

E-Mail: k.reitter@gmx.net

Literatur:

Arendt, Hannah (1981): „Vita activa“, München

Benz-Overhage, Karin (1982): „Auswirkungen des Computereinsatzes in der industriellen Produktion“ (Forschungsbericht des Institutes für Sozialforschung Frankfurt am Main), Frankfurt - New York

Brandt, Gerhard (1990): „Ansichten kritischer Sozialforschung“ in: „Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung“, Frankfurt am Main

Breuer, Stefan (1985): „Horkheimer oder Adorno: Differenzen im Paradigmenkern der Kritischen Theorie“, in: Leviathan, Zeitschrift für Sozialforschung, Opladen, Jahrgang 1985, Heft 3

Breuer, Stefan (1990): „Die Gesellschaft des Verschwindens“, Hamburg

Kant, Immanuel (1977): „Die Metaphysik der Sitten“, (Hg.) W. Weischedel, Frankfurt am Main

MEW 23 = Marx Engels Werke, Berlin 1965ff, „Das Kapital“ Band 1

Polanyi, Karl (1979): „Aristoteles entdeckt die Volkswirtschaft“, in: „Ökonomie und Gesellschaft“, Frankfurt am Main 1979, Seiten 149 - 185

Schmiede, Rudi (1983): „Abstrakte Arbeit und Automation“, in: Leviathan, Zeitschrift für Sozialforschung, Opladen, 1983, Heft 1

Sohn-Rethel, Alfred (1971): „Warenform und Denkform. Aufsätze“, Frankfurt/Wien

Sohn-Rethel, Alfred (1971a): „Materialistische Erkenntniskritik und Vergesellschaftung der Arbeit“, Berlin

Sohn-Rethel, Alfred (1971b): „Notizen zur Kritik der Marxschen Warenanalyse“, in: „Materialistische Erkenntniskritik und Vergesellschaftung der Arbeit“, Berlin

Sohn-Rethel, Alfred (1972): „Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis. Revidierte und ergänzte Ausgabe.“ Frankfurt am Main

Sohn-Rethel, Alfred (1990): „Das Geld, die bare Münze des Apriori“, Berlin

Anmerkungen:

1 „Tatsächlich glaubt Sohn-Rethel auf diese Weise die Hauptkategorien reiner Erkenntnis - Raum und Zeit als homogene Kontinua, Identität, Dinglichkeit, Dasein, Substanz, Kausalität - in streng deduktiver Weise aus der Tauschabstraktion herleiten zu können, wenn gleich seine Bemühungen sich durchwegs auf programmatischer Ebene halten und die wechselnden Auflistungen zentraler kategorialer Bestimmungen Zweifel am systematischen Charakter dieser Bemühungen aufkommen lassen.“ (Brandt 1990, 148)

2 Vergl. Brandt 1990, Seite 163 und Breuer 1995, Seite 217

3 „In China tritt das alles schön einfach und greifbar in Erscheinung, so sehr naiv, an unserer Gewohnheiten gemessen. Dort wird der ganze Mensch von der politischen Kulturrevolution erfasst, seine Umwandlung vom Privatmenschen einer bürgerlichen und kleinbürgerlichen zum Subjekt einer kommunistischen Gesellschaft betrieben.“ (Sohn-Rethel 1971a; 61)

4 Polanyi beschreibt ausführlich jene vormodernen sozialen Verhältnisse, die einen abstrakten, von der konkreten Bedeutung unabhängigen Eigentumsbegriff, gar nicht zulassen. Vergl. dazu: „Aristoteles entdeckt die Volkswirtschaft“, in: „Ökonomie und Gesellschaft“, Frankfurt am Main 1979, Seiten 149 - 185.

Sandra Gendera und Bettina Haidinger

„Ich kann in Österreich als Putzfrau arbeiten. Vielen Dank, ja."

Bedingungen der bezahlten Haushalts- und Pflegearbeit von Migrantinnen

Der folgende Artikel wird sich mit den Bedingungen bezahlter Haushaltsarbeit von Migrantinnen in Österreich auseinandersetzen. Wir versuchen die Herausbildung eines „transnational care space" durch die argumentative Verknüpfung von aktueller österreichischer Migrationspolitik und wohlfahrtsstaatlicher Restrukturierung zu erklären. Darüber hinaus möchten wir mit Analysen aus unserer empirischen Forschung[1], die sich mit der Situation von Migrantinnen aus Mittel- und Osteuropa in der Haus- und Pflegearbeit beschäftigt, einen Beitrag zur Debatte um Reproduktionsarbeit leisten, der die Perspektiven und Wünsche von Haushaltsarbeiterinnen in den Vordergrund rückt.

1. Begriffserklärung: Haushaltsarbeit und Pflegearbeit

Im englischsprachigen Raum hat sich der Begriff „domestic work" bzw. „domestic worker" in der einschlägigen Literatur zum Thema durchgesetzt (vgl. Anderson 2000; Kofman et.al. 2000). Geissler (Geissler 2002: 31f.) verwendet den Begriff der „Haushaltsarbeit", der die Bereiche Hausarbeit, Pflege und Erziehungsarbeit enthält. Es handelt sich dabei um einen Begriff, der den umfassenden Charakter von Tätigkeiten, die im Haushalt erbracht werden, erfassen soll. Schwierigkeiten bei der Definition von Haushaltsarbeit treten nicht nur bei der Abgrenzung des Tätigkeitsbereichs auf, sondern betreffen auch die Abgrenzung von Arbeitszeit und Freizeit, von informeller und formeller, von bezahlter und unbezahlter Arbeit im Haushalt. Bridget Anderson (2001) bezeichnet Haushaltsarbeit als reproduktive Arbeit, die notwendig ist, um Menschen und Gesellschaft zu versorgen: *"Domestic work is reproductive work, and reproductive work is not confined to the maintenance of physical bodies: people are social, cultural and ideological beings, not just unities of labour. Reproductive work, mental, physical and emotional labour creates not simply labour units, but people."* (ebd.: 6)

Die Aufgabenbereiche der Haushaltsarbeit sind durch Heterogenität gekennzeichnet: Sie umfassen persönliche Dienste, Pflegearbeit, Hausarbeit (Putzen, Kochen etc.), Kinderbetreuung, Sexarbeit.

Hausarbeit ist einerseits notwendige Arbeit, um die Reproduktion von Leben aufrecht zu erhalten durch Betreuungs- und Versorgungsarbeit und Putzarbeit. Hausarbeit ist aber auch bedürfnisorientierte Arbeit, deren Grenzen der Notwendigkeit nicht klar sind und die teilweise nur entsteht, weil es billige Arbeitskräfte gibt, die sie erledigen. *"Domestic work is also concerned with the reproduction of life-style, and crucially of status."* (Anderson 2001: 6). Hier wird der Zusammenhang zwischen dem Status des Haushaltes und den zu erledigenden Arbeiten angesprochen. Die Grenzen von notwendiger Haushaltsarbeit verschwimmen. Haushaltsarbeit entsteht täglich, ihre Dimensionen sind allerdings abhängig von verschiedenen Variablen wie der Anzahl der Haushaltsangehörigen, der Anzahl der (Klein-)Kinder oder sonstiger bedürftiger Personen, der Größe und Beschaffenheit der Wohnung/des Hauses sowie den Sauberkeitsbedürfnissen der BewohnerInnen.

Für die bezahlte und unbezahlte Fürsorge und Pflegearbeit für Kinder, ältere, behinderte oder kranke Menschen hat sich in der englischsprachigen Literatur zum Thema der Begriff *social care* etabliert (Daly/Lewis 1998, Pfau-Effinger/Geissler 2005, Knijn/Kremer 1997). Dieser große Bereich der Haushaltsarbeit, die Betreuungs- und Pflegearbeit (Care Work), unterscheidet sich allerdings durch den überproportionalen Einsatz der eigenen Subjektivität in den Arbeitsprozess von den anderen im Privathaushalt erbrachten Dienstleistungen. Bei der Pflegearbeit muss sich die/der PflegerIn als Person in die Arbeitshandlungen einbringen, da „Faktoren wie Gefühl, Empfinden und Erleben keine nebensächlichen Zutaten, sondern zentrale Grundlagen des Arbeitshandelns“ darstellen (Krenn 2004: 3). Gleichzeitig erfordert die Arbeit mit dem Menschen die Berücksichtigung des Subjektcharakters der pflege- und betreuungsbedürftigen Person. Diese leistet einen entscheidenden Beitrag zum Gelingen des Arbeitsprozesses, indem sich die/der Gepflegte auf den interaktiven Prozess mit der pflegenden Person einlässt. Dieses zentrale Charakteristikum der Pflege- und Betreuungsarbeit wird auch mit dem Begriff des „doppelten Subjektcharakters“ beschrieben (Krenn 2004).

2. Arbeitsformen und Arbeitskonzepte

Die Beschäftigungsverhältnisse, die in privaten Haushalten für Haushaltsarbeiterinnen vorkommen, können in zwei Hauptgruppen eingeteilt werden. Die erste Hauptgruppe besteht aus den sogenannten *Live-ins. Live-in* bedeutet, dass die Haushaltsarbeiterin nicht nur beim/bei der ArbeitgeberIn beschäftigt ist, sondern auch bei ihm/ihr wohnt. Mit dieser Übereinkunft macht sich die Haushaltsarbeiterin allerdings enorm abhängig von ihren ArbeitgeberInnen. Ihre Arbeit, ihr Aufenthalt, ihr Leben in dem betreffenden Land werden primär vom Gutdünken und der Zufriedenheit ihrer Arbeitgeber ermöglicht, bestimmt und beendet. *Live-in domestic work* bietet kein gutes finanzielles Arrangement für die Haushaltsarbeiterin. Die extreme Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und der niedrige Lohn werden mit ihrer Verpflegung und der Wohnmöglichkeit gerechtfertigt. Eines der häufigsten Probleme in diesem Arbeitsverhältnis ist der Mangel an Kontrolle der Arbeitszeit, meistens müssen Haushaltsarbeiterinnen 24 Stunden abrufbereit sein. *Live-in*-Beschäftigungsverhältnisse dominieren vor allem in Südeuropa, in Italien, Spanien, Griechenland und Zypern bei Haushaltsarbeiterinnen mit einem migrantischen Hintergrund (vgl. Anderson 2000: 84). Ein Sonderfall der *Live-in*-Arbeitsverhältnisse sind Au-Pair-Stellen, die in ganz Europa vorkommen und auch in Österreich einen signifikanten Zuwachs erleben. (siehe Kapitel 3.2)

Die zweite Hauptgruppe besteht aus so genannten *Live-outs*. In diesen Fällen leben die Haushaltsarbeiterinnen nicht bei der ArbeitgeberIn, ihre Arbeitsstätte ist getrennt von ihrer Wohnung. Diese Beschäftigungsform dominiert in Frankreich, Deutschland (vgl. Anderson 2000: 69f.) und auch in Österreich. In den meisten Fällen wird in diesem Beschäftigungsverhältnis für mehrere ArbeitgeberInnen gearbeitet, was ein hohes Maß an Koordination erfordert (vgl. Gather/Meißner 2002: 130). Eine regelmäßige Vollzeiterwerbstätigkeit ist die Ausnahme, meistens werden Beschäftigungen gefunden, die stunden-, tage-, wochen- oder monatsweise dauern bzw. ausgehandelt werden.

Als symptomatisch für Arbeitsverhältnisse im informellen Sektor können die Abwesenheit jeglicher ArbeitnehmerInnenrechte und damit die grundsätzliche Unsicherheit hinsichtlich Dauer und Regelmäßigkeit sowie die Gefahr von Unfällen bzw. Krankheit von Hausarbeiterinnen ohne Versicherungsschutz gesehen werden. Die Kammer für ArbeiterInnen und Angestellte (AK) Wien weist in einer Pressemeldung darauf hin, dass in dieser Branche existentielle Abhängigkeiten entstehen können, „die in anderen Branchen nicht in dieser Ausformung vorkommen (...).“ In der Beratungstätigkeit der Arbeiterkammer (vgl. Arbeiterkammer Wien 2000) geht es in den konkreten Fällen um das Vorenthalten des Arbeitsentgeltes, das Nichteinhalten jeglicher arbeitsrechtlicher Mindeststandards, die Falschanmeldung der Haushaltsarbeiterin über den Gewerbebetrieb[2], Unteranmeldung der Arbeitnehmerin unter die Geringfügigkeitsgrenze, das Ausnutzen der Unkenntnis der Sprache und soziale Isolation.

Korrekte Entlohnung sowie Sonderzahlungen, bezahlter Urlaub[3], Überstundenentgelte, Lohnzuschläge, Pausenregelungen, Sozialversicherung oder Nachtruhe sind die Ausnahme.

In einer EU-Studie, in der die Arbeitsbedingungen für Haushaltsarbeiterinnen mit migrantischem Hintergrund in nicht-angemeldeten Arbeitsverhältnissen in Österreich, Deutschland, Großbritannien und Spanien im Vergleich untersucht wurden, schwanken die Angaben der in Österreich im informellen Sektor beschäftigten Haushaltsarbeiterinnen in Bezug auf die ausbezahlten Löhne zwischen sieben und neun Euro pro Stunde (vgl. Caixeta et.al. 2004). Deutlich geringer fällt die Entgeltung von in Österreich beschäftigten Live-in Haushaltsarbeiterinnen aus. Sie übernehmen in den meisten Fällen die Rund-um-die-Uhr-Pflege und -Betreuung von älteren, kranken oder hilfsbedürftigen Menschen und bekommen dafür durchschnittlich 50 Euro am Tag – in manchen Fällen auch deutlich weniger (vgl. Gendera 2007). Allerdings muss bei diesen Löhnen mitbedacht werden, dass es sich um informelle Arbeitsverhältnisse ohne jeglichen Versicherungsschutz und andere arbeitsrechtliche Ansprüche handelt. Vereinbarte aber nicht ausbezahlte Löhne sind aufgrund der rechtlichen Situation der Haushaltsarbeiterin kaum einforderbar. Bedingt durch fehlende Aufenthaltsrechte nutzen die ArbeitgeberInnen die Situation der Haushaltsarbeiterinnen aus. Der Migrantin droht im schlimmsten Fall die Abschiebung, für die ArbeitgeberIn bleiben Gesetzesbrüche meist ohne Folgen. Die Klagemöglichkeit ist meist nur theoretisch vorhanden. Die realen Lebensumstände sprechen oft dagegen: Ohne Wohnung, Einkommen und ohne Bleiberecht für die Arbeitnehmerin bis zum Abschluss des arbeitsgerichtlichen Verfahrens (letzteres trifft nur auf Drittstaatsangehörige zu) bleibt nur die Abreise – oft beschleunigt durch Abschiebung durch die Fremdenpolizei. Ebenso wenig wird die Klagemöglichkeit von Bürgerinnen, die im Mai 2004 der EU beigetreten sind und mittlerweile aufenthaltsrechtliche Sicherheit in Österreich genießen, in Anspruch genommen. Meistens fühlen sich die Betroffenen aufgrund des extrem personalisierten Arbeits- und Vertrauensverhältnis gegenüber ihren ArbeitgeberInnen sowie dem/der betreuungsbedürftigen Person moralisch verpflichtet.

Illegalisierung und/oder prekäre Lebensverhältnisse ebenso wie unzureichende Kenntnisse der Landessprache führen zu extremer Abhängigkeit von den ArbeitgeberInnen. Meist wird von beiden Seiten versucht, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, was in manchen Fällen bis zu angeblich freundschaftlichen Beziehungen reicht. Arbeitsverhältnisse in Privathaushalten implizieren eine speziell persönliche Beziehung zwischen ArbeitgeberIn und Arbeitnehmerin, welche bis zu der Aussage führt, dass die Haushaltsarbeiterin *Teil der Familie* ist. Dadurch wird die Abgrenzung ihrer Aufgabenbereiche und der Entgeltung noch schwieriger. Denn was zählt zur Arbeit, was ist „Liebes- oder Freundschaftsdienst"?

Die ArbeitgeberIn kann von dieser Nähe in jedem Fall profitieren: Sie hat die Macht zu entlassen, zusätzlich können gute interpersonelle Beziehungen zur Arbeitnehmerin die Verhandlungsposition stärken. Die Haushaltsarbeiterin riskiert bei der Formulierung (in den Augen der ArbeitgeberIn) zu hoher Ansprüche die guten Beziehungen, was angesichts der extrem individualisierten und ausgelieferten Arbeitsbedingungen von sehr großer Bedeutung sein kann. So kann es durchaus vorkommen, dass eine schlechter bezahlte Anstellung in Kauf genommen wird oder dass Arbeitszeit, Arbeitsinhalte oder die Sicherheit des Arbeitsplatzes zweitrangig werden, wenn die Haushaltsarbeiterin eine freundlichere Atmosphäre vorfindet (vgl. Anderson 2000: 123; Gather/Meißner 2002: 131f.)

„What the ‚part of the family' rhetoric obscures is that relations in paid care are […] asymmetrical. While the worker is expected to have familial interest in the employing family, this is not reciprocated." (Anderson 2000: 123). Die Haushaltsarbeiterin wird entpersonalisiert, sie wird zur „Perle", zum „guten Geist" des Hauses, deren eigenes Leben, deren eigene Familie unbeachtet bleiben und deren Aufnahme in den Haushalt als großzügige Geste aufgefasst wird. Diese Rhetorik hilft darüber hinaus mit Widersprüchen umzugehen: Es wird die Gleichrangigkeit und gemeinsame Menschlichkeit zwischen ArbeitgeberIn und Arbeitnehmerin betont und die Kommodifizierung menschlicher Beziehungen zurückgewiesen, indem die Illusion einer „liebevollen" Beziehung zwischen den VertragspartnerInnen aufrechterhalten wird (vgl. Anderson 2000: 124f.).

3. Transnational Care Space: Rahmenbedingungen der bezahlten Haus- und Pflegearbeit von Migrantinnen

Die Erwerbsmöglichkeit von Nicht-Österreicherinnen ist eng verknüpft mit dem Status als „Migrantin". Sie sind durch die Ungleichbehandlung aufgrund des Ausländerbeschäftigungsgesetzes und aufenthaltsrechtlicher Regelungen an der Integration in den (formellen bzw. ersten) Arbeitsmarkt gehindert.[4] Diese Regelungen schlagen sich in der Quotierung ausländischer Beschäftigter, in der Bindung der Beschäftigung von

MigrantInnen an eine bestimmte ArbeitgeberIn oder an ein bestimmtes Bundesland, sogar in einem Beschäftigungsverbot nachgezogener Familienangehöriger[5] (vgl. Wiener Integrationsfonds 2003) oder der bevorzugten Zulassung zum Arbeitsmarkt von ausgesuchten „Schlüsselkräften" nieder. Unter die Kategorie „Schlüsselkraft" fallen all jene ausländische Beschäftigte, die eine besondere Ausbildung bzw. spezielle Kenntnisse aufweisen und über ein monatliches Mindesteinkommen von 2.250 Euro (:2006) Brutto verfügen. Aufgrund der bestehenden, geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede am österreichischen Arbeitsmarkt konnten vor dem September 2004 nicht einmal neuzuwandernde, diplomierte Krankenschwestern aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten diese hoch angesetzte Mindesteinkommensgrenze für Schlüsselarbeitskräfte erreichen, und waren damit von einer Beschäftigung im öffentlichen Gesundheits- und Krankenpflegesektor ausgeschlossen. Diese Rahmenbedingungen begünstigen, dass Migrantinnen in der Regel auf bestimmte, für sie vorgesehene Wirtschaftsbranchen wie die Landwirtschaft, das Gastgewerbe oder den Privathaushalt festgelegt oder in Beschäftigungsverhältnisse des informellen Sektors gedrängt werden. Zudem gibt es im Falle von gut qualifizierten Arbeitskräften Dequalifizierungen aufgrund von Problemen bei der Nostrifizierung von Bildungsabschlüssen oder weil qualifizierte Arbeitsstellen schon von ÖsterreicherInnen besetzt sind, die am österreichischen Arbeitsmarkt bevorzugt behandelt werden.[6]

MigrantInnen, die keine Möglichkeit haben, einer legalen Beschäftigung nachzugehen und daher im informellen Sektor arbeiten, sind aus dem erwerbszentrierten Sozialversicherungssystem ausgeschlossen (vgl. Kofman et.al. 2000: 144ff.). So erfüllen sie eine doppelte, für den österreichischen Sozialstaat günstige Funktion: Sie fallen als Nicht-EmpfängerInnen wohlfahrtsstaatlicher Leistungen dem Fiskus nicht zur Last und gewährleisten gleichzeitig soziale Dienste und Reproduktionsleistungen in schlecht bezahlten und ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen, die sie aufgrund ihres Status als MigrantIn einzugehen gezwungen sind. Dieser Zwang wird aufgrund politischer Willensbildung von der österreichischen Gesetzgebung produziert, die Beschäftigung und soziale Absicherung von ÖsterreicherInnen gegenüber MigrantInnen privilegiert. Gleichzeitig führt internationale Ungleichheit in Einkommen, Vermögen, Ressourcenausstattung zwischen Nationalstaaten zu einem Wohlstandsgefälle, das Migrationsbewegungen *mit* hervorruft.

Obwohl die meisten Frauen immer noch über Familienzusammenführung zumindest einreisen, werden es immer mehr, die allein migrieren, aus wirtschaftlichen Gründen, als „Touristinnen", als Studentinnen, als Flüchtlinge. Frauen verlassen ihren Herkunftsort in der Hoffnung auf bessere Lebensverhältnisse aufgrund ihrer Verantwortung für Kinder und Familie, die sie oft allein tragen müssen, da auch alle anderen Familienmitglieder von Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung oder schlecht bezahlter Erwerbsarbeit betroffen sind. Die Bedeutung von Frauen als Agentinnen im Migrationsprozess wird nicht nur durch ihre Anzahl virulent[7], sondern auch durch ihren wichtigen Beitrag zur Wohlfahrt sowohl in den Empfänger- als auch in den Herkunftsländern. Die Nachfrage nach weiblichen migrantischen Arbeitskräften ist vor allem in „typischen" Frauenberufen im expandierenden Dienstleistungssektor hoch, was wiederum mit der geschlechtsspezifischen Zuteilung von Reproduktionsarbeit an Frauen, der gestiegenen Arbeitsmarktpartizipation von einheimischen Frauen sowie der Re-Privatisierung von Versorgungsarbeit (vgl. Kapitel 3.2) in Zusammenhang steht (vgl. Kofman 2000: et.al. 2f.).

Im Folgenden wollen wir speziell Bedingungen der Arbeitsmigration zweier Gruppen ausformulieren: von Migrantinnen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten sowie aus der Ukraine, das als Beispiel für Migrationsverläufe aus Drittstaaten dienen soll. In beiden Fällen wird der Fokus auf Arbeitsmigration in Beschäftigungsverhältnissen im Haushalts- und Pflegebereich gelegt.

Die Regelungen zur zeitlich befristeten Beschäftigungsaufnahme in Saisonbranchen und für Au-Pair-Kräfte spiegeln deutlich die Renaissance des Systems der „Rotation von Arbeitskräften" wider, welches bereits in den 1960er Jahren zur Anwerbung von „GastarbeiterInnen" eingesetzt wurde. Die Neuauflage dieser „Zirkulären Arbeitsmigrationsregime" fördert die Entstehung von informellen Arbeitsmärkten und von lokalen PendlerInnen-Gesellschaften, wie Norbert Cyrus (2001) für Deutschland aufzeigt. Mit der Liberalisierung der Einreise- und Beschäftigungsbestimmungen für Au-Pair-Kräfte aus Nicht-EWR Staaten wurde 2001 implizit die „Beschäftigung" von domestic und care workern in österreichischen Haushalten erleichtert (König/Stadler 2003: 236), deren Arbeit seither nicht mehr dem Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG) unterliegt (vgl. Kapitel 3.2). In der Praxis sind es hauptsächlich osteuropäische Frauen, die aus Mangel an Alternativen zur regulären Arbeitsmigration das Au-Pair System als „Sprungbrett in den Westen" nutzen (vgl. Hess 2001).

Unter Haushaltsarbeiterinnen, unabhängig davon, ob sie als Live-in (wie die Au-Pairs oder

Pflegerinnen) oder als Live-out beschäftigt sind, dominieren zirkuläre Formen der Arbeitsmigration. Die meisten in Privathaushalten beschäftigten Frauen in Österreich kommen aus Polen (vgl. Fassmann/Kohlbacher/Reeger 2004: 74), für die, ebenso wie für die anderen Migrantinnen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten, weiterhin Beschränkungen zum Arbeitsmarkt bestehen. Während die so genannten „Übergangsfristen" die legale Arbeitsaufnahme für unselbständig Beschäftigte weitest gehend unterbinden, nutzen Frauen die neue Niederlassungs- und Reisefreiheit innerhalb der EU: Sie kommen nicht mehr unter dem Deckmantel als Touristinnen für die Dauer von drei Monaten oder als Au-Pairs nach Österreich, sondern als Privatpersonen. Einige machen sich hier selbstständig und gründen ihre eigenen Unternehmen, andere nutzen die Möglichkeit der legalen Arbeitsaufnahme im Gesundheits- oder Sozialbereich. Die meisten finden allerdings am informellen Arbeitsmarkt für haushaltsnahe und personenbezogene Dienstleistungen eine Beschäftigung. Viele fahren in regelmäßigen Abständen nach Hause, sei es um den eigenen familiären Verpflichtungen nachzukommen, eine Auszeit von der Erwerbsarbeit zu nehmen oder Sozialleistungen wie Gesundheitsvorsorge in Anspruch zu nehmen, von denen sie in Österreich aufgrund der nicht sozialversicherten Tätigkeit ausgeschlossen sind. Die liberalen Einreisebestimmungen für OsterurpäerInnen Anfang der 1990er Jahre sowie die derzeitige Niederlassungsfreiheit für EU-BürgerInnen ermöglichten somit die Entstehung von zirkulären Migrationsmustern. Die Migrantinnen, die gleichzeitig sozial und beruflich in mehr als eine Gesellschaft integriert sind, werden auch als *Trans*migrantInnen bezeichnet (Cyrus 2000, Glick-Schiller et al. 1992).

Anders gestaltet sich die Arbeitsmigration von Frauen aus Drittländern, als Beispiel sei hier die Ukraine angeführt. Aufgrund der restriktiven Migrationspolitik in Österreich und den beschränkten Möglichkeiten, in das Land auf legalem Wege einzureisen, ist die Zahl der in Österreich arbeitenden und lebenden UkrainerInnen geringer als in anderen europäischen Ländern wie Italien, Spanien, Griechenland oder Portugal. Für Drittstaatsangehörige, zu denen auch UkrainerInnen zählen, gibt es de facto nur fünf Möglichkeiten, eine Arbeitserlaubnis oder eine langfristige Aufenthaltsgenehmigung zu erlangen: 1) Sie bekommen eine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung als „Schlüsselarbeitskraft"; 2) Drittstaatsanghörige können als SaisonarbeiterInnen im Agrar- oder Tourismussektor eingesetzt werden; 3) Sie werden als Flüchtlinge anerkannt; 4) StudentInnen dürfen bis zur Geringfügigkeitsgrenze verdienen; im Anschluss an das in Österreich absolvierte Studium besteht in wenigen Fällen die Möglichkeit, eine Beschäftigungsbewilligung zu bekommen; 5) Sie heiraten eine/n österreichische/n Staatsbürger/in oder eine/n EU-Bürger/in. Die ersten drei Möglichkeiten stehen Frauen, die im Haushaltsbereich eine Arbeit suchen, nicht zur Verfügung. In Österreich gibt es – im Gegensatz zu einer Vielzahl anderer EU-Länder – keine explizite Möglichkeit für Drittstaatsangehörige als HaushaltsarbeiterIn angestellt zu werden. Daraus folgt, dass die meisten HaushaltsarbeiterInnen aus der Ukraine ohne Aufenthalts- und Beschäftigungserlaubnis in Österreich verweilen und in der informellen Haushaltsökonomie arbeiten. In Interviews mit Migrantinnen aus der Ukraine antworteten diese auf die Frage, welchen Eindruck sie über die geschlechtsspezifische Struktur von ukrainischen MigrantInnen in Österreich hätten, dass der Großteil der in Österreich lebenden und arbeitenden MigrantInnen Frauen wären. Das wichtigste Argument für die Dominanz von Frauen unter den ukrainischen MigrantInnen war, dass sie es leichter als Männer hätten, einen Job zu finden, da es in Österreich eine große Nachfrage nach Haushaltsarbeit von Migrantinnen gäbe.

Diesem letzten Aspekt, der zunehmenden Nachfrage nach von Migrantinnen erbrachten haushaltsnahen Dienstleistungen, möchten wir im anschließenden Kapitel nachgehen. Dabei soll der Zusammenhang zwischen wohlfahrtsstaatlicher Restrukturierung und Migrationspolitik in Österreich für die Etablierung eines „transnational care space" geklärt werden.

Die aktuelle sozial- und finanzpolitische Situation in Österreich ist gekennzeichnet durch die Reduktion der Staatsausgaben sowie der Staatsaufgaben und geht oft auf Kosten der Sozialpolitik und damit auf Kosten der Frauen (vgl. Beigewum 2002: 112ff.). Denn ihnen wird durch die Informalisierung sozialer Dienstleistungen, die aus budgetären Kostengründen nicht mehr vom Staat erbracht werden und vom Markt nicht ausreichend zur Verfügung gestellt werden können, die Ausführung dieser Tätigkeiten (Gesundheitsversorgung, Bildung, Pflege) aufgebürdet. Zusätzlich bedeutet Kostenreduktion im Bereich der sozialen Dienste Abbau von Arbeitsplätzen und die Verdrängung von Frauen aus gesicherten Arbeitsverhältnissen. Der Druck auf Frauen wird somit doppelt erhöht. Können oder wollen Frauen diese ihnen zugeschriebene Betreuungsverantwortung nicht mehr auf sich nehmen und fällt diese „Möglichkeit" der Weigerung mit dem Rückzug der öffentlichen Hand aus diesen Tätigkeitsbereichen zusammen, müssen Betreuungs- und

Pflegetätigkeiten von anderen Personen übernommen werden – und zwar in „leistbarer“ Form. Unter der Sparprämisse und der Ideologie der Eigenverantwortlichkeit und des Privatisierungs- bzw. *Outsourcing*- Zwangs verschieben sich Investitionen und Interventionen von der öffentlichen Sphäre auf die private Ebene (vgl. Sauer 2003). Die Beschäftigung von privaten Reproduktionsleisterinnen wird durch steuerliche Abschreibemöglichkeiten (in Frankreich) subventioniert oder durch die Vergabe von Dienstleistungsschecks und die Schaffung von befristeten Arbeitsmöglichkeiten für „Haushaltshilfen in Haushalten mit Pflegebedürftigen“ aus Mittel- und Osteuropa (in Deutschland) erleichtert und gefördert. In Österreich wird das „Unternehmen Haushalt“ (vgl. Regierungsprogramme ÖVP/FPÖ, 2000-2006) durch die Einführung des Pflegegeldes, Kinderbetreuungsgeldes oder des seit 2006 einlösbaren Dienstleistungsschecks unterstützt. Der Staat reguliert also durch eine bestimmte Politik den „Arbeitsmarkt Privathaushalt“, da es schwierig ist, Haushalts- und Pflegedienstleistungen unter Einhaltung tarifrechtlicher Bestimmungen marktfähig und gleichzeitig leistbar zu machen.

In der Diskussion rund um haushaltsbezogene Dienstleistungen in Österreich dreht es sich vor allem darum, die Nachfrage nach Haushaltsarbeiterinnen zu bedienen. Der Frage nach den Arbeitsbedingungen und dem Lohn der beschäftigten Frauen wird wenig Platz eingeräumt. Die Einführung des Dienstleistungsschecks am 1.1.2006 sollte die Anmeldung und Abrechnung von Haushaltsarbeiterinnen und somit die Beschäftigung sozialversicherter Arbeitskräfte in privaten Haushalten (Kinderbetreuung, Reinigungspersonal, Altenpflege) erleichtern und „unbürokratischer“ gestalten. Mit dem Dienstleistungsscheck soll die Bezahlung nicht-kontinuierlich erfolgender Arbeiten im Haushalt abgewickelt werden, wobei eine Höchstgrenze von 456,38 Euro pro Monat und Haushalt nicht überschritten werden darf. Sind diese Bedingungen nicht erfüllt, müsste der/die ArbeitgeberIn ein unbefristetes Dienstverhältnis mit dem/der ArbeitnehmerIn eingehen – mit allen Vorteilen für den/die ArbeitnehmerIn, die ein unbefristetes Arbeitsverhältnis mit sich bringt, wie zum Beispiel Kündigungsschutz. Darüber hinaus stellt sich die Frage, warum der Gesetzgeber annimmt, dass Putzen und Kinderbetreuung keine kontinuierlichen Arbeiten darstellen und damit Gegenstand eines Dienstleistungsschecks sein können. An dieser Stelle ist auch festzuhalten, dass Migrantinnen, die ohne arbeits- und/oder aufenthaltsrechtliche Bewilligung im Privathaushalt arbeiten, von dieser Regelung ohnehin nicht profitieren können. In der Praxis hat sich herausgestellt, dass der Dienstleistungsscheck auf wenig Resonanz gestoßen ist: Geplant war für 2006 ein Verkauf von rund 500.000 Schecks Österreich weit gewesen, verkauft wurde aber nur ein Zehntel der erwarteten Summe.

Eine weitere Säule des „Unternehmen Haushaltes“ betrifft die Beschäftigung von Au- Pairs aus Nicht-EWR-Staaten. Auf den ersten Blick erscheint es fragwürdig, was Au- Pairs mit dem Unternehmen Haushalt zu tun haben. Denn Au- Pair- Kräfte stehen eigentlich nicht in einem Dienstverhältnis, sondern sollten Gäste sein, die in den Kreis der Familie zum Zwecke des Spracherwerbs und des Kulturaustausches aufzunehmen sind und von denen gegen Kost, Logis und Taschengeld erwartet wird, dass sie leichte Haushaltstätigkeiten und Kinderbetreuung übernehmen. Mit 1. April 2001 trat eine Novelle des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Ausländerbeschäftigungsverordnung in Kraft, wodurch Au- Pair- Kräfte aus Nicht-EWR-Ländern aus der Ausländerbeschäftigungsquote fallen; es besteht nur noch Anzeigepflicht bei der regionalen AMS Geschäftsstelle. Die Erleichterung der Beschäftigung von Au- Pair- Kräften hat demnach eine bestimmte Funktion in Bezug auf das Migrationsregime und die sozialstaatlichen Reformen. Hier werden Möglichkeiten in Einklang mit der vorherrschenden Migrations- und Sozialpolitik (restriktive Einwanderungspolitik und sozialstaatlicher Rückzug) geschaffen, die durch eben diese Politik entstandenen Probleme zu lösen: Die Verordnung ist eine Ausnahmeregelung für de facto- Arbeitskräfte in privaten Haushalten aus Ost- und Mitteleuropa[8], die somit nicht unter die strenge Quotierung für Arbeitskräfte aus Drittstaaten bzw. die Übergangsregelungen zum Arbeitsmarkt für BürgerInnen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten fallen. Der niedrige Preis für die Arbeitskraft (2 Euro pro Stunde bei 25 Stunden Arbeitszeit pro Woche) bleibt aufrecht erhalten, da sie im Gegenzug Kost, Logis und die Möglichkeit Humankapital und kulturelles Kapital (Hess 2002: 107) durch die Erfahrungen in Österreich zu lukrieren, bekommt.

Im Bereich der Pflege- und Betreuungsarbeit wurden entscheidende Re-Strukturierungen hin zu einer größeren privaten Verantwortung bereits Anfang der 1990er Jahre gelegt. Die Vereinheitlichung und Einführung eines Pflegegeldes auf Bundesebene im Jahre 1993 bedeutet eine klare Entscheidung für ein (Geldleistungs-)System, das den Pflegebedürftigen und ihren Familien in erster Linie finanzielle Unterstützung in dieser sozialen Notsituation zukommen lässt. Da das Bundespflegegeld allerdings nur als ein „Beitrag“ zu den pflegebedingten Mehraufwendungen konzipiert wurde, stehen den auf Pflege und Langzeitbetreuung angewiesenen Menschen folgende

Alternativen zur Auswahl: 1) der Einsatz zusätzlicher privater finanzieller Ressourcen zur Abdeckung der pflegebedingten Kosten; 2) der Rückgriff auf unbezahlte bzw. nur symbolisch abgegoltene Betreuungsarbeit von informell pflegenden Familienmitgliedern und FreundInnen[9]; 3) die Beschäftigung von Migrantinnen, die unter irregulären, nicht sozialversicherten Bedingungen im Privathaushalt meist rund um die Uhr pflegen, betreuen und zusätzlich den Haushalt führen. Durch die Einführung des Pflegegeldes 1993 wurde die Übernahme von Pflegearbeit durch Frauen aus Mittel- und Osteuropa nicht nur „ermöglicht und angereizt" (Hammer 2002: 4), sondern ist „vielfach die einzige faktische Alternative zur unbezahlten Pflege in der Familie, gleichzeitig aber eine Marktlösung am regulären Arbeitsmarkt vorbei" (Österle/Hammer 2004: 101).

Grundsätzlich zielt die Organisation der österreichischen Langzeitpflege auf „eine klare Definition öffentlicher Verantwortung, sowohl hinsichtlich Finanzierung als auch Ausprägung der erbrachten Leistung" (Österle/Hammer 2004: 97) ab. Bei der Gestaltung der Gesetzesinitiativen wurde jedoch die „konkrete Erstellung der Leistung Pflege und Betreuung [...] relativ offen" gelassen (ebd.). Unter den gegebenen Rahmenbedingungen, wie dem nicht vorhandenen flächendeckenden Netz an sozialen Dienstleistungen und den mit der Inanspruchnahme solcher Leistungen verbundenen hohen finanziellen Kosten, hat die Vermarktlichung von Pflege die Ungleichheiten unter Frauen als potentiellen Betreuungspersonen verstärkt (Hammer/Österle 2004). Auf der einen Seite kommt es zu Ungleichheiten zwischen einheimischen Frauen unterschiedlicher sozialer Schichten, da Frauen mit höherem Einkommen durch die Einführung des Bundespflegegeldes es sich leisten können Betreuungsaufgaben an haushaltsfremde Personen zu delegieren. Andererseits wurden Hierarchien zwischen einheimischen Frauen und Migrantinnen generiert, da letztere aufgrund ihrer Nationalität bzw. dem ihnen zugeschriebenen beschäftigungs- und aufenthaltsrechtlichem Status als Ausländerinnen vom formellen Arbeitsmarkt weiterhin ausgeschlossen sind (vgl. Kapitlel 3.1) oder in einem ethnisch segmentierten Arbeitsmarkt vor allem in bestimmten „Nischen", wie dem informellen Sektor für haushaltsnahe und personenbezogene Dienstleistungen, Beschäftigungsmöglichkeiten finden.

Vergleicht man in unterschiedlichen europäischen Ländern die Organisation von Langzeitpflege, weist die Ausprägung des österreichischen Pflegevorsorgesystems ein hohes Maß an De-Regulierung auf (Ungerson 2004). Es wird weder festgelegt, wofür das Pflegegeld verwendet werden soll, noch definiert, ob Angehörige mit dem Geld für ihre Arbeitsleistungen entgolten werden dürfen oder nicht. Clare Ungerson (2004: 194f.) zeigt auf, dass vor allem in gänzlich unreglementierten ‚cash-for- care' Systemen eine deutliche Tendenz zur Entstehung von informellen Pflegearbeitsmärkten gegeben ist, insbesondere dann, wenn Migrantinnen als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Unter den gegebenen wohlfahrtstaatlichen Rahmenbedingungen sowie den liberalen Einreisebestimmungen für OsteuropäerInnen hat die Neugestaltung des österreichischen Pflegevorsorgesystems mit der deutlichen Präferenz für Pflege zu Hause zu einer gestiegenen Nachfrage nach leistbarer, migrantischer Pflege- und Betreuungsarbeit geführt und damit die Etablierung eines transnationalen Pflegedienstleistungsmarktes forciert. Die Tolerierung irregulärer Betreuungsformen hat dem österreichischen Staat jährlich Beträge in Millionenhöhe erspart, die anderenfalls für Langzeitpflege ausgegeben werden müssten. Ebenfalls haben Familien mit entsprechenden finanziellen Ressourcen, die sich eine bzw. zwei irregulär beschäftigte Pflegerinnen leisten können, von diesen neuen staatenübergreifenden Beschäftigungsoptionen profitiert. Pflege und Betreuung zu Hause wird damit hauptsächlich von einheimischen Frauen unterer Einkommensschichten, die unbezahlt arbeiten oder deren Leistungen nur symbolisch abgegolten werden, und von Migrantinnen, die auf irregulärer Basis pflegen, erbracht. Die von der Regierung mit der Einführung des Bundespflegegeldes gepriesene „Wahlfreiheit" für die betroffenen pflegebedürftigen Personen und ihre Familien entpuppt sich damit zu einer Farce, da das Pflegegeld nur einen Bruchteil der pflegebedingten Kosten abdeckt und kein flächendeckendes Netz an leistbaren, sozialen Diensten gewährleistet wird. Damit besteht die tatsächliche Möglichkeit zwischen verschiedenen Betreuungsarrangements zu wählen und die Wahlfreiheit Betreuungsarbeit unbezahlt in der Familie zu übernehmen oder eben nicht nur für Familien mit zusätzlichen finanziellen Ressourcen bzw. für Frauen aus einkommensstarken Schichten.

Seit Jahren ist das Thema der irregulär beschäftigten Pflege- und Betreuungspersonen, die aus den angrenzenden Nachbarstaaten zu Arbeitszwecken nach Österreich reisen, den politisch Verantwortlichen bekannt. Stillschweigend wurde das „Problem" jahrelang ignoriert, tabuisiert oder einfach toleriert, da weder für den heimischen Arbeitsmarkt noch das Pflegesystem negative Konsequenzen zu befürchten waren - ganz im Gegenteil entlastete der informelle Sektor das gesamte Pflegevorsorgesystem. Die Betroffenen, die pflegenden Migrantinnen, formierten Selbsthilfe-

netzwerke, die ihre prekäre Situation verbesserte und ihnen ein gewisses Maß an Sicherheit gewährten (vgl. Gendera 2007). Eine deutliche Verbesserung ihrer arbeitsrechtlichen (vor 2004 ebenso aufenthaltsrechtlichen) Situation oder ihrer Arbeitsbedingungen war bis vor kurzem nicht absehbar. Erst im Sommer 2006 zwang die durch einen Kurierartikel unter dem Titel: „Illegale Pflege: Erste Anzeigen" (Kurier, 2. 8. 2006) entfachte Debatte alle politischen Parteien und Interessensvertretungen zu einer Stellungnahme.

In der öffentlichen Diskussion stehen die Interessen und Bedürfnisse der inländischen ArbeitgeberInnen und der pflegebedürftigen Personen im Mittelpunkt. Es wird über ihre Ängste vor Strafverfolgung wegen illegaler Ausländerbeschäftigung oder drohender Abschiebung ins Heim, wenn der „Pflegeengel aus der Slowakei" aufgrund geltender Bestimmungen zur Beschäftigung von AusländerInnen die Arbeit niederlegen muss, gesprochen. Die Perspektiven und Wünsche der Migrantinnen werden in der Diskussion nicht gänzlich außer Acht gelassen, stehen jedoch nicht im Zentrum des Diskurses, sondern werden den Bedürfnissen des österreichischen Arbeitsmarktes nachgereiht. Daher werden wir als nächstes die im Zusammenhang mit der irregulären Pflegarbeit diskutierten „Legalisierungsvorschläge" und die möglichen Konsequenzen für die Beschäftigen kurz skizzieren, um in Kapitel 4 ausführlich auf die Perspektiven und Wünsche der Migrantinnen, die in österreichischen Privathaushalten arbeiten, einzugehen.

Die vorgebrachten Reformansätzen und Regularisierungsbestrebungen für den Betreuungs- und Pflegedienstleistungssektor umfassen erstens eine „bedarfsorientierte Öffnung des Arbeitsmarktes", die bereits durchgesetzt wurde. Diese Ausnahme aus dem Ausländerbeschäftigungsgesetz für in Privathaushalten beschäftigte Pflege- und Betreuungspersonen gilt unter der Voraussetzung, dass im ArbeitgeberInnen-Haushalt ein/eine PflegegeldbezieherIn mit einem monatlichen Pflegebedarf von mindestens 120 Stunden lebt (Stufe drei des Bundespflegedeldes) und das Beschäftigungsverhältnis über der Geringfügigkeitsgrenze von 333,16 Euro liegt. Als zweiten Schritt in Richtung Legalisierung dieses Arbeitmarktes konnten sich SPÖ und ÖVP auf ein „Pflegeamnestiegesetz" einigen, das die AuftraggeberInnen, meist die Familienangehörigen der zu Betreuenden bzw. die Pflegebedürftigen, vor Strafverfolgung verschont. Diese Übergangsregelung setzt bis Ende Juni 2007 die Strafbestimmungen verschiedener Gesetze, die im Zusammenhang mit einer irregulären Beschäftigung die ArbeitgeberInnen betreffen – Betrug in steuer-, sozialversicherungs-, arbeits-, und fremdenrechtlicher Hinsicht – außer Kraft. Zivilrechtliche Ansprüche, z.B. ein zu niedriges Gehalt, können von den „illegal" Beschäftigten auch weiterhin eingeklagt werden (Kurier, 30. 11. 2006). Drittens ist eine arbeitsrechtliche Ermöglichung der Beschäftigung von Rund-um-die-Uhr-Pflege in Privathaushalten geplant. Derzeit wird an der Gestaltung eines so genannten „Hausbetreuungsgesetzes" gearbeitet, das 24-Stunden-Betreuung einerseits als unselbstständige Arbeit wie auch als selbstständige Tätigkeit im Rahmen eines freien Gewerbes ermöglichen soll.

Die Schaffung von legalen Wegen zur Ausübung von Haushalts- und Pflegearbeit bedeutet zuallererst eine öffentliche Anerkennung des Bedarfs nach geschlechtsspezifischen Arbeits- und Migrationsmöglichkeiten. Die Anerkennung und Etablierung von domestic und care work als Erwerbsarbeit eröffnet den Migrantinnen die Option auf ein formales und abgesichertes Beschäftigungsverhältnis. Allein die Festschreibung von Rahmenbedingungen – wie Arbeits- und Ruhezeiten oder Aufgabenbereichen – schafft eine rechtliche Grundlage, mit der Abweichungen festgemacht und eingeklagt werden können. Auch wenn die formale Regelung dieses Arbeitsmarktsbereiches eine Stärkung der Position der Beschäftigten bedeutet, sind damit die zentralen Probleme, mit denen die Haushaltsarbeiterinnen alltäglich konfrontiert sind, noch nicht gelöst. Die Dichotomie zwischen privater und öffentlicher Sphäre wird weiterhin den Arbeitsplatz Haushalt strukturieren – der Arbeitsort wird als Privatbereich angesehen und das Beschäftigungsverhältnis in großem Ausmaß über eine persönliche Beziehungsebene definiert. (vgl. Kapitel 2.2) Höglinger/Berka (1994) wiesen bereits in einer vor mehr als zehn Jahren erschienenen Studie zur Situation von Hausangestellten darauf hin, dass auch in formalen Beschäftigungsverhältnissen bestehende



rechtliche Rahmenbedingungen in der Praxis nicht eingehalten werden.

Auf der anderen Seite bedeuten „Pflegearbeitsplätze für Migrantinnen“, wie sie in Österreich vorgesehen sind, eine rechtlich legitimierte Etablierung der so genannten „Dienstbotinnengesellschaft“ im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung. Migrantinnen werden auf „typisch“ weibliche Berufsfelder und Aufgabenbereiche festgeschrieben, was die bereits existierende ethnische und geschlechtsspezifische Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes zusätzlich verstärkt. Daher muss die Forderung „Gleichstellung von MigrantInnen am Arbeitsmarkt“ lauten. Diese kann nur erreicht werden, wenn auch die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen sind. Gleichzeitig sollen Beschäftigungsmöglichkeiten für 24-Stunden-Betreuung im Haushalt geschaffen werden ohne allerdings Abhängigkeitsstrukturen zwischen ArbeitgeberInnen und Arbeitnehmerinnen zu etablieren.

4. Grenzüberschreitende Lebensperspektiven

Die Möglichkeit, für die finanzielle Grundversorgung ihrer Familie hier oder im Herkunftsland zu sorgen, ist für viele Hausarbeiterinnen ein entscheidender Grund zumindest auf weiteres in Österreich bleiben zu wollen. Im folgenden Abschnitt möchten wir einigen Lebensentwürfen von im Privathaushalt beschäftigten Frauen nachgehen. Wir differenzieren dabei zwischen Migrantinnen, die in Privathaushalten stundenweise beschäftigt sind und vor allem Putz- und Kinderbetreuungsarbeit verrichten und Pflegerinnen, die im Haushalt der pflegebedürftigen Person leben. Insbesondere lässt sich ein Unterschied dieser beiden Haushaltstätigkeiten in der öffentlichen und persönlichen Wahrnehmung feststellen, der auch Auswirkungen auf die Zukunftsperspektiven der Migrantinnen in dem jeweiligen Care- Sektor hat. Es wird dabei eine Hierarchie der Berufe im Care-Sektor erkennbar, diese Hierarchie spiegelt sich teilweise auch in den Arbeitsbiographien der Frauen wider. Sexarbeit steht am untersten Ende dieser Hierarchie, bezahlte Hausarbeit und Kinderbetreuung wird insbesondere von hoch qualifizierten Frauen als dienende und wenig prestigeträchtige Arbeit empfunden, Pflegearbeit schließlich wird von Frauen, die einen längeren Aufenthalt in Österreich planen und nicht in ihren erlernten Beruf zurückkehren können, als akzeptable Zukunftsperspektive gesehen (vgl. Caixeta et.al. 2004). Die Perzeption von Haushaltstätigkeiten, die Entwicklung realitätsnaher Lösungsansätze sowie die beruflichen und privaten Perspektiven von Migrantinnen, die in österreichischen Haushalten arbeiten, werden wiederum am Beispiel ukrainischer und polnischer Haushaltsarbeiterinnen in Österreich gezeigt.

Haushaltsarbeiterinnen, die Putzen und Kinderbetreuung anbieten, sehen die stundenweise Beschäftigung in Privathaushalten als eine vorübergehende Tätigkeit zum Zweck der Existenzsicherung Diese Tatsache ist auch im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Abwertung von Hausarbeit sowie den prekären Rahmenbedingungen der Beschäftigung zu sehen. Die Betonung des „Übergangsstadiums“ dient dabei als Schutz vor etwaigen Abwertungen und sorgt dafür, Zielvorstellungen und Perspektiven für die Zukunft nicht aus den Augen zu verlieren. (vgl. Caixeta et.al. 2004)

In den von uns durchgeführten Interviews zeigte sich, dass Migrantinnen aus Osteuropa, die im Haushaltsbereich als Putzfrauen oder Kinderbetreuerinnen tätig sind, zumindest über einen Abschluss eines Gymnasiums verfügen, die meisten absolvierten auch ein Universitätsstudium. In Österreich ist die Chance in ihrem ursprünglichen Beruf zu arbeiten sehr gering. Bei denjenigen Frauen, die sich illegalisiert in Österreich aufhalten, gibt es keine Möglichkeit außerhalb des informellen Sektors zu arbeiten. Trotzdem möchte sich keine der Interviewpartnerinnen als „Putzfrau“ identifizieren. Diese Arbeit wird durchwegs als notwendige und vorübergehende Tätigkeit zum Geld verdienen angesehen – auch wenn manche schon sieben Jahre in Österreich in privaten Haushalten arbeiten. Haushaltsarbeit wird als unqualifizierte, dienende Arbeit wahrgenommen, bei der es keine Aufstiegschancen gibt und die Position der Putzfrau gegenüber dem/der Arbeitgeber/in eine professionell wie auch hierarchisch inferiore ist. Dequalifizierung ist schwer zu akzeptieren. Olga beispielsweise empfand den Wechsel vom Beruf der Lehrerin zur Putzfrau als sozialen und emotionalen Abstieg:



„Für mich war es sehr schwer, zu akzeptieren, dass ich hier putze, weil ich dort eine Lehrerin war. (..) Ich hatte immer Respekt und Achtung. Alle sind per Sie. Du bist jemand, du bist eine Lehrerin. (…). Seit ich nach Wien gekommen bin, mache ich das nicht mehr. Du stehst neben diesem Klo, putzt es und du fühlst dich irgendwie, nicht angeekelt, aber erniedrigt. Du warst eine Lehrerin, hattest immer mit Heften und Bleistiften zu tun, und jetzt musst du Klo putzen! Du sitzt, ärgerst dich und putzt.“

Die Notwendigkeit der bezahlten Haushaltsarbeit wird allerdings anerkannt sowie die Kontinuität der Arbeit in Privathaushalten geschätzt. In den Interviews mit Haushaltsarbeiterinnen hat sich herausgestellt, dass es eine den Frauen auch bewusste Diskrepanz zwischen der Notwendigkeit mit bezahlter Haushaltsarbeit Geld zu verdienen, und der Selbstachtung, die sie trotz ihrer Dequalifizierung, die sich aufgrund der gesellschaftlichen Abwertung des Berufs der HaushaltsarbeiterIn ergibt, nicht zu verlieren bereit sind, gibt. Verarbeitungsstrategien ergeben sich einerseits durch die Nicht-Identifikation mit dem Beruf der Haushaltsarbeiterin, auch wenn diese Frauen jahrelang darin arbeiten, andererseits in der offensiven Darstellung ihrer Qualifikation als Haushaltsarbeiterin oder pragmatischen Anerkennung der Berufswahl für diesen Lebensabschnitt. Irina, ebenfalls Lehrerin aus der Ukraine, bringt die unterschiedlichen Verarbeitungsstrategien der Frauen in Bezug auf ihren derzeitigen Beruf im Vergleich zu ihrer Freundin auf den Punkt:

„Ich habe eine Freundin, die hier schon verheiratet ist. Sie ist auch Lehrerin, aber sie hatte Probleme mit dem Putzen. Sie wollte nicht Klosett putzen. ‚Ich bin eine Lehrerin, wozu soll ich Klo putzen?' Ich habe ihr gesagt: ‚Vera, ich brauche viele Klos!' (lacht) Mit der Arbeit hier kann ich alles machen, ich habe keine Komplexe.“

Die Erfahrungen der Frauen lassen sie auch zwischen „guter“ und „schlechter“ bezahlter Hausarbeit abstufen. Als Tenor zieht sich durch die Interviews, dass regelmäßig durchgeführte Haushaltsarbeit auf breite Resonanz stößt. Dabei wird allerdings keine Arbeit angestrebt, bei denen die Haushaltsarbeiterinnen bei den ArbeitgeberInnen gleichzeitig wohnen. Viele Frauen sprechen über schlechte Erfahrungen als Live-ins. Insbesondere die Angewiesenheit auf eine ArbeitgeberIn und das Gefühl des „Eingesperrtseins“ wird von den interviewten Frauen als negativ empfunden. Oksana arbeitete als Live-in in einem Haushalt, in dem sie auch Kinder betreute:

„Du musst auf die Kinder aufpassen und den Haushalt erledigen, arbeitest von sieben in der Früh bis zehn am Abend. Manchmal habe ich nur vier Stunden geschlafen. Zum Beispiel ich musste immer um halb fünf Uhr aufstehen, denn eines der Kinder musste immer aufs Klo um diese Zeit und ich musste ihn abpassen, damit er nicht ins Bett macht. Dafür bekam ich 300 Euro im Monat.“

Der Wechsel von der Live-in- Arbeit zu einer in mehreren Arbeitsstellen tätigen Haushaltsarbeiterin wird als Verbesserung erlebt, obwohl auch diese Art der Tätigkeit mit Unsicherheiten – insbesondere was die Einhaltung von ArbeitnehmerInnenrechten und die korrekte Ausbezahlung der Löhne betrifft – behaftet ist (vgl. Caixeta et.al. 2004).

Für Frauen, die in Österreich keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben, ist die oberste Priorität, sich legal in Österreich aufhalten und arbeiten zu können, „denn die Leute sind ohnehin da. Wir sind da. Egal illegal oder legal.“, meint Kristina, eine in Wien arbeitende Ukrainerin. Insbesondere die Angst vor Schubhaft und Abschiebung und die damit verbundenen Aufwände, wieder nach Österreich kommen zu können, wiegen hier schwer. Darüber hinaus besteht der Eindruck, dass illegalisierte Migrantinnen in Österreich als „Kriminelle“ wahrgenommen werden.

„Ja so schwer ist es hier. Ich weiß nicht, warum die Österreicher sagen zu uns schwarze Menschen. Ist ein bisschen beleidigend. Ja. Was ich mache, ist schlecht für sie. Aber ich arbeite einfach als Putzfrau. Dort werden nicht alle Österreicherinnen arbeiten. Ich nehme nicht jemandem den Arbeitsplatz weg. Aber ich stehle nicht, ich arbeite. Ich arbeite ehrlich und mit meinem Gewissen.“ (Kristina)

Wenn es sich bei ihrer Tätigkeit in Österreich, um ein „temporäres Projekt“ handelt, ist auch der Wunsch nach Reise- und Pendelmöglichkeit sehr groß. Kinder und Familie nicht sehen zu dürfen, wird als ein vorenthaltenes Menschenrecht empfunden. Vergleiche mit anderen Ländern wie Italien oder Spanien, wo HaushaltsarbeiterInnen auch aus Drittstaaten über eigene Arbeits- und Aufenthaltskontingente verfügen oder es regelmäßig Legalisierungen von illegalisierten MigrantInnen gibt, machen für drittstaatsanghörige Migrantinnen ihre besonders unterprivilegierte Position sowohl in Bezug auf Aufenthalts- als auch auf Arbeitsrechte deutlich.

Die Arbeits- und Lebenssituation von irregulär beschäftigten Pflegerinnen aus den osteuropäischen Mitgliedsstaaten unterscheidet sich in einigen zentralen Punkten von derjenigen der ukrainischen Migrantinnen. Als Bürgerinnen der Europäischen Union genießen sie aufenthaltsrechtliche Sicherheit

in Österreich. Schon vor dem Beitritt zur EU im Jahr 2004 konnten sie aufgrund der liberalen Visa-Bestimmungen für OsteuropäerInnen ihren Aufenthaltsstatus durch regelmäßiges Pendeln ins Herkunftsland „erneuern".

Die temporäre Aufenthaltsmöglichkeit in Österreich, die besonderen Herausforderungen in der Pflege- und Betreuungstätigkeit und die transnationalen Netzwerke der Frauen begünstigten die Entstehung von zeitlich befristeten Beschäftigungsmustern. In den meisten Fällen versorgen zwei Pflegerinnen eine betreuungsbedürftige Person, sie wechseln sich im 14-Tagesrhythmus ab, so dass 24 Stunden am Tag eine Pflegeperson bei der/dem PatientIn ist. Diese Arbeitsorganisation, die anfänglich von kommerziell tätigen Vermittlungsagenturen und Vereinen etabliert wurde, wird auch von den Migrantinnen genutzt, die über ihre informellen Netzwerke Betreuungsstellen suchen. Der Arbeitsrhythmus ermöglicht es den Live-in Beschäftigten sich von der emotional und körperlich äußerst strapazierenden Pflegetätigkeit zu erholen und gleichzeitig können die Frauen ihre eigenen familiären Versorgungsaufgaben zu Hause wahrzunehmen.

Auch die konkrete Arbeitssituation von Live-in Betreuungspersonen in der Altenpflege unterscheidet sich von den Aufgaben der Haushaltsarbeiterinnen, die in erster Linie putzen oder Kinder betreuen. Die spezifischen Bedürfnisse von demenzkranken Personen, die einen hohen Betreuungsaufwand aufweisen, führen dazu, dass die Bewegungsfreiheit der care worker inner- und außerhalb des Haushalts extrem eingeschränkt ist. In einigen Fällen kann die Pflegeperson während ihres gesamten Arbeitsaufenthalts den betreffenden Haushalt nicht verlassen, weil die Tätigkeit permanente Aufsicht und Anwesenheit erfordert. Ein Symptom von Demenzerkrankungen ist die personenzentrierte Anhänglichkeit, welche zusätzlich durch die Rund-um-die-Uhr-Betreuungsform gefördert wird. Die Anhänglichkeit ihrer PatientInnen und die dauernde Aufsichtspflicht führen dazu, dass die Pflegerinnen ihre Arbeitssituation „wie im Gefängnis" beschreiben:

„Es ist wirklich psychisch so belastend, davon hast du keine Vorstellung. Wenn du in einem Zimmer mit einer alten Person bist. [...] Oder jetzt habe ich einen Mann der ist ein Alzheimer. Der weiß nicht wie er heißt, wo er ist, er weiß gar nichts, dass heißt du bist fast wie im Gefängnis. Wenn du irgendwohin fortgehen willst, einkaufen, oder du hast eine Freundin im selben Ort, dann hast du sowieso immer Angst was dein Patient zu Hause treibt. Weil die suchen dich immer, wenn sie dich nicht sehen und suchen dich. Es ist furchtbar." (Jolanda, Tschechien)

Vergleicht man die Aussagen der ukrainischen Frauen, die vorwiegend hauswirtschaftliche Tätigkeiten und Kinderbetreuung übernehmen, betonen die Pflegerinnen aus der Slowakei, Tschechien oder Polen weniger stark den Übergangscharakter ihrer Tätigkeiten. Jedoch definieren viele ihre aktuelle arbeitsrechtliche Situation, die irreguläre Beschäftigung als Pflegerin in Privathaushalten, als eine lebensbedingte Übergangsphase. Einige Frauen, insbesondere die Älteren streben eine sozialversicherte Beschäftigung bzw. Ausbildung im Gesundheits- und Sozialbereich an. Erfahrungen von Migrantinnen- Organisationen wie *Maiz* aus Linz zeigen, dass momentan viele Migrantinnen an einer Ausbildung zur Alten- und Pflegebetreuerin interessiert sind, da in diesem Bereich eine zunehmende Nachfrage zu verzeichnen ist, und es sich dabei um anerkannte, nicht tabuisierte Tätigkeiten des Care-Sektors handelt. Allerdings generieren unterschiedliche Lebensrealitäten wie Familie und Lebensmittelpunkt in Österreich oder im Herkunftsland sowie soziale Charakteristika wie Alter, Ausbildung, Deutschkenntnisse auch unterschiedliche Wünsche im Hinblick auf die berufliche Zukunft und den Aufenthalt in Österreich. (vgl. Gendera 2007)

Der Wunsch nach arbeits- und sozialversicherungsrechtlicher Sicherheit wird insbesondere von gut ausgebildeten Frauen im Haupterwerbsalter formuliert. Für sie bedeuten der Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt und die damit verbundene Option auf eine sozialrechtliche Beschäftigung eine Absicherung von sozialen Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter. Gleichzeitig kann die Integration in den primären Arbeitsmarkt eine emanzipatorische Auswirkung auf die Entscheidungen der Migrantinnen haben: Für Frauen, deren soziale Absicherung im Herkunftsland an ihren Status als „Ehefrau" geknüpft ist, bedeutet die Arbeitsmarktintegration einen eigenständigen Zugang zu sozialen Dienstleistungen in Österreich und damit Unabhängigkeit von ihrem Partner im Herkunftsland. Dagegen unterscheiden sich die Wünsche von bereits pensionierten Pflegerinnen, die ihren Lebensmittelpunkt im Herkunftsland verorten. Sie streben keine arbeitsrechtliche Verbesserung ihrer Situation an. Für sie stellt diese Tätigkeit einen lukrativen und willkommenen Zusatzverdienst zu ihrer geringen Pension dar.

Abgesehen von Bezahlung und sozialer Absicherung unterscheiden auch die Pflegerinnen zwischen „guten" und „schlechten" Betreuungsstellen. Eine „gute" Betreuung zeichnet sich durch Unabhängigkeit von kommerziellen Arbeitsvermittlungsorganisationen aus, deren Tätigkeit die Frauen als „Ausbeutung" empfinden. Eine durch-

gängige Nachtruhe ist ein weiteres Unterscheidungskriterium. Ebenso wichtig sind regelmäßige Pausen und Freizeit. Von zentraler Bedeutung ist auch die Möglichkeit, selbstbestimmt arbeiten und entscheiden zu können. Insbesondere durch die Familienangehörigen der Pflegebedürftigen fühlen sich die Frauen oft ausgenutzt und kontrolliert:

„Du solltest dich nur um den Patienten kümmern, aber die Familie, die Angehörigen, die nutzen dich aus. Mit dem Garten, das ist mir ganz egal, wenn ich im Garten stehe und gieße, aber nicht Unkraut jäten und ich weiß nicht was alles. Ich bin nicht da, um mich um die ganze Familie zu kümmern!“ (Jolanda)

Gerade in Haushalten, in denen auch die Familie des/der Gepflegten wohnt, wird die Arbeitskraft der care worker aufgrund ihrer permanenten Anwesenheit und scheinbaren Verfügbarkeit ausgenutzt. Sie werden angehalten, Versorgungstätigkeiten für alle Haushalts- Angehörigen zu übernehmen, die weit über die ursprünglich vereinbarten Tätigkeitsbereiche und Aufgaben hinausgehen.

5. Abschließende Bemerkungen

In diesem Artikel haben wir aufgezeigt, welchen bedeutenden Beitrag Migrantinnen für die Versorgung österreichischer Haushalte leisten und welche Rolle sie im wohlfahrtsstaatlichen Kontext und darüber hinaus im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung spielen. Die Arbeitsleistungen der Frauen aus Ost- und Mitteleuropa erfüllen eine doppelte Funktion für österreichische Haushalte: erstens wird die Erledigung der Reproduktionsarbeit auf Migrantinnen übertragen. Es finden Verschiebungen innerhalb des informellen Sektors statt, da vormals unbezahlte Haus- und Reproduktionsarbeit kommodifiziert wird und somit österreichische Haushalte von unbezahlten Versorgungsleistungen entlastet werden. Zweitens werden Konflikte um die Erledigung der Haushaltsarbeit, die sich aus der geschlechtsspezifischen Zuweisung des Reproduktionsbereichs an Frauen ergeben, aus dem Familienhaushalt auf eine externe Person, in der Regel eine Migrantin, ausgelagert.

Die Haltung des österreichischen Staates gegenüber der geschlechtsspezifischen Nachfrage nach Haushaltsarbeiterinnen ist durch Ambivalenz geprägt: Auf der einen Seite werden fremdenrechtliche Gesetze zur Beschäftigung und Niederlassung von neuzuwandernden MigrantInnen immer rigider, gleichzeitig fördern liberale Bestimmungen wie die Au-Pair Regelungen oder die Organisation von Langzeitpflege in Österreich die Entstehung von transnationalen, informellen Arbeitsmärkten. Im Spannungsfeld zwischen der gestiegenen Nachfrage nach Haushalts- und Pflegearbeiterinnen, einer Politik der Ignoranz dieses Bedarfs und der Abschottung nach Außen auf der österreichischen Seite sowie bestehender Reisemöglichkeiten, internationaler Einkommensunterschiede und der sich daraus ergebenden lukrativen Erwerbsmöglichkeiten für Migrantinnen ist ein *transnational care space* entstanden, indem ungeachtet von nationalstaatlichen Reglementierungen Haushalts- und Pflegedienstleistungen grenzüberschreitend organisiert, erbracht und konsumiert werden. Migrantinnen treffen im Rahmen diese grenzüberschreitenden sozialen Raums Entscheidungen, bauen Netzwerke und soziale Beziehungen auf und sind damit neben Nationalstaaten die zentralen Akteurinnen, die den *transnational care space* mitgestalten.

E-Mail: stokrotka23@yahoo.de
bettina.haidinger@reflex.at

Literaturverzeichnis:

Anderson, Bridget (2000): Doing the Dirty Work? London and New York: Zed Books

Anderson, Bridget (2001): Reproductive Labour and Migration, WPTC-02-01, http://www.transcomm.ox.ac.uk/working_papers.htm, 5.10.2002

Arbeiterkammer Wien (2000): Frauenhandel in Österreich, Pressemeldung vom 11.12.2000

Bauböck, Rainer (2001): Österreichische Migrationspolitik, (http://www.migration.cc/40jahre.html, 16.10.2001)

Beigewum (2002): Frauen macht Budgets. Wien: Mandelbaum

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2001): Ab heute Erleichterungen für Au-Pair-Kräfte aus Nicht-EWR-Ländern. Pressemeldung 1.4.2001. http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Presse/Archiv2001/AA3567A01D2077A041256A800040844A.htm, 20.11.2003

Caixeta, Luzenir/Haas, Barbara/Haidinger, Bettina/Rappold, Sonja/Rechling, Daniela/Ripota, Pamela (2004): 'Hausarbeit und Betreuungsarbeit von Migrantinnen in Österreich. Eine qualitative Untersuchung unter ArbeitgeberInnen und Arbeitnehmerinnen.'. Unveröffentlichter Forschungsbericht

Cyrus, Norbert (2000): Mobile Migrationsmuster. Zuwanderung aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland. In: Berliner Debatte INITIAL 11, (2000) 5/6, S.95-103

Cyrus, Norbert (2001): Wie vor Hundert Jahren? Zirkuläre Arbeitsmigration aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland. In: Pallaske, C. (Hg.) Die Migration von Polen nach Deutschland. Baden-Baden: Nomos, S.185-203

Daly, Mary/Lewis, Jane (1998): Introduction: Conceptualising Social Care in the Context of Welfare State Restructuring. In: Lewis, Jane (Hgin): Gender, Social Care and Welfare State Restructuring in Europe, Ashgate/Aldershot, S. 1-23

Fassmann, Heinz/Kohlbacher, Josef/Reeger, Ursula (2004): Polen in Wien. Entwicklung, Strukturmerkmale und Integrationsmuster. ISR-Forschungberichte vom Institut für Stadt-

und Regionalforschung, Heft 30, Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Gather, Claudia/Meißner, Hanna (2002): Informelle Erwerbsarbeit in privaten Haushalten. In: Dies. (Hginnen): Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 120-140

Gendera, Sandra (2007): Transnational Care Space Zentraleuropa. Arbeits- und Lebensbedingungen von irregulär beschäftigten Migrantinnen in der häuslichen Pflege. Diplomarbeit, Universität Wien

Glick-Schiller, Nina/ Basch, Linda/ Blanc-Szanton, Christina (1992): Transnationalism: A New Analytic Framework for Understanding Migration. In: Dies. (eds.) Towards a Transnational Perspective on Migration: Race, Class, Ethnicity and Nationalism Reconsidered. New York: Annals of the New York Academy of Sciences, Vol. 645, S. 1-24

Haidinger, Bettina (2004): „Ich putze Dreck, aber ich bin nicht Dreck!“ Migrantinnen in der bezahlten Hausarbeit. Eine qualitative Untersuchung unter Arbeitnehmerinnen und ArbeitgeberInnen. In: Kreimer, Margareta/Hartl, Katja (Hginnen): Am Rande des Arbeitsmarktes: Haushaltsnahe Dienstleistungen. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft. 90. 2004, S. 63-81

Hammer, Elisabeth (2002): Die Regelungen zur Pflegevorsorge in Österreich. Aspekte der (Re-) Produktion von Klassen- und Geschlechterverhältnissen im österreichischen Wohlfahrtsstaat. Diplomarbeit, Wirtschaftsuniversität Wien

Hess, Sabine (2001): Transnationale Überlebensstrategien von Frauen. In Hobuß, Steffi (Hgin): Die andere Hälfte der Globalisierung, Frankfurt/Main: Campus: S.197-225

Hess, Sabine (2002): Au Pairs als informalisierte Haushaltsarbeiterinnen. In: Gather, Claudia; Meißner, Hanna (Hginnen): Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel. Münster: Westfälisches Dampfboot, S.103-119

Höglinger, Andrea/Berka, Gerhard (1994): Arbeit in Privathaushalten. AK Wien.

Krenn, Manfred (2004) ...und dann fall ich über den Menschen her. Die Gefährdung des doppelten Subjektcharakters interaktiver Arbeit in der mobilen Pflege durch Ökonomisierung und Standardisierung“ In: FORBA Schriftenreihe, 2/2004, Wien, S.1-17(http://www.forba.at/files/public/index.php?_mmc=czoxOToiaWQ9NDU2JnR5cGU9c2NocmlmdCI7)

Kofman, Eleonore/Phizacklea, Annie/Raguram, Parvati/Sales, Rosemary (2000): Gender and International Migration in Europe. Employment, Welfare and Politics. London and New York: Routeledge

Knijn, Trudie/Kremer, Monique (1997): Gender and the caring dimension of the welfare state: towards inclusive citizenship, Social Politics, Vol., no. 3, S. 328-61

König, Karin/Stadler, Bettina (2003): Entwicklungstendenzen im öffentlich-rechtlichen und demokratiepolitischen Bereich. In: Fassmann/Stacher (HgInnen): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Klagenfurt: Drava, S. 225-261

Krapf, Günter/Wallner Josef (2002): Mogelpackung Integrationspaket. Verkehrte Integrationspolitik der Regierung (http://www.arbeit-wirtschaft.at/aw_11_2002/art5.htm Zugriff am 20.4.2006)

Kurier Wien 2. August 2006: Illegale Pflege - Erste Anzeigen.

Kurier Wien 30. November 2006: Koalitionärer Friede - Pflege: Straffreiheit bis Mitte des nächsten Jahres.

Mairhuber, Ingrid (2000): Die Regulierung des Geschlechterverhältnisses im Sozialstaat Österreich. Frankfurt: Peter Lang Verlag

Österle, August/Hammer, Elisabeth (2004): Zur zukünftigen Betreuung und Pflege älterer Menschen. Rahmenbedingungen, Politikansätze, Entwicklungsperspektiven. Studie im Auftrag der Kardinal König Akademie, Wien

Pfau-Effinger, Birgit/Geissler, Birgit (2005): Care and Social Integration in European Societies. Bristol: The Polity Press

Sauer, Birgit (2003): „gender makes the world go around“. Geschlecht und Globalisierung. http://www.copyriot.com. 8.11.2003

Wiener Integrationsfonds (2003): MigrantInnen in Wien. Wien

Ungerson, Clare (1995): Gender, Cash and Informal Care: European Perspectives and Dilemmas In: Journal of Social Policy, Vol.24, Part 1, Cambridge University Press, S. 31-52

Anmerkungen:

1 Sandra Gendera untersuchte in ihrer Diplomarbeit „Transnational Care Space Zentraleuropa“ die Arbeits- und Lebensbedingungen von irregulär beschäftigten Migrantinnen in der häuslichen Pflege. Bettina Haidinger schreibt derzeit an einer Dissertation über transnationale Haushaltsorganisation von Migrantinnen aus der Ukraine. Die Ergebnisse beider Arbeiten beruhen auf der Analyse qualitativer empirischer Forschung.

2 Dadurch können die privaten Lohnkosten über den Betrieb abschreibbar gemacht werden und das 15. Monatsentgelt eingespart werden, da eine Regelung im Hausgehilfengesetz besagt, dass der Geltungsbereich des Hausgehilfengesetzes wegfällt, wenn auch nur im geringfügigen Ausmaß im Gewerbebetrieb des/der Arbeitgebers/in gearbeitet wird.

3 Im Gegenteil muss die Haushaltsarbeiterin unbezahlten „Urlaub“ nehmen, wenn der/die ArbeitgeberIn Ferien macht. Das bedeutet für die Beschäftigte oftmals ein Monat Arbeits- und Entgeltentfall.

4 In Österreich werden verschiedene Klassen von MigrantInnen konstruiert, die unterschiedlichen Rechten und Pflichten gegenüber dem österreichischen Staat unterliegen. Die wichtigsten „Kategorien“ von ZuwandererInnen sind EU-BürgerInnen, anerkannte Konventionsflüchtlinge, MigrantInnen aus Ländern, mit denen Österreich oder die EU Assoziierungsabkommen o.ä. unterhalten, AsylwerberInnen und sonstige Drittstaatsanghörige. Die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit von Drittstaatsanghörigen in Österreich ist nicht nur im Ausländerbeschäftigungsgesetz geregelt, sondern auch abhängig von aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen.

5 Mit dem Fremdenrechtspaket 2005 (gültig seit 1.1.2006) ist für Familienangehörige von Drittstaatsangehörigen eine Erlaubnis zur Erwerbstätigkeit bereits nach einem Jahr vorgesehen (vgl. www.migrant.at, www.auslaender.at/gesetze/fr2005/3.html).

6 Zwei Prinzipien sind grundlegend für die österreichische Ausländerbeschäftigungspolitik: Der Inländerprimat sieht vor, dass ÖsterreicherInnen sowohl bevorzugt eingestellt werden als auch erst nach einem etwaigen Arbeitskräfte-Abbau von Nicht-ÖsterreicherInnen entlassen werden. Der Generalvorbehalt besagt, dass MigrantInnen nur dann beschäftigt werden dürfen, wenn die Lage und die Entwicklung des Arbeitsmarktes und wichtige gesamtwirtschaftliche Interessen dies zulassen. (vgl. Bauböck 2001)

7 Als Beispiel sei die Frauenmigration nach Wien angeführt: Am höchsten ist der Frauenanteil unter StaatsbürgerInnen aus Mittelosteuropa in der Altersgruppe zwischen 20 und 39 Jahren: Bei tschechischen Staatsangehörigen liegt der Frauenanteil bei 71%, bei slowakischen: 68% (vgl. Wiener Integrationsfonds 2003: 10f).

8 Laut Auskunft des Arbeitsmarktservice sind seit der Einführung der Au-Pair-Anzeigebestätigung am 1.4.2001 insgesamt 14.593 Anzeigen eingebracht worden (Stand Januar 2007). Ca. 80% der registrierten Au-Pairs kommen aus dem osteuropäischen Raum nach Österreich. Bei der Auswertung nach Herkunftsländern überwiegen die Anzeigebestätigungen für Frauen aus der Ukraine, da dies eine der wenigen Möglichkeiten ist dokumentiert für eine längere Periode nach Österreich einzureisen.

9 80% der betreuungs- und pflegebedürftigen Personen in Österreich werden meist von weiblichen Angehörigen zu Hause versorgt.

Elisabeth Steger

„Ein WIRKLICH netter Mensch zu sein, ist eine immens politische Angelegenheit“ Eine Entgegnung

„Wenn also von Produktion die Rede ist, ist immer die Rede von Produktion auf einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstufe – von der Produktion gesellschaftlicher Individuen“ (Marx). Von der Produktion gesellschaftlicher Individuen ... d.h. es ist die Rede von der Produktion, die von gesellschaftlichen Individuen getätigt wird, gen. subiectivus, und im gleichen Atemzug von der Produktion gesellschaftlicher Individuen selbst, gen. obiectivus. Im speziellen Fall der Theorieproduktion ist es dann so, dass man[1] nicht nur an Theorien bastelt, wenn man an Theorien bastelt, sondern man bildet sich auch selbst dabei, bildet sich aus, entwickelt sich, theoretisch UND praktisch.

Paolo Virno wiederum bezieht sich in seiner Schrift „Die Grammatik der Multitude“ auf diesen Marxschen Begriff des gesellschaftlichen Individuums und schreibt dort auf Seite 110, dass „gesellschaftlich“ mit präindividuell und „Individuum“ mit Endergebnis des Individuationsprinzip übersetzt werden muss: „Insofern man unter präindividuell die Sinneswahrnehmung, die Sprache, die Produktivkräfte zu verstehen hat, könnte man auch sagen, dass das „gesellschaftliche Individuum“ dasjenige ist, das offen seine eigene Ontogenese, seine Bildung zur Schau stellt.“ Und an diesem Punkt, durch den Begriff der Ontogenese wird eine Verschiebung sichtbar. Ontogenese meint also die individuelle Entwicklung der Sinneswahrnehmung, der Sprache und der Produktivkraft - ist aber auch ein Begriff der Biologie, der die Entwicklung des Individuums von der Eizelle zum geschlechtsreifen Zustand meint. Es geht also um Bio- Politisches. Und somit wird der Fokus auf den leiblichen Menschen gelegt. Es geht hier nur am Rand um die Produktion eines Werkes und auch nicht um Reproduktion als Fortpflanzung der Geschlechter, sondern um das Sich-Selbst-Produzieren. Paolo Virno nennt dies das „Zur-Schau-Stellen“ im Sprechen, Handeln und Wahrnehmen. Wir befinden uns also im Zirkus oder den Zirki der Multitude. Und die SchaustellerInnen bieten ihre Kunststückerln einem Publikum dar. Wo sonst könnten wir auch ansetzen, wenn wir etwas verändern wollen (wenn wir das wollen) als bei unseren Sprachen und Körpern?

Und mit diesem (sicherlich spärlichen) theoretischen Rüstzeug zum Begriff des Individuums (ich möchte hiermit aber auch keine Abhandlung zum Begriff des Individuums produzieren), leite ich über zum „autonomen Lehrstück“ des Gabriel Kuhn, zur

Arbeit „Jenseits von Staat und Individuum – Individualität und Autonome Politik“. Meine Gestimmtheit als neugieriger Mensch bringt mich dazu, mich mit Büchern zu beschäftigen, die ich ohne diese Gestimmtheit, und würde ich nicht im informellen Austausch an den Rändern eines Kollektivs stehen, wahrscheinlich nicht lesen würde. In eine Zeitschriften- Redaktion flattern diverse Publikationen – und so kam auch Gabriel Kuhns Buch hereingeschneit und wollte gelesen werden. Den ursprünglichen Adressaten mangelte es an der Zeit, dies zu tun. So tat ich es. Und dieses „es“ könnte man wohl auch ganz einfach als Arbeit am Kollektiv bezeichnen (und dass ich das somit für mich selbst auch tue ist logisch).

Das im März 2007 veröffentlichte Buch Kuhns entstand ursprünglich Mitte der 90er Jahre als Universitätsarbeit – im Grunde ist das auch schon das Wichtigste, was man über dieses Buch wissen muss - und es wurde vom Autor 10 Jahre später Kompromisse findend überarbeitet. Zum Einen wollte Kuhn dadurch seinem Text etwas vom „spätpubertär- rotzigen Ton“ nehmen, an einigen Stellen entschied sich der Autor jedoch dagegen Änderungen vorzunehmen, z.B. dort, wo seine „zu optimistische Rezeption poststrukturalistischer Theorie“ erkennbar bleiben sollte, dort wo die „popkulturellen Referenzen theoretische Progressivität verbürgen sollen“ und ebenso dort, wo er aus der „Risikogesellschaft“ von Ulrich Beck zitiert, und das tut er recht oft (Seite 8). Der Fußnotentext innerhalb des Buches und die Bibliographieliste am Ende sind sehr umfangreich - nicht weniger als 241 Bücher werden als Lektüren angeführt. Hinzu kommt bei Kuhn eine Filmographie- und eine Diskographieliste. Da dem Buch auch ein aktuelles Nachwort angefügt ist, in welchem eine bemerkenswert selbstkritische Haltung zu Tage tritt, können wir getrost darauf verzichten, das, was „zweifellos fehlt“, nämlich die „analytischen Vertiefungen“ zu bemängeln (Seite 158). Alles was uns zu tun bleibt, ist vielleicht das, was Gabriel Kuhn so beschreibt: wir sind „aufgefordert, Techniken diskursiver Intervention zu entwickeln, die die intellektuellen Einsichten der Diskursanalyse lebenspraktisch relevant werden lassen.“ (Seite 118). Und unter Lebenspraxis verstehe ich – vielleicht im Gegensatz zu Kuhn – nicht nur eine Lese- und Schreibpraxis, eine Musikhör- Praxis und Filmschau- Praxis, sondern auch eine Praxis des Dialogs und der Begegnung.

Paolo Virno´ s Grammatik der Multitude, die mit ihren Teilen zum Individuationsprinzip hier vielleicht im engen inhaltlichen Zusammenhang stehen kann, weshalb auch Eingangs bereits deutlich darauf hingewiesen wurde, ist leider nicht auf Kuhns Literaturliste zu finden. Die Grammatik erschien natürlich erst vor kurzem, also kann man dem Autor eine solche Lücke kaum zur Last legen. Kuhns skeptische Bemerkungen hinsichtlich Giorgio Agambens Buch „Die kommende Gemeinschaft“ und im speziellen der darin „abstrakt angelegten Theorie zur Kollektivität oder Gemeinschaft“ („Ein Agambenscher Zugang zur Thematik mag für andere fruchtbringend sein, für mich ist er es jedoch nicht.“, Seite 148) legen außerdem fast den Schluss nahe, dass auch Virnos Dechiffrierung des Marxschen Begriffes des Gesellschaftlichen Individuums mit Hilfe der Schriften des französischen Philosophen Gilbert Simondon und von Duns Scotus für Kuhns pragmatisch angelegtes Theoriekonzept unbrauchbar sein würde. Aber wer weiß? Es liegt im übrigen für die Leserin, die auf Belehrungen oder genauer gesagt auf belehrenden Ton eher weniger Wert legt, eigentlich der ganze Haken an der Kuhnschen Theorie bzw. der darin vorherrschenden didaktischen Sprache.

Die 168 Seiten von „Jenseits von Staat und Individuum“ sind sehr übersichtlich in zwei Hälften gegliedert: die ersten 88 Seiten werden einer „Genealogie, Bestandsaufnahme und Kritik“ des gegenwärtigen Gesellschaftszustands gewidmet, dem „neuzeitlichen Individualismus“, wie Kuhn ihn nennt, und sie leiten mit dem lapidaren Satz: „Wem all das nicht behagt, darf weiterlesen. Von nun an soll es darum gehen, wie dies zu überwinden ist“ zur zweiten Hälfte über, zu einer Skizze „antiindividualistischer Individualität“, ein Begriff Kuhns, mit dem er das Entwickelnswerte zu fassen versucht und der uns eben in seiner Eigenschaft als Oxymoron an den Begriff des „gesellschaftlichen Individuums“ Karl Marx erinnert. Kuhn verwendet das Adjektiv „neuzeitlich“ übrigens synonym mit „modern“. Es soll hier nicht über den Begriff „modern“ oder „Moderne“ philosophiert werden. Ich neige aber dazu, Gabriel Kuhns Theorie als postmoderne Theorie zu bezeichnen und beziehe mich, wenn es um den leidigen Begriff der Postmoderne geht auf das Buch „Schnittstellen – Das Postmoderne Weltbild“ von Gerhard Johann



Lischka, Schweizer Philosoph und Schriftsteller, der in seinem Buch schreibt: „In der Postmoderne gibt es durch die Vielfalt der Geschichte(n) und der Ausdrucksmöglichkeiten eine Verfransung ehemals einheitlicher Stilvorstellungen und Ideologien zugunsten einer Reichhaltigkeit von Weltbildern, die sich bis zum individuellen Stil hin verzetteln.“ (ebendort Seite 6)

Als Ausgangspunkte seiner Anleitungen zu einem autonomen/kollektiven Leben wählt Gabriel Kuhn zwei (Jungen-) Geschichten: die des Motorcycle Boy aus dem Film Rumble Fish von Francis Ford Coppola aus dem Jahr 1985 und die Figur des Silver Surfer, eines „edlen Helden“ und seinen Abenteuern, die einem 60er Jahre Comic des Duos Stan Lee und Jack Kirby entstammt. Beim Lesen auf Seite 16 angekommen haben ich meinen Bleistift gezückt und mir dabei vorgenommen alle weiteren Stellen zu markieren, die mir „für alle geschrieben, die das Denken eines jungen Mannes und die Entwicklung desselben studieren möchten“ erscheinen würden. Ich war nach den ersten Seiten überzeugt davon, es würden viele solcher Stellen folgen. Gabriel Kuhn wirft zunächst den Blick zurück auf „den Einzelnen“ in vorneuzeitlichem Kontext. Nach dem Satz „Es gibt zahlreiche Indizien dafür, dass den Einzelnen in der europäischen Kulturgeschichte schon lange vor dem 15. Jahrhundert in bestimmten gesellschaftlichen Zusammenhängen – zum Teil beachtliche – Aufmerksamkeit zukommt“ (Seite 26) kam mir dann Sappho in den Sinn, und ihre Gedichte, in denen sie über „sich selbst“ nachdenkt, ungefähr 500 Jahre vor Beginn christlicher Zeitrechnung. (Nanni Balestrini sprach 2006 im Rahmen eines Kunst- Projekts in Wien mit dem Titel „Alter Ego“ vom Verständnis von Individuum /Kollektiv im Altertum, und stellte fest, dass die Stimme des antiken Dichters/ der Dichterin als Stimme eines Kollektivs zu verstehen sei). Aber damit bewegt man sich bereits einen Schritt weiter „zurück“, als dies Kuhn tut. Sappho möge auch lieber „selbst“ sprechen, mit einem Gedicht, in dem sie ihre Frauenwelt der Männerwelt programmatisch gegenüberstellt. Man hat dem Gedicht den Titel „*Das Schönste*“ gegeben:

„Die einen sagen: eine Truppe von Reitern, andere wieder: Fußvolk oder eine Flotte von Schiffen sei auf der dunklen Erde das Schönste – ich aber sage: das, was ein jeder lieb hat.“

Und wenn wir in diesem Sinn hier im Text fortfahren möchten, macht es tatsächlich keinen Sinn mehr auf Kuhns Genealogie, in der sich an Italo-Westernhelden und anderen (hauptsächlich männlichen) Geschichtsverirrungen und Verwirrungen abgearbeitet wird, einzugehen. An dieser Stelle sei das ursprüngliche Konzept meiner Buchbesprechung verworfen, in welchem ich versuchte auf einzelne Punkte in der linearen Abfolge von Kuhns Genealogie ebenso linear einzugehen. Es sei festgestellt, dass ich den Marxschen Begriff des gesellschaftlichen Individuums für vollkommen ausreichend halte, um die gelebten Widersprüche in den singulären/kollektiven Leben der Menschen zum Ausdruck zu bringen. Man kann getrost auf zungenbrecherische Begriffe verzichten, wenn in der Geschichte der politischen Sozialwissenschaften bereits prägnante, knappe und klare Ausdrucksweisen vorhanden sind. Oder anders gesagt: „Es mag paradox erscheinen, aber ich glaube, die Marxsche Theorie könnte (ja, sollte) heute als eine realistische und komplexe Theorie des Individuums verstanden werden, als rigoroser Individualismus, als eine Theorie der Individuation.“ (Paolo Virno, Grammatik der Multitude, Seite 110)

Gabriel Kuhn schreibt meist sehr konkret. Man kann sein Bemühen um eine an Lebenspraxis orientierte Theorie anerkennen und trotzdem der Meinung sein, dass dieses bemühte Konkrete sehr leicht in eine platte Sprache kippt, die möglicherweise diejenigen Leserinnen verstimmen wird, welche selbst an lebenspraktischen Transformationen des herrschenden Wahnsinns im WIK[2] arbeiten. Mir selbst erging es auf jeden Fall so bei der Lektüre.

Zuletzt seien aber die sieben Punkte erwähnt, mittels derer Kuhn seine Skizze anti- individualistischer Individualität entfaltet, weil es nicht schaden kann, hier, im Rahmen der Zeitschrift Grundrisse, einem von mehrheitsösterreichischen Männern dominierten Kollektiv (denn von eben solchen wurden die Grundrisse gegründet) auf die sieben magischen Punkte eines jungen Anti-Faschisten hinzuweisen. Die Emigrantin, die hier schreibt, tut dies nicht zuletzt deshalb, weil sich ein Aspekt darunter findet, der ihres Erachtens nach von Kuhn nicht zur Genüge in seiner Bedeutung reflektiert wurde, wahrscheinlich nicht reflektiert werden konnte. Diese sieben Punkte sind:

1. Individuelle Verantwortlichkeit: Dies bedeutet nach Kuhn „unser Handeln permanent zu reflektieren“ (Seite 96)

2. Selbstrespekt: „Dabei ist freilich eine ethische Aktivität gemeint, eine Aktivität im Gestalten eines sozialen Lebensraums“ (Seite 96)

3. Selbsterkenntnis: „Ganz einfach gesagt: Es geht darum, uns selbst gegenüber ehrlich zu sein. Diese Ehrlichkeit uns selbst gegenüber ... ist die Selbsterkenntnis ... sie ist Grundlage notwendiger Selbstreflexion“. (Seite 98)

4. Kreativität – Nun, dies ist der Punkt, den Kuhn anhand von 5 Zeilen glaubt abhandeln zu können. Und damit kann er meiner Meinung nach nur fehl gehen.

5. Schutz vor Totalisierung: Hier zitiert Kuhn Max Stirner, und somit den „Einzelnen" als den „unversöhnlichen Feind der Allgemeinheit", den Feind „jeder Fessel".

6. Pluralität: „In einem Kollektiv gibt es eine Bandbreite verschiedener Arbeiten, die zu tun, und Rollen, die einzunehmen sind." meint Gabriel Kuhn. Und dafür sei Individualität von Nöten. (Seite 99) In meinem Kollektiv- Fall könnte man sagen, dass die Zeitschrift Grundrisse bisher sicherlich davon profitierte, dass Elisabeth Steger über ein ordentliches Maß an individueller Selbsterkenntnis verfügt, d.h. sie spielte verschiedene Rollen und tat verschiedenste Arbeiten (ohne offiziell Redaktionsmitglied zu sein wohlgemerkt!)

7. Soziale Dynamik: Kuhn versteht darunter ein „Eingehen der Einzelnen auf die Veränderungen ihrer Existenzbedingungen" im Gegensatz zur passiven Determinierung als Subjekt durch die Staatsmächte. (Seite 101) Dieser siebente Punkt nimmt bei Kuhn den meisten Raum ein. Und es wäre daher ungerecht, wenn ich nicht selbst in meiner zugegebenermaßen etwas eigenartigen, eigenwilligen Buchrezension, meiner Entgegnung, wie ich diesen Text nenne, näher auf diesen siebenten Punkt eingehen würde. Der deklarierte Antifaschist Kuhn verfällt meines Erachtens leider oft demselben Fatalismus, den er selbst anprangert, wie z.B. an dieser Stelle: „Gerade heute, wo sich ALLES dem verantwortungs- und prinzipienlosen Konsumrausch hingibt, wäre es fatal, diese Bedingung preiszugeben" (Seite 102). Die Bedingung, die Kuhn meint, ist die Bedingung der „entschlossenen Konsequenz im kompromisslosen Verfolgen gefestigter Werte und starker Prinzipien". Merkwürdigerweise bleibt Kuhn hier recht abstrakt, fordert im Anschluss daran „gefestigte, starke und konsequente" Individuen (Seite 102).

Mir bleibt, dies kommentierend und damit abschließend, eigentlich nur die Freude hier mit einem Zitat zu enden, mit einem Gedicht von Frau Eva Löwenthal, einer antifaschistischen Widerstandskämpferin und Freundin aus Wien, die ich ein Stück ihres Lebensweges begleiten konnte. Sie verbrachte die letzten Lebensjahre im Sanatorium Maimonides, dem Alters- und Pflegeheim der jüdischen Kultusgemeinde Wien, wo ich seit 2001 als private Betreuerin tätig bin:

Sprache des Flusses

Wer sie versteht,
wird selbst Strömung und Ufer,
trägt den Ursprung in sich
und rätselt nicht.

Wo sie endet,
hört auch die Welt auf,
und lautlos, den Fischen gleich,
verstummen auch wir. –

Eva Löwenthal

E-Mail: waldnaab@klingt.org

Literatur:

Gabriel Kuhn, „Jenseits von Staat und Individuum – Individualität und Autonome Politik", Unrast – Verlag Münster 2007

Marion Giebel, „Sappho in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten" rororo bildmonographien 1980

Fischer Stiege/Alter Ego, Kunst- Projekt im Öffentlichen Raum, Gertrude Moser - Wagner

DVD Wien 2006

Eva Löwenthal, „Rauchblumen blühen nicht", Heimatland Verlag, Wien 1983

Gerhard Johann Lischka, „Schnittstellen - Das Postmoderne Weltbild", Benteli Verlag Bern 1997

Paolo Virno, „Grammatik der Multitude – Die Engel und der General Intellect", Turia + Kant 2006

Karl Marx, „Vorwort und Einleitung von Zur Kritik der Politischen Ökonomie", MEW Band 13, Berlin

Anmerkungen:

1 Ich verwende in diesem Text das alt- modische Wörtchen „man" und bitte darum, es geschlechtsneutral zu werten.

2 WIK= Weltweit Integrierter Kapitalismus – Ein Begriff von Felix Guattari / z.B. in „Die drei Ökologien", ein Buch, aus dem auch Gabriel Kuhn zitiert

Gáspár Miklós Tamás

Konterrevolution gegen eine Konterrevolution

übersetzt von Gerold Wallner

Anders als die revolutionären Aufstände von 1953, 1956, 1968 und 1981 (also von Ostberlin, Budapest, Prag und Danzig) verkündete der osteuropäische Regimewechsel von 1989 keinen besseren und reineren Sozialismus, Arbeiterräte, Selbstverwaltung oder wenigstens höhere Löhne für Proletarier. Er wurde als Wiederherstellung von „Normalität“, historischer Kontinuität und als die Restauration eines dreifachen Schibboleths[1] – parlamentarische Demokratie, „Markt“ und eine bedingungslose Unterwerfung gegenüber dem „Westen“ – aufgefasst.

Wie ich schon früher[2] gezeigt habe, ist diese Idee von Kontinuität eine Fata Morgana. Kein derartiges System war vorher in Osteuropa existent, nur eine rückständige agrarische Gesellschaft, die auf wackeligem Großgrundbesitz beruhte, eine autoritäre politische Ordnung, angeführt von der Offiziersschicht, die sich aus dem verarmten Adel rekrutierte und *coups d'état* nicht abgeneigt war, und ein öffentliches und intellektuelles Leben, das von bitterer Gegnerschaft zu einem als feindlichen vorgestellten „Westen“ dominiert war. Elemente von Modernität, so es sie gab, waren in späterer Folge von leninistischen Planern und Modernisierern eingeführt worden, die im Stande gewesen waren, Mobilität, Urbanisierung, Säkularisierung, Industrialisierung, Unterrichtung in Schreiben und Rechnen, Hygiene, Infrastruktur, Kleinfamilie, Arbeitsdisziplin und den ganzen Rest der Gesellschaft aufzuerlegen, wofür sie einen hohen Preis an Blut, Leid, Knappheit, Tyrannei und Zensur einforderten.

Das also waren die Fundamente, auf denen der neue Marktkapitalismus und die pluralistische Demokratie gründete: nicht die Wiederentdeckung einer unechten liberalen Vergangenheit, sondern ihre erstmalige Einführung durch Dekret. Es war ein höchst populäres Dekret für den Teil der Bevölkerung (wovon auch ich ein begeistertes und

aktives Mitglied war), der an Aufmärschen, Zusammenkünften und Versammlungen teilnahm – ganz zu schweigen von Schwindel und Rosstäuscherei, die auch in utopischer Politik unvermeidlich sind –und der zu dieser Zeit „das Volk" zu sein schien, aber bestenfalls fünf Prozent des aktuellen, empirischen *d?mos* ausmachte. Dennoch erschienen denjenigen von uns, die aus den dunklen Klausuren weniger Dutzend von Dissidenten ins Licht traten, einige Hunderttausende als „die Massen". Diese – zersprengte – Minderheit verfügte über eine politische Haltung und eine Weltsicht, die eine Mischung aus 1848 und 1968 darstellte: einen fröhlichen demokratischen Nationalismus und konstitutionellen Liberalismus vermischt mit Abscheu vor Autorität, (kultureller und sexueller) Repression, Disziplin und Puritanismus. Diese flüchtigen ideologischen Phänomene, die uns damals so tiefgründig, einnehmend und fest zu sein schienen, spiegelten einen Stand der Dinge wider, den nahezu alle Beobachter nur sehr zögernd verstehen und noch zögerlicher verständlich beschreiben sollten[3].

Weder die linke Neigung der meisten dissidenten KritikerInnen noch das libertäre 68er-Gefühl einiger 1989er wurde ausreichend erklärt. Selbst die alleroffensichtlichsten historischen Vergleiche wurden nicht gezogen. Was ich am sonderbarsten finde, ist, dass der zeitliche Zusammenfall der Krise des Wohlfahrtsstaats – im Osten wie im Westen – auf kein Interesse stieß. Historische und politische Phantasie wurde durch die gedankenlose Annahme der Behauptung, Regimes des Ostblocks müssten (in irgendeinem, schwer fassbaren Sinn) „sozialistisch" gewesen sein, gelähmt, da das ja das ist, was sie von sich behaupteten und, was noch wichtiger ist, das war, weswegen sie von den großen Mächten unterschiedlicher Schattierungen des Westens unnachgiebig bekämpft wurden.

Hiezu sind einige Präzisierungen angebracht.

Ich denke nicht, dass irgendein Zweifel daran bestehen kann, dass der „real existierende Sozialismus" ein Staatskapitalismus besonderer Art war.[4] Es handelte sich um ein System mit Warenproduktion, Lohnarbeit, gesellschaftlicher Arbeitsteilung, realer Subsumption der Arbeit unter das Kapital und die Erfordernisse der Kapitalakkumulation, mit Klassenherrschaft, Ausbeutung, Unterdrückung, erzwungener Konformität, Hierarchie und Ungleichheit, unbezahlter Hausarbeit und mit einem absoluten Verbot von Arbeiterprotesten (alle Streiks waren illegal), ganz zu schweigen vom allgemeinen Verbot politischer Äußerung. Das einzige Problem dabei ist natürlich das Fehlen von Regulierung durch den Markt und deren Ersetzung durch Staatsplanung. Der Begriff „Privateigentum" ist hier irreführend, da sich sein Inhalt, wenn er nämlich die Trennung des Proletariats von den Produktionsmitteln bedeutet, ebenso auf Staatseigentum bezieht, auch wenn wir nicht versuchen sollten, die beträchtlichen Unterschiede zwischen beiden Formen kleinzureden.[5] Wenn Eigentum Kontrolle bedeutet (und juristisch betrachtet ist es Kontrolle), ist Staatseigentum Privateigentum in diesem Sinn: Niemand kann behaupten, dass unter den Ostblockregimes die Arbeiter Produktion, Verteilung, Investition und Verbrauch kontrolliert hätten.[6]

Ebensowenig kann daran gezweifelt werden, dass der Staatskapitalismus nach Stalin im Ostblock und in Jugoslawien (grob gesprochen von 1956 bis 1989) den Versuch unternommen hatte, einen eigenen autoritären Wohlfahrtsstaat zu gründen mit Problemen, die in jedem Wohlfahrtsstaat im Westen ähnliche sind – und ihm wohl auch immanent, sei es nun die sozialdemokratische, christdemokratische, gaullistische Spielart oder – was dies betrifft – die des New Deal. (Ich behandle hier jetzt nicht die Züge von kapitalistischer Wohlfahrtsstaatlichkeit unter faschistischen und im Naziregime, auch wenn das hierher passen würde.[7])

Die gesellschaftliche Absicht jedes Wohlfahrtsstaats – unter Einschluss des nachstalinistischen „real existierenden Sozialismus" mit dem geschlossenen GULAG – war (wir können hier ruhig die Vergangenheitsform verwenden) der Versuch, den Konsum durch antizyklische Nachfragegestaltung zu unterstützen, die rebellische Arbeiterklasse durch leistbare Mieten, öffentlichen Verkehr, Erziehung und Gesundheitsfürsorge einzuschließen und zu integrieren, einen *dopolavoro*[8] zu schaffen (eine Idee Mussolinis, die schon von Verfechtern des New Deal sehr geschätzt wurde, die aber klarerweise auch im stalinistischen Russland der 30er Jahre weite Verbreitung gefunden hatte), angefüllt mit bezahltem Urlaub, Massentourismus, billiger volkstümlicher Unterhaltung, nicht zu teurer Kleidermode und dem Automobil. „The Merry Kids", ein Sowjet-Musical aus den 30er Jahren mit den Jungen Pionieren (der größte russische Bühnenerfolg überhaupt), ist in seiner unerträglichen Fröhlichkeit nicht zu unterscheiden von der imbezil grinsenden Produktion Hollywoods oder der UEFA-Studios des Dritten Reichs, vielleicht mit etwas weniger Gewicht auf Frivolitäten und Mädchenbeine. Zur gleichen Zeit gab es im „sozialistischen" Osteuropa auch einiges, das eher an südostasiatische korporatistische Wohlfahrtsmethoden erinnerte – Urlaubscamps und Ferienhotels, die dem Betrieb gehören, üblicherweise gratis für die Mitarbeiter und von den Gewerkschaften (und der Zugang zu ihnen war ein Grundrecht aller Bürger)

geführt wurden, freie Kinderkrippen und Kindergärten für den Nachwuchs der Arbeitskraft – und einiges, das von der europäischen Sozialdemokratie ererbt schien, aber nun verpflichtend und allgemein war wie gut bestückte Leihbibliotheken, Billigpreis-Buchläden in jedem Unternehmen, erschwingliche gute Literatur, Theater- und Kinokarten (darüber hinaus konnten Bücher und Karten, die über die Gewerkschaft bestellt wurden, um die Hälfte des ohnehin gestützten Preises bezogen werden), positive Diskriminierung zu Gunsten der Kinder der Arbeiterklasse bei der Zulassung zur höheren Erziehung und Ausbildung, Sicherheit des Arbeitsplatzes, billige Grundnahrungsmittel, billige Kulturdrogen wie Alkohol und Tabak, billige und reichlich vorhandene öffentliche Verkehrsmittel, leichter Zugang zu Massen- und Spitzensport, zu Vereinen und Veranstaltungen. Das Fehlen von offensichtlichem Reichtum der herrschenden Klasse, abgesehen vom zur Schau gestelltem Luxus, gemeinsam mit häufig auftretenden Knappheiten und einer sehr eingeschränkten Auswahl für die Konsumenten, in Verbindung mit sexuellem Puritanismus, langen Militärdienstzeiten, dem Kult ehrlicher Arbeit („Popular Mechanics“[9] und Raumflugbegeisterung für die Jugend) und einer unablässigen Propaganda, die den plebejischen und „kollektivistischen“ Charakter des Regimes betonte, wo alle wussten, was mit einem Werkzeugkoffer, einer Hacke oder einer Heugabel zu tun war, erzeugte eine Atmosphäre von Gleichheit.

Eine Atmosphäre, eine Stimmung, ja, aber ebenso eine Wirklichkeit unvergleichlich größerer Gleichheit als heute. Nationalstaaten im „real existierenden Sozialismus“ unterdrückten ethnische Minderheiten – außerhalb Russlands vor allem nach Stalins Tod (und Verlust des Einflusses) – und boten dafür Assimilation (Lehrfilme für ungarische Sozialarbeiter und lokale Verwaltungsbeamte der frühen 60er Jahre zeigen Zwangsbäder, Haarschnitte und Entlausungen für vazierende Roma-Familien, die vom Personal der Polizei und der Militärspitäler durchgeführt wurden, zusammen mit Szenen infernalischer Erniedrigung und gekünsteltem Grinsen in die Kamera) mit dem Versprechen von „Eintracht“ und „Harmonie“ und dem Ende Generationen überdauernder kultureller Konflikte. Der Transfer bäuerlicher Bevölkerungen in Industriestädte war, anders als im 19. Jahrhundert, relativ gut organisiert worden: Bis in die 70er Jahre, als die Mittel zu versiegen begonnen hatten, wurden sie in Hochhaus-Wohnsiedlungen verbracht und sofort mit dem gesamten Angebot selbstverständlicher und allgemeiner Fürsorge beglückt inklusive Gesundheits- und Kultureinrichtungen. Es gibt Länder wie Rumänien oder die frühere Tschechoslowakei, wo die Mehrheit der Stadtbevölkerung noch immer in den – nun zerfallenden – Plattenbauten der „kommunistischen“ Zeit lebt.[10]

Zweifellos waren diese Gesellschaften unerträglich autoritär, repressiv und unterdrückt, aber wir fangen gerade an zu sehen, wie gut integriert, voll Zusammenhalt, friedlich ohne Kriminalität, mit funktionierenden Institutionen sie waren, ein kleinbürgerlicher Traum zwar, aber trotzdem ein Traum. Auch vertikale soziale Mobilität, also gesellschaftlicher Aufstieg war schnell und selbstverständlich möglich und – wir sprechen von ursprünglich rükkständigen, bäuerlichen Gesellschaften – der Wechsel vom Dorf in die Stadt, von zermürbender Knochenarbeit auf den Äckern zu technisierter Beschäftigung in der Fabrik, von Hunger, Schmutz und Armut zu anständigem Kantinenessen, heißem Wasser und sanitären Anschlüssen in der Wohnung war atemberaubend - der kulturelle Wandel dramatisch. Die Reise vom Analphabetismus und der Unkenntnis der Uhr zu Brecht und Bartók war erstaunlich kurz. (Übrigens ist es erhellend zu sehen, wie institutionalisiert kulturelle Bedürfnisse sein können – wie ein halber Kontinent innerhalb einiger Jahre aufhörte, ernsthafte Literatur zu lesen und klassische Musik zu hören, da die sozialen und ideologischen Umstände solche Aktivitäten nicht mehr bedeutsam noch leicht machten: *Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so*.[11] [12])

Nach dem Regimewechsel von 1989 (in dem der Autor dieser Zeilen eine gewisse Rolle in der Öffentlichkeit spielte, worüber er in der Rückschau gemischte Gefühle hat) brachte die damit einhergehende Vernichtung des „Staatseigentums“ durch Privatisierung zu Weltmarktpreisen, Asset-stripping[13], Outsourcing, Management By-outs (Unternehmen werden der Reihe nach von multinationalen Konzernen aufgekauft und geschlossen, um die Konkurrenz zu mindern und neue Verbrauchermärkte zu schaffen) unerhörte Preissteigerungen, den Absturz der Reallöhne und des Lebensstandards mit massiver Arbeitslosigkeit. Marktliberalisierung bedeutete, dass die bisher geschützte, gestützte, technologisch rückständige lokale Industrie dem enormen Wettbewerb auch auf kleinen Märkten nicht standhalten konnte, was zum Kollaps des lokalen Handels führte, der Dumping und ähnlichen Verfahren nichts entgegen setzen konnte. Fast die Hälfte aller Arbeitsplätze ging verloren. Das wirklich spürbare Frohlocken über pluralistischen politischen Wettstreit und die ungeheuer angewachsene Freiheit des Ausdrucks wurde durch Verarmung und Mangel an Sicherheit, begleitet von der immer mehr zunehmenden Herrschaft von kommerzieller Pop-Kultur, Werbung, Boulevardpresse und Trash gedämpft. Was zunächst als farbenfroh wahrgenommen wurde, stellte sich eher als aufgeputzt heraus



und verlor seinen ursprünglichen Charme, je mehr es ausbleichte.

All das wurde von der unglücklichen osteuropäischen Bevölkerung als unbestreitbare und unfassbare Katastrophe betrachtet. Die vorhandenen politischen Gruppierungen, die noch von etwas kritischem Gefühl beseelt waren, waren die, die das frühere Regime bekämpft und die liberale Agenda der Epoche nach dem zweiten Weltkrieg betrieben hatten – freie Meinungsäußerung, Verfassung, Recht auf Abtreibung, Rechte für Schwule, Antirassismus, Antiklerikalismus, Antinationalismus, sicherlich Anliegen, für die zu kämpfen wohl wert ist, was aber für große Bevölkerungsklassen, die sich andernorts engagieren, verstörend wirkt–, ohne zu berücksichtigen, was da an weit verbreiteter Armut, an sozialem und kulturellem Chaos in Gang gesetzt worden war. Diese Gruppierungen verknüpften den „Menschenrechte"-Diskurs der liberalen Linken mit der „Freie-Wahl"-Rhetorik der neokonservativen Rechten (und sie tun dies 18 Jahre später noch immer) und betrachteten die Privatisierung als Bresche im allmächtigen Staat, der, mit der Waffe der Redistribution gerüstet, als der Feind gesehen wurde, den es zu schlagen galt, die „Kultur der Abhängigkeit" als der ideologische Gegenspieler, der die Untertanen des „Sozialstaats"[14] daran hinderte, freiheitsliebende, aufrechte autonome Bürger zu werden. Ich erinnere mich – ich war Abgeordneter im ungarischen Parlament von 1990 bis 1994 –, dass wir die Frage des Wappens der Republik fünf Monate lang diskutierten (mit oder ohne die Hilige Stephanskrone; die „Mit"-Partei hat gewonnen), während es keine signifikante Debatte über die Arbeitslosigkeit gab, obwohl sich in einem kleinen Land mit zehn Millionen Einwohnern zwei Millionen Arbeitsplätze in Luft aufgelöst hatten.

Die Aufgabe einer sozialstaatlichen Nachhut ging auf politische Kräfte über, die als jenseits aller Diskussion angesehen wurden. In Ländern, wo es eine offizielle Diskriminierung gegenüber Amtsträgern des „kommunistischen" *Apparats* gab und wo die Angehörigen der früher regierenden Partei aus Gründen des Selbstschutzes und um verletzten Stolz zu pflegen zusammenhalten mussten, wie in Deutschland und der Tschechischen Republik, oblag sie der so genannten „postkommunistischen Linken", und was den Rest betrifft, fiel sie in der Regel extrem nationalistischen und „christlichen" Parteien zu. Da es eine gewisse personelle Kontinuität in Bezug auf den reformistischen, marktorientierten Flügel der herrschenden „kommunistischen" Parteien (und ihrer Experten und Berater in Universitäten, Forschungsstätten und Staatsbanken) gab, die zur richtigen Zeit am richtigen Ort recht hübsch von den Privatisierungen profitierten, gab es auch eine oberflächliche Plausibilität für die populistische Theorie, der zufolge „sich nichts geändert hat"; dies alles sei nur eine Verschwörung, um das Regime der diskreditierten herrschenden Klasse zu verlängern. Die Wahrheit in diesem Fall ist aber klarerweise, dass die Veränderungen so gigantisch waren, dass nur eine kleine Gruppe der *Nomenklatura* imstande war, sich selbst in kapitalistische Geschäftemacher zu verwandeln. Die Gewinner waren letztlich niemand auf lokaler Ebene, sondern multinationale Konzerne, die US-amerikanisch geführte militärische Allianz und die EU-Bürokratie.

Nichtsdestoweniger ist da ein Funken Wahrheit in dieser populistischen Theorie, nämlich der Verdacht, dass der Unterschied zwischen geplantem Staatskapitalismus (alias „real existierender Sozialismus") und liberalem Marktkapitalismus nicht so erheblich sein dürfte, wie es 1989 feierlich hinausposaunt wurde. Populistische Theorien als moderne Sagen formuliert können und sollen – wiewohl verständlich – nicht die Analyse ersetzen. Sie haben jedoch politische Bedeutung vor allem deswegen, weil viele Nachfolgeparteien der früheren „kommunistischen" Organisationen mit dem neokonservativen Evangelium werben (Der Begriff „neoliberal" ist irgendwie irreführend: Die heutigen Radikalkapitalisten und Marktfundamentalisten sind keine Liberalen, wie sehr man auch die Phantasie bemühen mag.) und die letzten Überbleibsel des Wohlfahrtsstaats abbauen. Von daher rührt die seltsame Identifizierung von „Kommunisten" mit „Kapitalisten" in einigen osteuropäischen Ländern – schließlich sind es ja häufig frühere „Kommunisten", die uns das antun. Es ist immer dieselbe Bande an der Spitze, die demokratische Transformation war ein aufgelegter Schwindel, das alles ist eine jüdisch-bolschewistische Intrige und so weiter und so fort.

Nun ist zwar die Identifizierung von Sozialismus und Kapitalismus ein altbekanntes Naziklischee – beide sind „rassisch fremd" –, aber „die Umstände, die sind nicht so", ja sie könnten gar nicht unterschiedlicher sein. Jedenfalls waren Kommunisten und Sozialdemokraten in den 20er und 30er Jahren vereint und unnachgiebig in ihrem falschen Bewusstsein in Bezug auf die Notwendigkeit der Opposition gegen Kapitalismus und Tyrannei. Falsches Bewusstsein schließt Ehrlichkeit nicht aus. Die exkommunistischen Parteien am Beginn des 21. Jahrhunderts stehen in Opposition nicht nur zum Sozialismus, sondern zu den meisten elementaren Interessen der Arbeiterklasse. Das ist nichts Neues und es ist auch nicht auf Osteuropa beschränkt. (Wenn ich von Osteuropa spreche, denke ich dem Vorbild von General de Gaulle entsprechend immer den europäischen Teil der ehemaligen Sowjetunion mit.) Jedenfalls haben die Kommunistische Partei Italiens und ihr Führer, Enrico Berlinguer, eine Austeritätspolitik verlangt und es zur Pflicht des Proletariats erklärt, da einzuwilligen, und das zwei Jahre bevor Margaret Thatcher an die Macht kam[15]. (Der rechte Flügel der ehemaligen PCI, die DS, schlägt nun eine Fusion mit ihrem 60-jährigen Feind, den Christdemokraten, vor …) So drückt dieses Klischee, ohne deswegen richtiger zu werden, fairere und gerechte historische Vergeltung aus.

Das also sind die Gründe, warum und wie die neokonservative Konterrevolution auf Formen von Widerstand trifft, die in die Begriffe der nationalistischen und militaristischen Rechten der Vorkriegsära eingelagert sind, oft vermischt mit offen faschistischer Rhetorik und den entsprechenden Symbolen und, im Falle der ehemaligen Sowjetunion, mit extremem Eklektizismus im Versuch, Stalinismus und Faschismus zusammenzuführen. (Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation, die stärkste Kraft der Opposition in Russland, wird von den verrückten Ideologien der weißen Garden beflügelt, die den politischen Braintrust des Generalstabs von Admiral Koltschak[16] und von Baron Wrangel[17] darstellten.) Hier herrscht eine große Bandbreite an politischen Lösungen. Nach der Niederlage des „neoliberalen" oder neokonservativen Regims des exkommunistischen Präsidenten Kwaśniewski ist die Vorstellung der ultrakatholischen Kaczyński-Zwillinge, wie lächerlich sie anfangs auch erschienen sein mochte, recht erfolgreich[18] und konsolidiert sich, wobei sie extremen sozialen Konservativismus, antischwule, antifeministische, minderheitenfeindliche, antirussische, antideutsche, antisemitische und über allem antikommunistische Gefühle mit monetaristischer Orthodoxie, militärischem Eifer zur Unterstützung Bushs, Verfolgung all dessen was links ist (sie haben die Pensionszahlungen an die wenigen noch lebenden Veteranen der Interbrigaden aus dem Spanischen Bürgerkrieg in den 30er-Jahren eingestellt), Zensur und wüster rassistischer Propaganda verbindet. In der Slowakei ist die Regierung des linken Sozialdemokraten Robert Fico an der Macht, eine Koalition seiner eigenen Partei mit den Nationalisten Wladimir Mečiars und der quasi faschistischen Nationalpartei, geführt vom notorischen Alkoholiker und Prahlhans Ján Slota. Fico hatte die Kühnheit, Pensionen zu erhöhen, die Tarife für die öffentlichen Verkehrsmittel zu kürzen, den Abbau der staatlichen, im Wesentlichen kostenlosen medizinischen Versorgung und der Schulen zu stoppen. Es ist eine ungeheuer populäre Regierung und dies umso mehr, als sie ihren scharfen antitschechischen und antiungarischen Nationalismus mit prorussischen Neigungen verbindet.

In Ungarn kehrte die sozial-liberale Koalition, die vom jungen und begabten Fernec Gyurcsàny , einem milliardenschweren Geschäftsmann und früheren Sekretär des Kommunistischen Jugendbunds vor 1989 geführt wird, 2006 nach einer Kampagne an die Macht zurück, die sich auf linkspopulistische Wahlversprechen stützte, von denen Gyurcsàny selbst behauptete, sie wäre ein Haufen offensichtlicher Lügen. Nachdem diese Aussage an die Öffentlichkeit gedrungen war, brachen Tumulte in Budapest aus und an das Hauptquartier des staatlichen Fernsehens – das Symbol der Verlogenheit – wurde Feuer gelegt. Am 23. Oktober 2006, am 50. Jahrestag der ungarischen Revolution, zahlte es die früher geschlagene Polizei den Protestierern heim und schlug Randalierer, zufällige Passanten, schon Festgenommene und was immer ihre Wege kreuzte zusammen. (Die liberale Intelligenz stellte sich zu ihrer ewigen Schande auf die Seite des Polizeiterrors.) Die Proteste dauerten noch Monate an und wandten sich dabei schnell zum Schlechteren beherrscht von der Symbolik der Pfeilkreuzler, der ungarischen Nazis, berüchtigt für ihren antijüdischen Terror im eingeschlossenen Budapest von 1944. Die Proteste wurden von der parlamentarischen Rechten unter der Führung des früheren Premierministers Viktor Orbán geschickt ausgenützt. Die Regierungskoalition fuhr mit ihrer Austeritätspolitik, mit riesigen Steuererhöhungen und Einschnitten bei den Ausgaben für Gesundheit und Erziehung fort, schloss Spitäler (die ersten Toten auf Grund des Chaos im Gesundheitswesen waren schon zu beklagen), Schulen, kulturelle Institutionen, kürzte oder strich Unterstützungen, entwikkelte Privatisierungspläne für Spitäler, die Eisenbahn, die Elektrizitätswerke und Gemeindedienste, gab Preise (z. B. für Medikamente) frei, führte Gebühren für jeden Arztbesuch (bei staatlichen Ärzten) und für Uni-Studenten ein, verdoppelte die Preise des öffentlichen Verkehrs, fror Lohn- und

Pensionssteigerungen ein – all dies war notwendig, um die Staatsschulden und das Handelsbilanzdefizit zu senken, damit die so genannten „Konvergenzkriterien“ erfüllt werden, deren Einhaltung die Europäische Union für die Teilnahme an der Eurozone als verpflichtend ansieht. Bonitätsbewertungsgesellschaften wie Standard and Poor’s haben auf die Regierungspolitik mehr Einfluss als die Wählerschaft.

All dies stößt auf die Opposition von betäubendem antikommunistischem Geschrei, xenophober, antisemitischer, antiwestlicher und gegen Immigranten gerichteter Agitation (es gibt zwar praktisch keine Einwanderer in Ungarn, aber das macht nichts, es wird welche in ferner Zukunft geben, wenn die vaterlandslosen Gesellen nicht aus ihren Ämtern verjagt werden). Umfragen zeigen, dass Mitte-Links aus dem Parlament verschwinden könnte – Unterstützer der Regierung werden offen bedroht. Es wird eine Volksabstimmung über die am wenigsten beliebten Maßnahmen der Regierung geben, von der Rechten initiiert und sicherlich eine neue, erwartbare größere Niederlage der sozialliberalen Regierung. Wegen Polizeiübergriffen mussten die drei Chefs der Polizei des Landes, die Führung des Geheimdienstes und der verantwortliche Justizminister in Schimpf und Schande zurücktreten. Korruption ist überall. Autostraßen und Untergrundbahnen zerfallen. Bürohochhäuser sind unvollendet oder leer. Das Vertrauen in öffentliche Einrichtungen ist null.

Tausende Rocker, die mit ihren Maschinen nachgemachte Wehrmachthelme und große Nazi- und Pfeilkreuzlerflaggen zur Schau stellen und auf ihren Lederjacken stolz den offiziellen Namen ihrer Vereinigung – *Goy Bikers* – tragen, füllen die Hauptstraßen im Inneren Budapests mit ihrem donnernden Lärm und ihren wogenden Auspuffgasen. Im ganzen Land wird für ein nicht gewähltes Oberhaus demonstriert, das nicht von Parteien beschickt wird, und für eine Verfassung, die der Heiligen Krone des Stephan Souveränität verleiht (und nicht dem Volk). Einundvierzig polnische Abgeordnete, Mitglieder der Mehrheit des Hauses, brachten einen Antrag zur Wahl Jesu Christi zum Ehrenpräsidenten Polens ein (einige würden dies wohl auf Ehren*könig* erweitern). Der Vorsitzende wies ihn auf Grund eines Formfehlers zurück. Sie wagten nicht, ihn zur Abstimmung zuzulassen: Er hätte womöglich eine Mehrheit gefunden.

Man füge zu diesem Bild die offensichtliche Unfähigkeit der Tschechischen Republik, Rumäniens und Serbiens, eine arbeitsfähige Parlamentsmehrheit zu bilden, den antirussischen Wahn, der die baltischen Kleinstaaten ergriffen hat. Dem entsptrechen höchst reale, apartheid-ähnliche Diskriminierungen ihrer russischen ethnischen Minderheiten[19], die allgegenwärtige Verfolgung und Aussonderung der Romaminderheiten (so sagte der Präsident Rumäniens über eine Journalistin, der er persönlich mit Gewalt das Mobiltelefon stahl , es also konfiszierte: „Ich werde nicht mit dieser stinkenden Zigeunerf…e reden“), den völligen Zusammenbruch der ethnischen Enklaven, die von der erlauchten „internationalen Gemeinschaft“ einem State-building[20] unterzogen wurden – Bosnien, Kosovo, Montenegro, Mazedonien, Moldawien/Transnistrien, das stalinistische *intermundium*[21] Weißrussland, die Vertreibung exjugoslawischer Einwohner aus Slowenien, und sieht damit die „Neuen Demokratien“, die braven Soldaten der „Koalition der Willigen“, Rumsfelds und Cheneys „Neues Europa“.

Ebenso wurden Versuche unternommen, auf der Basis dunkler und vager „Neuer Verfassungen“, die plebiszitär abgesegnet werden sollten, Präsidialregims zu etablieren und so die linkspopulistischen lateinamerikanischen Regierungen zu imitieren, neue „Republiken“ (die Dritte in Rumänien, die Vierte in Polen), parteiungebundene Präsidialbewegungen in der Nachahmung Karls II. von Hohenzollern-Sigmaringen und seiner Königsdiktatur in Rumänien von 1938 zu gründen. Es zeigt sich auch ein immer mehr um sich greifendes Wiederaufleben faschistischer Symbolik, was noch akuter wurde durch die nun gar nicht mehr symbolischen Angriffe auf den Parlamentarismus und was sonst noch von den ohnehin bescheidenen „liberalen“ Errungenschaften der 90-Jahre übrig sein mag.

Liberale Kommentatoren sprechen von einer Erhebung gegen die Moderne. Das ist blanker Unsinn. Die neokonservative (oder neoliberale) Konterrevolution hat die Nation und im Besonderen die unteren Mittelklassen an zwei Fronten attackiert.[22]

Zuerst einmal ignorierte sie, dass die Sozialstaatseinrichtungen das Rückgrat der nationalen Identität sind, das einzig verbleibende Prinzip gesellschaftlichen Zusammenhalts in einem traditionslosen Kapitalismus bilden. Es ist nicht nur der Verlust des Lebensunterhalts, sondern auch und vor allem der wahrgenommene Verlust an Würde, der Verlust des Gefühls, versorgt, geschützt und so von der Gesellschaft respektiert zu werden, der auf dem Spiel steht. Aufstiegsmöglichkeit – verinnerlicht als dynamische Gleichheit – war der größte Triumph der Sozial- und Planstaaten. Der Verlust der Klassenzugehörigkeit – diese wird in Osteuropa charakteristischerweise durch den akademischen Grad symbolisiert; noch ein verhungernder *Herr Doktor*[23]

ist ein Herr –, das Gefühl, dass die Nachkommen von Geschäftsleuten, Beamten, Lehrern und Ärzten sich *wieder* körperlicher Arbeit unterziehen oder irgendwohin als illegale Einwanderer fliehen müssen, *déclassé* zu sein, ist eine unerträgliche Bedrohung. Dieser Aufstand ist die Revolte der Mittelklassen gegen den Verlust von Nation und Stand.

Zum zweiten ist es für die Mittelklassen ideologisch unmöglich, sich mit den Bollwerken und Bastionen des Sozialstaats, *wie er von den Kommunisten geschaffen wurde*, zu identifizieren. Es würde einen fürchterlichen Gesichtsverlust bedeuten, wo doch „Kommunismus" für Niederlage und Vergangenheit steht, und das einem Mittelstand nicht enstsprechen würde, der sich selbst als modernistisch und angetrieben vom Mythos des Erfolgs, der Verbesserung der eigenen Lebensumstände und dem ganzen Übrigen wahrnimmt. Sie können nicht offen die Institutionen verteidigen, die ihnen in erster Linie ihre Würde gaben, die aus Bauern Bürokraten und Intellektuelle machten, bedeutete dies doch das Einbekenntnis der eigenen bäuerlichen Vergangenheit und des ebenso schmachvollen „kommunistischen" Erbes. Indem nun also neokonservativer (oder neoliberaler) Sozialabbau als das Werk von Kommunisten dargestellt wird, kann die Scham vermieden und die Verteidigung der institutionellen Einrichtungen vor 1989 akzeptabel gemacht werden. Auch können frühere Sekretäre der Kommunistischen Partei oder der Kommunistischen Jugend schlecht behaupten, sie hätten nie dieser institutionellen Ordnung angehört oder hätten keinen Grund, für ihre Segnungen dankbar zu sein, und sie müssen erklären, dass die Abwicklung dieser Ordnung die Korrektur eines Fehlers ist. So erscheinen sie als fehlbar und opportunistisch, nicht als die Herolde einer neuen Zeit, von Freiheit und Ähnlichem.

So können sich die neuen Konterrevolutionäre als unfehlbare antikommunistischen Gegner der „kommunistischen" Privatisierer, Monetaristen, Angebotstheoretiker und Globalisierer gerieren, und sowohl als Angehörige der Linken wie der Rechten gelten. Sie können den von den Bolschewiken geschaffenen Wohlfahrtsstaat verteidigen, ohne dem Bolschewismus einen Fußbreit nachzugeben, die vom Internationalismus zum Transnationalismus und Multinationalismus übergingen, denn gegen beide kann mit der Idee ethnischer Militanz Widerstand geleistet werden, die sich recht deutlich vom klassischen Nationalismus unterscheidet, der auf der legalen und politischen Gleichheit aller Bürger ungeachtet ihrer Herkunft und Abstammung fußt.

Da dieser Ausbruch politischen Wahnsinns in Osteuropa eine ebenso defensive Reaktion auf neokonservative oder neoliberale Globalisierung und auf Neoimperialismus ist wie die antikapitalistische Version der Neuen Sozialen Bewegungen im Westen und in der Dritten Welt (ich weiß, diese Bezeichnung hat einen unangenehmen Nachgeschmack, aber ich konnte keine bessere finden oder ausdenken), müssen wir kurz die recht zahlreichen und ein bisschen beunruhigenden Parallelen zwischen den beiden behandeln.

Die Unterschiede zwischen den gegenwärtigen „postfordistischen" Protesten und vergangenen Formen von Widerstand gegen den Kapitalismus im zwanzigsten Jahrhundert sind beträchtlich.

Wegen der Veränderungen in Technologie und Haushalt (inklusive Ausweitung der Vorstädte, Wohnungseigentum und Häuslbau für die Arbeiterklasse, Automobilisierung, Abbau der Massenfabrik), der Zerstreuung der Arbeitskraft und, ganz allgemein gesprochen, wegen der Veränderungen in der Organisation der Produktion, ganz zu schweigen vom Einfluss der neuen Massenmedien ist heute der Hauptgegner des entwickelten Kapitalismus, das Proletariat, weiträumig von den Orten der Macht (sowohl ökonomisch als auch politisch) getrennt, die qzjedenfalls ent-territorialisiert und entnationalisiert wurden. Man kann heute nicht die Bastille oder das Winterpalais stürmen, da die Machtstrukturen verändert wurden. Direkte revolutionäre Begegnung zwischen – sagen wir – Besitzenden und Habenichtsen sind außer in so genannten rückständigen, also armen Ländern unmöglich.

So sind die gegenwärtigen Kämpfe *weitgehend symbolisch*, wenn wir z. B. die Proteste gegen das G8-Gipfeltreffen in Heiligendamm betrachten, die gerade stattfinden, während ich schreibe. Nehmen wir einmal für einen Augenblick an, dass die Demonstranten „gewinnen" und es schaffen, die versammelten Staatsoberhäupter und andere große Kapazunder aus Mecklenburg-Vorpommern zu verjagen – was würde geschehen? Sie würden an ihre jeweiligen Regierungssitze zurückkehren, vielleicht mit ein paar Abschürfungen versehen – das war's. Es gibt keine spezifischen Forderungen („Make Capitalism History" ist keine), daher treffen die Proteste die „bürgerliche Politik" nicht auf der Ebene, auf der sie entworfen und eingeführt wird, und die wenigen spezifischen Forderungen, in Wirklichkeit Gesuche, die von einem gemäßigten Flügel vorgetragen werden, sind auf den Rahmen bürgerlicher Politik beschränkt und daher nicht revolutionär (z. B jene, die den CO2-Ausstoß, Arbeitsmigration, geistiges Eigentum etc. betreffen) und so an sich prinzipiell vereinbar mit bürgerlicher (liberaler Mainstream-)Politik, auch wenn sie

momentan wenig Chancen auf unmittelbaren Erfolg haben. Zum Ausbruch von Gewalt kommt es, weil die Protestierenden dem System feindlich gegenüberstehen, aber das System wird nicht durch eine willkürliche Ansammlung von Führern von Nationalstaaten repräsentiert, die in dieser Kulisse ihre wirkliche, also legale Macht nicht einmal ausüben. Was droht, ist – anders als im Fall kommunistischer oder sozialistischer Revolutionen – kein Regimewechsel, sondern Chaos. Dem Chaos kann nicht durch Repression begegnet werden (wenn es auch von Polizei und Bundeswehr zurückgehalten und „bereinigt" werden kann), da nur Gegenmacht unterdrückt werden kann, und Protest allein ist keine Macht. Macht trifft nicht auf Gegenmacht, ganz anders als im Fall der klassischen, vor allem europäischen Revolutionen.[24]

In den postfordistischen Protesten des 21. Jahrhunderts werden die fundamentalen Prinzipien von politischer und rechtlicher Ordnung und von Staatskunst nicht direkt herausgefordert. Die reguläre Armee trifft auf keine Rote Armee, Polizei nicht auf Rote Garden oder einen *Republikanischen Schutzbund*[25], nationale parlamentarische Regierungen nicht auf Arbeiterräte, bürgerliche Parteien nicht auf proletarische, Nationalstaaten nicht auf eine universelle Räterepublik (Vergessen wir nicht, dass das Wappen der Sowjetunion der Globus war, umwunden von roten Schriftbändern auf denen zu lesen war „*Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!*", in Sprachen, die nicht lokal waren wie Französisch, Englisch, Deutsch, Hindi ohne die geringste provinzielle Anspielung auf Russland, und ursprünglich die *National*hymne schlicht die *Internationale* war!); Prinzipien privaten Eigentums, die Trennung der Gewalten, die Trennung zwischen Staat und Zivilgesellschaft werden nicht geradeheraus als abzuschaffende proklamiert, kulturelle oder ideologische Subsysteme (vom Recht bis zur Kunst) werden nicht als Täuschung denunziert. Wie wir gesehen haben, sind die Forderungen der Protestierer nicht völlig unvorstellbar im System, wie größere Gleichheit, ein Ende der imperialistischen Interventionspolitik und der Aufrüstung mit Kernwaffen, größere Gerechtigkeit gegenüber verschiedenen Gruppen etc., und selbst wenn sie momentan kein Gegenstand praktischer und praktikabler Politik sind, tragen sie nichts in sich, das nicht in einer großzügigeren, innovativeren liberalen Politik willkommen geheißen werden könnte. (Ich habe schon früher gesagt, dass die Antiglobalisierungsbewegungen sozialdemokratische reformistische Politik mit revolutionärem Straßentheater zusammen bringen.) Warum dann die Verzweiflung?

Ich denke nicht, dass die aktuell vorgeschlagenen Maßnahmen von großer Bedeutung sind. Diese Bewegungen sind *durch und durch apolitisch oder antipolitisch*. Sie sprechen „Probleme" an, aber attackieren keine Staatsformen. Sie versuchen eifrig, den Staat als solchen zu ignorieren, den sie aber *implizit* anerkennen, da sie mehr oder weniger erwarten, dass ihre Forderungen und Vorschläge in Regierungspolitik (oder globaler Regierungspolitik: von IMF, Weltbank, WTO, OECD) münden, ohne gleichzeitig zu versuchen, eine neue Staatsform zu schaffen, die der Verfolgung solcher Politik zugänglicher wäre.

In diesen postfordistischen Protestbewegungen gibt es nichts, das nicht eventuell auch durch Regierungswechsel nach Wahlen durch politische Parteien oder eine internationale Allianz solcher Parteien zu erreichen wäre. Warum gibt es aber dann das Zögern, die Mannigfaltigkeit der traditionellen politischen Mitbestimmungasmöglichkeiten (z. B. Wahlen, Volksabstimmungen, Plebiszite, Streiks oder anders geartete) wirklich zu nutzen, langwierigere, mehr Geduld verlangende, aber zweckmäßigere Methoden passiven Widerstands und bürgerlichen Ungehorsams anzuwenden? Oder, sollte sich das nicht als zielführend erweisen, warum dann nicht sich auf die Revolution vorbereiten und für sie trainieren?

Die Antwort liegt, denke ich, im apolitischen Wesen: Es ist *der Rückzug von pluralistischer Politik* (die das Anstreben und Ausüben von Macht voraussetzt) *überhaupt*, inklusive revolutionärer Politik. Das ist keine Apathie (es herrschen hier viele Leidenschaften, vor allem Hass, Verachtung und Hohn), sondern eine objektlose Zurückweisung einer subjektlosen Ordnung (der des Kapitals). Die umfassende Ablehnung der gegenwärtigen Ordnung begleitet jedoch keine entsprechende Utopie des Gegenstücks (wie 1968); es ist eine projektlose, antiutopische Revolte reiner Verneinung – die sie paradoxerweise stärker macht, da die erschöpfenden Debatten über Mittel und Endziele uneingestanden inhaltsleer sind.

Es ist wichtig, festzuhalten, dass die neuen Proteste nicht weniger umstürzlerisch sind als ihre Vorgänger, mit derselben Begründung, dass nämlich das Ziel ihrer Angriffe nicht die politische und soziale Ordnung *per se* ist noch liberale politische Institutionen überhaupt (nicht einmal die Märkte – „fair trade" setzt Märkte voraus), sondern *Legitimität*: Ziviler Ungehorsam, wenn auch beschränkt und begrenzt in seinen Zielsetzungen, dennoch radikal, wird moralisch begründet, öffentlich erklärt und vermutlich werden dabei auch Gesetze verletzt. Wie sehr er sich auch dem Recht widersetzen mag, so sehr bleibt er doch eingebettet in die Begrifflichkeit des liberalen Konstitutionalismus. *Verallgemeinerter*

ziviler Ungehorsam aber (verallgemeinert in seinen Zielen, nicht in seinem Übergreifen auf die gesamte Bevölkerung), selbst wenn klar ist, dass er keinen Kollaps der vorherrschenden Ordnung auslösen kann, stellt für die liberale Demokratie ein Problem dar. Solange die Systemopposition unfähig (eher und wirklicher unwillig) bleibt, Gegenmacht zu schaffen, ist eine Regierung auf der Basis von Konsens, der Basis jeder „freien“ Politik, unmöglich. Der Konsens wird in zunehmendem Maß, wenn auch nur passiv und symbolisch, verweigert, nicht dadurch, dass ihm Widerstand entgegengesetzt wird, sondern durch das Verlassen der Institutionen und das Verweisen der Reflexion der menschlichen Angelegenheiten auf einen völlig anderen, im Allgemeinen ethischen Platz. Da diese Ethik üblicherweise eine Art Verteilungsgerechtigkeit zum Kern hat, verweist sie notwendig auf eine Autorität, in der die intellektuelle Kraft, die für jede Form gerechter Verteilung unverzichtbar ist, situiert ist.

Die zunehmend offener zutage tretende konsensuale Charakter früher angenommenerweise gegensätzlicher politischer Abläufe (Wahlen, Parteipolitik, Wettbewerb der Nationen, Kampf zwischen Kapital und Arbeit am Arbeitsplatz), von denen mensch bisher angenommen hatte, sie seien gegensätzlicher, erweisen sich als selbstzerstörerisch. Autorität wird historisch gesehen immer nur gegen etwas behauptet; die Verschmelzung von Autorität und Politik ist höchst gefährlich. Nichtsdestoweniger sind alle anderen Formen von Autorität (Religion, gemeinsame gesellschaftliche Moral und „Moralempfinden“, Hochkultur, Wissenschaft, Tradition überhaupt, Wissen und Weisheit der Alten inklusive und so fort) verkümmert und daher ruft jede Spaltung in der Politik Panik hervor. Die einzig fortbestehende Form von Autorität wirkt noch immer, nicht weil sie von der Gemeinschaft wegen der Tugendhaftigkeit ihrer Vorzüge aufrecht erhalten würde, sondern nur als Ausdruck der puren Zufälligkeit eines trügerischen, seltsamen, launenhaften, unbeständigen Willens der Vielen. Wenn dieser Wille jedoch betrogen werden sollte, bricht eine Hölle los. Dieser populistische Wille ist jeder Stimmung, jeder Mode untertan, wie eine leere Leinwand, auf die alles projiziert werden kann. Wenn die vorherrschenden öffentlichen Entscheidungen und Kundmachungen mit dieser flüchtigen Erscheinung des Volksempfindens nicht harmoniert, wird das als Beweis für den heuchlerischen und illusorischen Charakter politischer Institutionen genommen, die zu diesem Volksempfinden keinen Kontakt mehr haben und daher für sinistre elitäre Mächte, Interessen und Verschwörungen offen sind. Kein Wunder also, wenn die verzweifelte und deklassierte Jugend der Mittelklasse in Osteuropa von finsteren Komplotten träumt und fühlt, dass ihre Sorgen und Ängste sowohl berechtigt als auch demokratisch sind, weil sie irgendwie zum Stil der Zeit passen.

Die unmittelbare, direkte Leugnung der Legitimität scheint dem Fehlen echt revolutionärer Absichten, die ich eben den neuen sozialen Bewegungen unterstellt habe, zu widersprechen. Revolutionen sind jedoch Kämpfe. Revolutionäre sagen den Tyrannen: „Ihr deklamiert, dass eure Ordnung gerecht ist; nein, das ist sie nicht. Erst die neue Ordnung, die wir errichten werden, ist die gerechte. Ihr habt Unrecht und wir haben Recht, und Gott ist auf unserer Seite.“ Die neuen sozialen Bewegungen würden so etwas nie sagen. Gerechtigkeit, wie sie von konventioneller Politik erwartbar ist, ist für sie ohne jeden Belang. Sie ersehnen ein Ende der globalen Erderwärmung oder der Kinderarmut mit Mitteln, die sie verachten, während sie gleichzeitig auch nicht denken, dass andere Mittel vorhanden wären; aber es werden ohnehin nicht sie sein, die diese Mittel anwenden werden müssen.

Die Hinwendung des politischen Kampfs von der *Form zur Substanz* macht konstitutionelle, legale, legitimierende Argumente überflüssig. Die offene Anerkennung dessen, dass gegenwärtig keine Alternative zum Kapitalismus in Sichtweite ist, bedeutet nicht, dass der Kapitalismus nun als legitim oder auch nur erträglich betrachtet wird. Im Gegenteil: Es bedeutet eine Abkehr von den konstitutionellen und sozialen Ideen von Legitimität und den philosophischen Ideen von Gerechtigkeit und Freiheit im Kontext bewussten menschlichen Handelns. Das steht in einem markanten Kontrast zu Marx, der als das Problem des Kapitalismus (zusammen mit Ausbeutung, Unterdrückung und hierarchischer Ordnung) gerade ansah, dass er sich unter gleichen und freien Subjekten realisiert.



Der *Zeitgeist*[26], der junge Westeuropäer dazu bringt, unter roten und schwarzen Fahnen zu marschieren, zeigt sich anders in Bezug auf junge Osteuropäer, die mit Tüchern und Schals Palästinenser imitieren, ihre Vermummungen und Maskierungen, ihre Steinwürfe und ihr cooles Rebellieren, das sie neidvoll im Fernsehen beobachtet haben, verbinden das aber mit extremem Autoritarismus, Rassismus und so weiter. Während westeuropäische, nord- und lateinamerikanische Antiglobalisierer eine Nostalgie für das revolutionäre Proletariat bekunden, drücken ihre osteuropäischen Konterparts unzweideutig ihre Ablehnung von Proletariern aus und ihre Furcht vor ihnen. Selbst wenn das bloßer politisch-kultureller Atavismus ist, ist das (Klasse als ein Orientierungspunkt) höchst bedeutsam.

Die Adaption der Kulissen und der Inszenierungen der *gauchiste*-Demonstrationen durch reaktionäre, bourgeoise Nuklei zukünftiger Sturmtruppen ist zum Teil ein Cargokult.[27] Wichtiger aber ist: Sie ist die Anwendung militanter Antipolitik angesichts der Ruinen einer säkularen Gesellschaft, die auf egalitärer Planung beruhte. In ihrem Zentrum finden wir im Osten wie im Westen einen lebendigen Selbstwiderspruch, eine kulturalistische, anti-*ètatiste* Verteidigung des Verteilungsstaats, des starken Staats, der alle schützt, von 1845 bis 1989. R. I. P. Unfreiwilliges postmodernes Stückwerk spielt eine gewisse Rolle. Ein als Scheinkatholik und Scheinnationalist wiedergeborener Mittelklassebürger, der von „Kommunisten" ins Leben gerufen wurde, der sich dafür einsetzt und damit abmüht, Institutionen und Abläufe zu erhalten, die von „Kommunisten" eingeführt wurden, während er all die Zeit: „Tod den Kommunisten" schreit und Kapitalisten meint – das würde das durchtriebene Herz des alten Jean Baudrillard erwärmt haben.[28]

Die Arbeiterklasse ist stumm. Es gibt kaum Streiks. Dieser Kampf wird zwischen transnationalem Kapital und seinen einheimischen Agenten und den lokalen ethischen Mittelklassen im Verein mit nationaler und klerikaler Intelligenz ausgetragen. Eine authentische Linke ist nicht aufgetaucht.

Noch nicht.[29]

E-Mail: tgm@t-online.hu

Anmerkungen:

1 Erkennungszeichen, ursprüngliche Bedeutung „Getreideähre", geht zurück auf Richter 12, 5-6: „Und wenn ephraimitische Flüchtlinge (kamen und) sagten: Ich möchte hinüber! fragten ihn die Männer aus Gilead: Bist du ein Ephraimiter? Wenn er nein sagte, forderten sie ihn auf: Sag doch einmal „Schibboleth". Sagte er dann „Sibboleth", weil er es nicht richtig aussprechen konnte, ergriffen sie ihn und machten ihn dort an den Fluten des Jordan nieder. So fielen damals zweiundvierzigtausend Mann aus Ephraim." (Anm. d. Übersetzers)

2 „Un capitalisme pur et simple", La Nouvelle Alternative, Band 19, 60/61 aus 2004, S. 13-40; "Ein ganz normaler Kapitalismus", grundrisse: zeitschrift für linke theorie & debatte, 22 aus 2007, S. 9-23

3 vgl. G. M. Tamás, „Socialism, Capitalism and Modernity". In: Larry Diamond, Marc F. Plattner (Hg.), „Capitalism, Socialism und Democracy Revisited", Baltimore, London (The Johns Hopkins University Press) 1993, S. 54-68; „The Legacy of Dissent: Irony, Ambiguity, Duplicity"". In: Vladimir Tismaneanu (Hg.), „The Revolutions of 1989", London, New York (Routledge) 1999, S. 181-197 (Erstveröffentlichung in TLS, 14 aus 1993); „Paradoxes of 1989", East European Politics and Societies, Band 13, 2 aus 1999, S. 353-358; „Victory Defeated", In: Larry Diamond, Marc F. Plattner (Hg.), "Democracy after Communism", Baltimore, London (The Johns Hopkins University Press) 2002, S. 126-131.

4 Einen ausgezeichneten Überblick über „Staatskapitalismus"-Theorien bietet Mike Haynes, „Marxism and the Russian Question in the Wake of the Soviet Collapse" (der Form nach eine Besprechung von Büchern von Michael Cox [Hg.], Paresh Chattopadhyay und Neil Fernandez), Historical Materialism, 10.4 aus 2002, S. 317-362; vgl auch Anmerkung 1 und Stepen A. Resnick und Richard D. Wolff, „Class Theory and History: Capitalism and Communism in the USSR", London, New York (Routledge) 2002, dazu Paresh Chattopadhyays Besprechung in Historical Materialism, 10.1 aus 2006, S. 249-270.

5 vgl. Charles Bettelheim, „Class Struggles in the USSR, Second Period: 1923-1930", Kap. 3, 4 und 5, New York, London (Monthly Review press) 1978, S. 209-329 (Übersetzung Brian Pierce)

6 Ebenso kann nicht bestritten werden, dass die neue herrschende Bürokratenklasse echte und tiefe proletarische Wurzeln hatte. Eine ungarische Analyse der „Nomenklatura" zeigt, dass 1952 70% der KP-Apparatschiki vorher Fabriks- oder Landarbeiter waren (51,6 % Facharbeiter), andere Angestellte 9,4 %, Intellektuelle 3.3 %; mit Grundschulabschluss waren es 62,7 %, mit akademischem Grad 2.8%. Im eigentlichen Staatsapparat (Ministerien und lokale Verwaltungen) waren 47 % früher Fabriksarbeiter, 10.3 % Bauern, 11,5 % Intellektuelle. (Tibir Huszár, „Az elitt?l a nómenklatúráig", Budapest (Corvina) 2007, S. 63. Selbst in den wichtigsten herrschenden Gremien der Kommunistischen Partei, in ZK und Politbüro, hielt sich bis zum Schluss eine Mehrheit mit proletarischer Herkunft. Es kann nicht den geringsten Zweifel geben, dass die alten aristokratischen und bourgeoisen Eliten entfernt worden waren und überall ein plebejischer Ton herrschte.

7 vgl. David Schoenbaum, "Hitler's Social Revolution: Class and Status in Nazi Germany", Garden City (Anchor Doubleday) 1967 und die Werke von Götz Aly und die Debatten, die sie ausgelöst haben..

8 Freizeitgestaltung durch die öffentliche Hand (Anm. d. Übersetzers)

9 US-amerikanische Zeitschrift mit populärwissenschaftlichem Zukunftsoptimismus und technologisch-fortschrittlicher Heimwerkerausrichtung, ähnlich der verblichenen Zeitschrift „Hobby" (Anm. d. Übersetzers)

10 Antonio Negri hat 1967 in einem Aufsatz, der verdächtig danach aussieht, klassisch zu werden, gezeigt, wie der Sozialstaat das Ergebnis einer strengen Rechnung der Bourgeoisie mit der Kraft der Arbeiterklasse ist, eine politische Schlussfolgerung aus einem genauen Verständnis der strukturellen Rolle des proletarischen

Gegners. Vgl ders., „Keynes and the Capitalist Theory of the State“, In: Michael Hardt, Antonio Negri, “Labor of Dionysus: A Critique of the State-Form”, Minneapolis, London (University of Minnesota Press)., 1994, S. 22-50. Man muss verstehen, wie der “real existierende Sozialismus” nach dem Zweiten Weltkrieg zur nicht erzwungenen Mehrwertabschöpfung zurückkehrte (also der der Selbstkolonisierung durch Sklavenarbeit im GULAG ein Ende machte) und zur Schaffung von gesellschaftlichem Zusammenhalt durch das Anregen der Nachfrage nach Konsumgütern. Das war das grundlegende keynesianische Programm von Imre Nagy von 1953 und 1956 und von Alexander Dub?ek und Ota Šik von 1968.

11 Im englischen Original deutsch (Anm. d. Übersetzers)

12 Bertolt Brecht, „Die Dreigroschenoper“, Stücke I, Berlin, Weimar (Aufbau Verlag) 1975, S. 76

13 Filetierung und Verkauf von profitablen Teilbereichen zerlegter Unternehmen (Anm. d. Übersetzers)

14 Im englischen Original deutsch (Anm. d. Übersetzers)

15 Vgl. Ernest Mandel, „From Stalinism to Eurocommunism”, London (New Left Books) 1978, S. 125-149. Die opportunistische Wendung zur offen bürgerlichen Politik im PCI erklärt den frühen und großen Einfluss der italienischen extremen Linken. Dazu Steve Wright, „Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus“, Berlin, Hamburg 2005

16 Alexander Wassiljewitsch Koltschak, 1874 – 1920, zaristischer Forscher und Offizier; nach dem Ersten Weltkrieg „Oberster Regent Russlands“, führte von der Entente unterstützt, den Bürgerkrieg gegen das revolutionäre Russland von Sibirien aus. (Anm. d. Übersetzers)

17 Pjotr Nikolajewitsch Wrangel, 1878 – 1928, zaristischer Offizier, politischer und militärischer Führer der nationalistischen Bewegungen gegen die Bolschewiken auf der Krim und im Kaukasus nach dem Zerfall des Zarenreichs. (Anm. d. Übersetzers)

18 Der Aufsatz wurde vor der aktuellen Entwicklung geschrieben, die aber die Argumentation ohnehin nicht in Frage stellt. (Anm. d. Übersetzers)

19 Das wird noch weiter verschärft durch die Politik von USA und EU, die darauf abzielt, Russland einzukreisen und zu isolieren und auf taktlose Weise den russischen Stolz zu erniedrigen, der seit den frühen 90er-Jahren schon eine Menge zu schlucken hatte. Ohne Präsident Putins tyrannische und antidemokratische Neigungen zu vergessen, bringt der Westen eine Allianz mit dem extrem klerikalen und protofaschistischen Kaczy?ski-Regime und den baltischen Staaten zustande, die – vor allem Estland und Lettland – simple und offene Apartheid gegen ihre ethnischen russischen Minderheiten ausüben, „begründet“ mit dem, was ich „begünstigten Antibolschewismus“ nenne, obwohl ein neuer Cordon Sanitaire, ähnlich dem, der in den 20er- und 30er- Jahren die Sowjetunion vom Rest der Welt trennte, nicht mit der Ausbreitung der Weltrevolution von Moskau und Sankt Petersburg entschuldigt werden kann. Siehe G. M. Tamás, „Az oroszkérdés” (The Russian Question), In: Népszabadság, 27. April 2007. Es war eine schmachvolle Episode in dieser schmutzigen Geschichte, dass das Europäische Parlament einen Antrag annahm, der Estland unterstützte und Russland dafür tadelte, dass es wirkungsvoll gegen die Demolierung eines Kriegsdenkmals aus der Sowjetära protestierte (was klarerweise eine chuvinistische symbolische Geste gegen die russische Minderheit war, während baltische Veteranen der Waffen-SS und ihre jugendlichen Unterstützer in SS-ähnlichen Uniformen durch Tallin paradieren). Dieser Antrag wurde bei der Abstimmung auch von der vorgeblich kommunistischen parlamentarischen Gruppe GUE/NGL (Confederal Group of the European United Left – Nordic Green Left) unterstützt mit der löblichen Ausnahme zweier Abgeordneter der „Linken“, Tobias Pflüger und Sarah Wagenknecht.

20 Im englischen Original „statified“. (Anm. d. Übersetzers)

21 Raum zwischen den Welten, in welchem nach Epikur die Götter ein seliges Leben führen (Anm. d. Übersetzers)

22 Vgl. G. M. Tamás, „Kelet-Európa új válsága” (A New Crisis in Eastern Europe), In: Népszabadság, 25. July 2007, auch www.transindex.ro, www.perlentaucher.de, www.rue89.com.

23 Im englischen Original deutsch. (Anm. d. Übersetzers)

24 Diese Rätsel werden in den Debatten über den den zeitgenössischen Imperialismus gewälzt. Auf der einen Seite schiebt Antonio Negri, einer der prägnantesten Theoretiker des Klassenkampfs, das Problem des locus zur Seite und meint, es hätte sich erledigt; auf der anderen Seite bewegt sich der große marxistische Gelehrte David Harvey (Ökonom, Historiker, Geograph, Stadtarchitekturkritiker, Geschichtsphilosoph) mit seiner Theorie der „accumulation by dispossession“ (im Wesentlichen die Verlängerung, das Weiterwirken der [ursprünglichen] Kapital-Akkumulation durch Enteignung) von Marx zu Rousseau (und manches Mal, so scheint es, zu Robin Hood), in großer Harmonie mit den moralischen Gefühlen der Neuen sozialen Bewegungen, siehe David Harvey, „The New Imperialism“, Oxford (Oxford University Press) 2003 und ders., „A Brief History of Neoliberalism“, Oxford (Oxford University Press) 2006. Ich stimme jedoch mit Ellen Meiksins Wood überein im Hinblick auf die andauernde Bedeutung der Nationalstaaten als loci der Macht. Wie sie klar, einfach und entschieden herausstreicht, gibt es keinen Hinweis auf eine Entwicklung Richtung Weltregierung als Ergebnis der Globalisierung; ein leichter Schimmer von direkter Herrschaft durch das Kapital ist meiner Meinung nach eine Täuschung, hervorgerufen durch die Zerstörung des Sozialstaats und das Wiedererscheinen von Regierungstechniken, die machmal auf die alten Mehoden aus den klassischen Laissez-faire-Zeiten zurückgreifen. (Vgl. Ellen Meiksins Wood, „Logics of Power: A Conversation with David Harvey”, In: Historical Materialism 14.4 (2006), S. 9-34. und ihre wunderbare, charakteristisch prägnante Analyse in dies., „Empire of Capital”, London, New York (Verso) 2003.) Interessante Argumente gegen Negri werden von Alex Callinicos, „Toni Negri in Perspective”, In: Gopal Balakrishnan (Hg.), „Debating Empire”, London, New York (Verso) 2003, S. 121-143, ins Treffen geführt. Ebenso wäre es notwendig, Harveys neue proudhonistische Doktrin (nicht: “Eigentum ist Diestahl”, sondern “Empire ist Raub”) Leo Panitch und Sam Gindin, „Global Capitalism and American Empire”, Socialist Register 2004, S. 1-42, und, dies., „Finance and American Empire”, Socialist Register 2005, S. 46-81, gegenüberzustellen, die auch von Alex Callinicos, „Imperialism and Global Political Economy“, International Socialism 108, 2005, S.109-128, kritisiert wird.

25 Im englischen Original deutsch. (Anm. d. Übersetzers)

26 Im englischen Original deutsch. (Anm. d. Übersetzers)

27 Es ist eine offene Frage, um wie viel authentischer die kommunistischen und anarchistischen Utensilien der westlichen Globalisierungsgegner gemessen an den Pfeilkreuz- und Eiserne-Garde-Symbolen militanter Jugendlicher in Osteuropa sind.

28 Ein besonders makabres Beispiel dieser Psychose war die Schändung des Grabmals von János Kádár (dem früheren kommunistischen Diktator Ungarns) und seiner Frau. Die Grabräuber schnitten ihre Köpfe ab und warfen ihre übrigen Gebeine durcheinander, in einer bizarre Rache für die revolutionären Toten, Imre Nagy und andere, die von Kádár und seinen Leuten 1958 exekutiert und mit dem Gesicht nach unten, die Hände mit Stacheldraht hinter dem Rücken gefesselt, ohne Särge oder Ähnliches kunterbunt durcheinander geworfen, mit Säure übergossen begraben wurden. Sonderbarerweise sind die rechtsextremen Täter stramme Gegner des Kapitalismus und sehr engagierte Unterstützer eines nicht pluralistischen Wohlfahrtsstaats nach dem Vorbild Kádárs.

29 Ich habe wiederholt über die Chancen und ein mögliches Programm einer osteuropäischen Linken geschrieben, zuletzt (in Beantwortung einer rumänischen Anfrage) „Un decalog pentru stînga modern? (Zehn Gebote für eine moderne Linke; Titel vom Herausgeber), In: Observator Cultural, Bucharest, 19. bis 27. April 2007. Das Original: „Baloldal Romániában?” In: Élet és Irodalom, 27. April 2007 und www.ahet.ro. Siehe auch G. M. Tamás, „Új kelet-európai baloldal”, I (A New East European Left), In: Eszmélet 50, 2001, S. 30-53 und „Jobb és bal a fest?i Kárpát-medencében” (Right and Left in the Picturesque Carpathian Basin), In: Népszabadság, 19. August 2005, etc.

Jan Hoff, Alexis Petrioli, Ingo Stützle, Frieder Otto Wolf, (Hg.): Das Kapital neu lesen.

Beiträge zur radikalen Philosophie
Münster: Westfälisches Dampfboot, 2006, 370 Seiten, 27,90 Euro

Das Kapital neu gelesen?

Das Marxsche Kapital wird seit seinem Entstehen immer wieder gelesen und verschiedentlich rezipiert. In der heutigen Zeit, knapp 20 Jahre nach dem Ende des Realsozialismus und seiner versteinerten Marxorthodoxie, dürfte es laut den Herausgebern eines neuen Sammelbandes namens „Das Kapital neu lesen" für einen Neuanlauf im Kapitallesen besonders gute Bedingungen geben. Einerseits sind die Zwänge der Orthodoxie nur mehr in ihren (akademischen) Endmoränen präsent, zum anderen scheinen linke Bewegungen weltweit sich wieder am aufsteigenden Ast zu befinden.

Der Titel des Bandes verweist wiederum schon auf eine gewisse Theorietradition, in der sich die Herausgeber wähnen. Denn vor circa 40 Jahren knapp vor dem Aufbegehren von 1968 publizierten Louis Althusser und seine Schüler den Band „das Kapital lesen"(Lire Le Capital), in welchem sie ihre strukturalistische Kapitallektüre einem breiteren Publikum zugänglich machten. Die darin zum Teil entwickelte Terminologie hallt nun im ganzen Band nach. Die heutige Lage ist aber von derjenigen Althussers et al. in den 60er Jahren verschieden. Das Kapital wurde wieder und wieder gelesen, und so auch wieder und wieder interpretiert. So sehen sich die Herausgeber – Jan Hoff, Alexis Petrioli, Ingo Stützle sowie Frieder Otto Wolf – in ihrem langen Einleitungsteil auch nicht in ungebrochener Tradition zu Althusser, sondern ihren Ausgangspunkt stellt die „neue Marxlektüre", die seit den 60er Jahren in Deutschland aufgekommen ist, dar. Gleichsam wirft die Einleitung auch einen Blick auf die Kapitallektüren anderer Gefilde, wie derjenigen Japans, anderer europäischer Ländern oder Südamerikas. Der Tellerrand ist also nicht mehr die BRD, sondern – so globalisiert lebt es sich schon – der ganze Erdenrund. Vor althusserianischem Hintergrund aus der spezifischen Tradition der (west-)deutschen Kapitallesart samt ihren Problemkomplexen kommend, sich der Kapitallektüre der restlichen Welt vergewissernd – nichts weniger ist der Ausgangspunkt dieses Bandes. Und wohl auch die Aufgabe einer neuen Kapitallesebewegung in unseren Breiten.

Den Einstieg bietet dann Ingo Elbe, indem er, wiederum mit Focus auf Deutschland, drei Lesarten des Marxschen Kapitals zu unterscheiden weiß: die bereits von Engels mit geformte traditionelle Orthodoxie mit ihren ehernen Gesetzen, den westlichen Marxismus mit seinem Praxispostulat seit den 20er Jahren des vorherigen Jahrhunderts, und eben die „neue Marx-Lektüre" mit ihrer Formanalyse und Kritik seit Mitte 60er Jahre. Die Fronten in Deutschland wären damit geklärt.

Die nächsten Beiträge beschäftigen sich darob auch mit anderen Gebieten. Bernard Guibert versucht die französische Kapitallektüre im Anschluss an Althussers Werk althusserianisch zu lesen, und hinterlässt die/den LeserIn eher verdutzt. In einer Mischung aus naturwissenschaftlicher Metaphorik und holpriger Satzführung, was mitunter auch an der Übersetzung liegen kann, versucht Guibert den Werdegang des französischen Strukturalismus nachzuzeichnen; verliert sich dabei aber zu sehr in Namen und Debattenetiketten. Können französische LeserInnen dabei vielleicht noch folgen, wird es für andere Interessierte ein inkonsistentes Wirrwarr an Namen und Metaphern. Gleiches mit anderer Gewichtung gilt für den Beitrag Leo Šešerkos, welcher die hegelsche Logik „als das wirkliche Triebwerk des Kapitals" untersuchen möchte. Das Problem dabei ist der Titel seines Textes, dieser hat herzlich wenig mit dem Inhalt zu tun. Šešerko beschäftigt sich mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus, den darauf folgenden Schockprivatisierungen, wie einigen anderen Probleme innerhalb der neuen Staaten des ehemaligen Ostblocks. Ein Unterkapitel möchte dann auch die Beziehung zwischen Marxens Werk und den hegelschen Kategorien ausloten, bleibt aber größtenteils nichtssagend und mündet wiederum in die Frage was in den neuen ex-realsozialistischen EU-Ländern, noch unter den Privatisierungshammer zu bringen sei.

Als einziger Beitrag aus der Zusammenschau internationaler Kaptallektüren weiß Richard D. Wolffs Beitrag zu überzeugen, indem ihm die wesentliche Aufgabe gelingt an denen die vorherigen Beiträge gescheitert sind: ein Thema grundlegend darzulegen. Und sein Thema wiederum ist die klas-

sentheoretische us-amerikanische Kapitallektüre des „autonomist marxism". Über diese Lektüreart, die den Klassenkampf in seinen autonomen Formen in den Mittelpunkt der Analyse setzt, gibt er umfassend Auskunft. In diesem Sinne: mission accomplished.

Daran schließt wiederum Jacques Bidet in schlechter Tradition gleichsam unverständlich an. Sein Anliegen war eine „metastrukturale Rekonstruktion des Kapital" – eine ziemlich taffe Aufgabe für 8 Seiten Text. Bidet hat sich nämlich zur Aufgabe gemacht, woran schon viele vor ihm gescheitert sind, aus dem Kapital eine großflächige Theorie der Moderne zu zimmern. In seinem Abriss gelingt dies jedenfalls nicht; Begriffe werden nicht erklärt, zum Marxschen Kapital konträr stehende Behauptungen einfach so gesetzt, und in schöne Schautafeln überführt. Für den/die unbedarfte LeserIn jedenfalls in großen Teilen unverständlich bis widersprüchlich.

Mit diesem Beitrag endet nun auch schon die internationale Rubrik des Bandes; die restlichen Texte beziehen sich auf Probleme der „neuen Marxlektüre". Den Anfang darin macht Frieder Otto Wolf dadurch, dass er die „Grenzen der dialektischen Darstellung" Marxens auslotet. Damit zeigt er die Relevanz der (Klassen-)Kämpfe im Kapitalismus, welche mit Ausnahme des Beitrags zum „autonomist marxism" der USA im ganzen Band merkwürdig unerwähnt bleiben. Danach geht es in medias res des ersten Bandes des Kapital. Die Wertformanalyse als eine der kniffligsten Stellen der Marxschen Theorie wird genauer auseinanderklambüsert. Gemeinsame Grundannahme der neuen „Marx-Lektüre" ist diejenige über den monetären Charakter der Wertformanalyse. Will heißen, dass sich Werte gar nicht aufeinander beziehen ließen, gäbe es nicht das Geld. Das Geld ist also Ergebnis der Wertformanalyse, diese also keineswegs historisch zu lesen, sondern als begrifflich-logische Genese einer Geldform(wie diese auszusehen hat, ist Objekt der Debatte). Christian Iber versucht nun, indem er die Wertformanalyse in der ersten und zweiten Auflage des Kapitals miteinander vergleicht, zu zeigen, dass es sich bei der Wertform mitnichten um eine Äquivalenzrelation handelt. Dagegen argumentieren wiederum Dennis Kirchhoff und Alexander C. Reutlinger, dass es sich bei ebenselbiger doch um eine solche handele. Beiden Texten ist gemein, dass sie auf einer sehr formalisierten Ebene argumentieren, was durchwegs auch Erkenntnisgewinn bringt. Rolf Krämer wiederum meint der Wertform mit dem kritisch-psychologischen Instrumentarium Klaus Holzkamps auf die Schliche zu kommen, daran schließt er Überlegungen zur Geldware an, welche sodann das Thema des folgenden Beitrags von Ingo Stützle bilden. Er argumentiert in seinem umfassenden und überzeugenden Beitrag, dass es im Rahmen der monetären Werttheorie bei Marx, im Gegensatz zur Argumentation desselben, keineswegs notwendig sei von einer Geldware auszugehen, ja diese nur ein historischen Intermezzo des Kapitals darstelle, dieser eigentlich „in seinem ideellen Durchschnitt" gar keiner solchen bedürfte. In den Reigen der Beiträge, die sich um die Wertform zentrieren, gehört auch noch derjenige von Alexander Gallas, welcher der Wertkritik mittels des Industrieproletariats mores einpauken will. Seine Kritik wirkt aber reichlich altbacken, und den monistisch-deterministischen Zugang, den er der Wertkritik zuschreibt, offenbart er selbst, indem der das (männliche) Industrieproletariat zum einzigen Subjekt der Emanzipation adelt (der im Band zumeist abwesende Klassenkampf kommt hier platterdings als Kampf des „produktiven" männliches Industrieproletariats zu zweifelhaften Ehren). Schließlich finden sich im knapp 370 Seiten starken Sammelband auch noch zwei Beiträge jenseits der Wertformproblematik. Deren einer von Jan Hoff leuchtet das Verhältnis Marxens zum Früh- und ricardianischen Sozialisten Thomas Hodgskins aus. Abgerundet wird der Band schließlich mit dem Text von Martin Birkner und Käthe Knittler, welcher das Problem der fehlenden Konzeptualisierung der Haus- und Reproduktionsarbeit im Marxschen Werk fokussiert. Dabei werden auch feministische Kritiken an Marx vorgestellt, wie sie die Operaistin Mariarosa Dalla Costa oder die Bielefelder Subsistenztheoretikerinnen übten.

Wie gesagt hat sich dieser Band einer Herkulesaufgabe gestellt: Kommend von Louis Althusser, aufbauend auf die neue „Marx Lektüre" und mit Blick über den Tellerrand der deutschen Kapitallektüre, galt es das Kapital neu zu lesen. Über jedes der Themen könnte des Langen und Breiten diskutiert werden, und jedes der Themen gäbe gut einen eigenen Sammelband ab. Und so kommt es auch, dass dieser Band einem Flickwerk gleicht. Die internationalen Beiträge sind bis auf einen größtenteils unverständlich, und führen keineswegs in die Debatten anderer Länder ein, sondern stiften eher Verwirrung. Die darauf folgenden Beiträge zur deutschen Debatte – Frieder Otto Wolfs Beitrag hebt sich angenehm von den anderen ab – fokussieren größtenteils auf die Marxsche Wertformanalyse; dies ist durchwegs interessant und geschieht auf hohem Niveau, kann aber, wenn es darum geht, das Kapital neu zu lesen nicht der alleinige Focus sein. Das dürfte auch den Herausgebern selbst klar sein, denn in ihrem Nachwort betonen sie nochmals, dass es am Marxschen Kapital mehrere Baustellen gäbe, und die im Band behandelten nur einen Teil davon abdeckten (sowohl Ein- als auch Ausleitung gefallen durch ihre äußerst ausführlichen Literaturangaben).

Wenn sich die Lektüre des Kapitals auch um einige Kernpunkte des Marxschen Werks konzentriert – die Wertformanalye dürfte wohl zu den wichtigsten zählen- so bietet der Band auch in diese Probleme nur einen sehr begrenzten Einblick. Das Kapital neu auf der Höhe des 21. Jahrhunderts zu lesen kann in einem Sammelband allein nun mal nicht gelingen; dies sich einzugestehen wäre der erste Schritt in die richtige Richtung. So hätte ein eingegrenzterer Darstellungsbereich dem Band sicherlich gut angestanden. In der jetzigen Breite fehlt der rote Faden, und es entsteht der Eindruck eines selbstreferenziellen Nebenhers der verschiedenen Ansätze.

Georg Gangl

9

Marianne Pieper, Thomas Atzert, Serhat Karakayali, Vassilis Tsianos (Hg): Empire und die biopolitische Wende.

Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri. Frankfurt, New York: Campus, 2007, 316 Seiten, 29,90 Euro

Die Diskussion um „Biopolitik“ ist in linken und sozialwissenschaftlichen Zusammenhängen so verbreitet wie noch nie. Das liegt an der unveränderten Attraktion der Rezeption von Michel Foucault, aber auch an der „Entdeckung“ Giorgio Agambens in den letzten zehn Jahren. Auch die Auseinandersetzung mit Migrationsregimen und die Fortsetzung der feministischen Kritik an „Bevölkerungspolitik“ beförderte das biopolitische Paradigma. Hardt / Negris „Empire“ und „Multitude“ reihen sich in diese Diskurse ein. Allerdings ist auch die „Entlarvung“ von AutorInnen, die nicht genau in ein bestimmtes Weltbild passen, sehr beliebt: „Die Rezeption in Deutschland erinnerte an jene dogmatische Ablehnung, mit der – vor allem auch in manch linken Kreisen – vor Jahren den Arbeiten Michel Foucaults und später Judith Butlers begegnet worden war“, schreiben die HerausgeberInnen in ihrem Schlusswort (S. 293) und treffen den Nagel auf den Kopf. Das Buch „Empire und die biopolitische Wende“, das auf eine Tagung „Zukunft und Visionen des Sozialen“ des Research Centre for Feminist, Gender and Queer Studies am Institut für Soziologie der Universität Hamburg im Dezember 2003 zurückgeht, versucht das Manko an Diskussion zu beheben.

Das Buch beginnt mit einem Beitrag Antonio Negris „Zur gesellschaftlichen Ontologie. Materielle Arbeit, immaterielle Arbeit und Biopolitik“, der wie eine zweite Einleitung gelesen werden kann. Negri macht klar, dass sich die Methode ändern muss, weil durch das Produktiv-Werden des ganzen Lebens kein Außen mehr möglich ist, kein transzendentales Hegelsches Ziel, keine institutionelle Versöhnung, sondern nur noch ein „Innen“ analysiert werden kann.

Die weiteren Beiträge werden in drei große Abschnitte geteilt, wobei die Aufteilung etwas willkürlich erscheint: 1. Multitude, 2. Die Autonomie der Migration und die Krise der Souveränität, 3. Immaterielle Arbeit und „biopolitische Wende“. Im Abschnitt über die „Multitude“ schreibt *Paolo Virno* („Multitude und das Prinzip der Individuation“) über die Produktion der Singularitäten im Individuationsprozess, der von einem Gemeinsamen (Spezies, Sprache, kapitalistische Produktionsweise ausgeht) und sich im sozialen Zusammenhang entwickelt. *Rosi Braidotti* („Die feministischen und nomadischen Subjekte als Figur der Multitude“) präsentiert ihr nomadisches Denken als „Figur der Multitude“ in Auseinandersetzung mit der feministischen Diskussion und den antihegelianischen Denken von Deleuze (Alternativen zur dialektischen Vermittlung). *Doreen Massey* („Empire und Geographien der Verantwortung“) setzt sich mit dem Widerspruch zwischen dem allgemeinen Raum und den spezifischen Ort auseinander und entwickelt in ihrer Arbeit über die Metropole London, dass der Kapitalismus keineswegs „ortlos“ geworden ist und sich auch die subversiven Bewegungen sowohl am Globalen wie am Lokalen orientieren sollten. *Precarias a la deriva* („Projekt und Methode einer militanten Untersuchung. Das Reflektieren der Multitude in actu“) verbinden ihre Untersuchung prekärer Arbeit, besonders von “Frauen” mit dem Umherschweifen in der Stadt, allerdings nicht im Sinne der situationisti-

schen, männlichen Dandys, sondern entlang den Fluchtlinien der Arbeits- und Lebensverhältnisse der „Multitude". *Marion von Osten* („Irene ist Viele! Oder was die Produktivkräfte genannt wird") zeigt an der Analyse einer einzelnen Person, wie sich Arbeit und Leben nicht mehr abgrenzen lassen und somit alle Lebensbereiche „produktiv" werden. *Encarnación Gutiérrez Rodriguez* („Sexuelle Multitude und prekäre Subjektivitäten – Queers, Prekarisierung und transnationaler Feminismus") kritisiert den etwas unglücklich gewählten Begriff des „Frau-Werdens" und entwickelt ihn zu einer Perspektive weiter, die Prekarisierung und Queer als Charakteristika der Multitude darstellen.

Im Abschnitt über die „Autonomie der Migration" schreibt *Saskia Sassen* („Die Re-Positionierung von Bürgerschaft") über die Verortung der Kämpfe in den immer bedeutender werdenden Global Cities. *Yann Moulier Boutang* („Europa, Autonomie der Migration, Biopolitik") untersucht die Reaktion der Europäischen Union auf die nicht kontrollierbare Autonomie der Migration, während sich *Sandro Mezzadra* („Kapitalismus, Migrationen, soziale Kämpfe") mit der Herausbildung von Subjektivitäten in der Migration auseinandersetzt. Der Beitrag von *Sven Opitz* und Robert Matthies („Interferenzen der Souveränität") ist einer der wenigen Beiträge, der sich tatsächlich mit den Texten Hardts und Negris auseinandersetzt und die Entwicklung der Souveränität und Gouvernementalität, also die Herrschaft in allen Bereichen, nicht auf die staatlichen (souveränen) Institutionen beschränkt untersucht.

Im dritten Teil geht es um Biopolitik. Die Ausnahme bildet ein Beitrag von *Maurizio Lazzarato* („Leben und Lebendiges in der Kontrollgesellschaft"), der die Ausübung der Macht durch die Disziplinen auf den Körper und durch Biomacht auf die Regulation des Lebens, durch eine „Modulation des Gedächtnisses durch informatische Netzwerke, Telekommunikation, die Konstitution der Öffentlichkeiten, öffentliche Meinung sowie kollektive Wahrnehmung und Intelligenz" (S. 266ff) ergänzen möchte, was er dann „Noopolitik" nennt. Den Beitrag von Marianne Pieper („Biopolitik – Die Umwendung eines Machtparadigmas. Immaterielle Arbeit und Prekarisierung") möchte ich als einen der kreativsten hervorheben. Ausgehend vom Konzept der Biopolitik Foucaults und Hardts und Negris wird versucht, die konkreten Entwicklungen aufzuzeigen und durch einen feministischen Blickwinkel zu ergänzen, also die Leerstellen des Konzepts der „affektiven Arbeit" aufzuzeigen und zu beheben. Von *Judith Revel* („Biopolitik") ist ihre Definition der Biopolitik (und Biomacht) abgedruckt, während *Isabell Lorey* („Als das Leben in die Politik eintrat") die biopolitischen Konzepte von Foucault und den nachfolgenden GouvernementalitätstheoretikerInnen denen von Giorgio Agamben gegenüberstellt. Dabei arbeitet sie die Problematik heraus, die im geschlechtlich blinden Blickwinkel Agambens liegt und dass selbst seine entscheidende Kritik des Dualismus von Menschen- und BürgerInnenrechten sich nur auf den Flüchtling bezieht und nicht auf andere Ausgegrenzte wie Frauen, Arme, Schwarze und JüdInnen.

Der Sammelband erscheint ein bisschen zusammengewürfelt, die Beiträge beziehen sich wenig aufeinander und sind nur eine geringe Weiterentwicklung der Theorie. Meistens wird nur über die „zufälligen" Arbeitsbereiche berichtet. Das scheint der Ausdruck der mangelnden Diskussion zu sein, ist aber auch ein Hinweis auf die Nichtbeziehung zu sozialen Bewegungen, wie er etwa in Lateinamerika und Italien selbstverständlich ist. Bezeichnend die Erwähnung der Diskussion in den Sozialwissenschaften (S. 307ff), was den unangenehmen Eindruck erweckt, dass sich die Diskussion auf den akademischen Bereich beschränkt.

Positiv hervorzuheben ist, dass neben der üblichen Prominenz (Antonio Negri und Paolo Virno) auch eine Reihe von Personen zu Wort kommen, die nicht unbedingt dem so genannten „postoperaistischen" Spektrum zuzuordnen sind, wie Rosi Braidotti, Saskia Sassen, Sven Opitz oder Robert Matthies. Das gibt Aufschluss über die Breite der internationalen Diskussion. Die erwähnte Kritik des mangelnden Bezuges zu Bewegungen bezieht sich nicht auf einen Teil der feministischen Beiträge, die etwa wie die *Precarias al la deriva* versuchen, von konkreten sozialen Bedingungen und Beziehungen auszugehen und mit einer „militanten Untersuchung" tatsächlich zu intervenieren, um an einer emanzipatorischen Gesellschaftsveränderung zu arbeiten. Es mag der Austragungsort der Konferenz gewesen sein, aber fast erscheint es so, als würde der „Postoperaismus" in Deutschland fast nur in feministischen und queeren Zusammenhängen diskutiert, was aber auch eine weitere Qualität dieses Buches ausmacht. Endlich wird einmal die Dominanz des „geschlechtsneutralen männlichen" Denkens im internationalen Postoperaismus[1] in Frage gestellt. Es muss allerdings anerkannt werden, dass dieses Buch einen neuerlichen Ansatz zur Diskussion bietet, dass sich die postoperaistischen Theorie in Zusammenhang mit den feministischen, queeren, migrantischen Bewegungen weiterentwickeln kann und damit die Perspektive zur Überwindung des kapitalistischen Systems, des Empire erweitert.

Robert Foltin

Alex Demirovic: Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie*

Münster: Westfälisches Dampfboot, 2007, 2. überarbeitete und erweiterte Neuauflage, 200 Seiten, 19,90 Euro

Lars Bretthauer, Alexander Gallas, John Kannankulam, Ingo Stützle: Poulantzas lesen*

Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie
Hamburg: VSA-Verlag, 2006, 336 Seiten, 20,80 Euro

Wer sich heute mit dem Werk Nicos Poulantzas' und dessen Rezeption beschäftigt, spannt gleichsam einen Zeitbogen vom Umbruchjahr 1968 bis zur Gegenwart. Kurz vor dem Pariser Mai erschien sein erstes Buch, *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, das bereits wesentliche Gedanken zur Theorie der Klassen und des Staates beinhaltete, die knapp zehn Jahre später in seinem Hauptwerk, der *Staatstheorie* kulminierten. Sein früher Tod 1979 fiel zusammen mit dem Beginn der neoliberalen Transformation des westlichen Kapitalismus, kritische Theorien und marxistische Wissenschaft wurden in den 1980er und 90er Jahren nachhaltig in die Defensive gedrängt. Dass mit dem neuen Aufschwung sozialer Bewegungen und dem „Revival" linker Gesellschaftskritik ab Mitte/Ende der 1990er Jahre ausgerechnet dem Werk Nicos Poulantzas' wieder größere Aufmerksamkeit zuteil wurde und weiterhin wird, liegt nicht zuletzt daran, dass einige Theoretiker sich kontinuierlich an Poulantzas' Begriffen abgearbeitet hatten, wie Alex Demirovic in der neuen Einleitung zu seiner erstmals 1987 veröffentlichten Monografie betont. Er nennt Joachim Hirsch, Leo Panitch und Bob Jessop – eine Reihe, der man den Namen Alex Demirovic unbedingt beifügen muss, bleibt seine Monografie doch bis heute die einzige systematische Einführung in und Auseinandersetzung mit Nicos Poulantzas' Werk in deutscher Sprache. Für die Neuauflage des Buches wurde nicht nur der Haupttext, in dem zentrale Begriffe und Thesen erläutert werden (was die Rezeptionsschwelle für nicht in Poulantzas' Terminologie Eingeweihte deutlich senkt), gründlich überarbeitet, sondern auch zwei neue Texte angefügt. „Volkes Herrschaft?" erschien bereits als Beitrag in *Poulantzas lesen* und diskutiert die demokratietheoretischen Implikationen der Theorie von Poulantzas und deren Konsequenzen für Strategien eines „demokratischen Sozialismus", der auf die radikale Transformation des Staates abzielt, ohne die Institutionen der bürgerlich-repräsentativen Demokratie für obsolet zu erklären. Der zweite Text beschäftigt sich ausführlich mit dem Begriff der „Verdichtung", dem bei Poulantzas, der den Staat in seinem bekanntesten Merksatz als „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen" beschrieben hat, zentrale Bedeutung zukommt. Dabei nimmt Demirovic insbesondere aktuelle Veränderungen des (National-) Staates in den Blick.

Die Aktualität Poulantzas' Theorien streicht auch der Sammelband *Poulantzas lesen* heraus. Der mit Bedacht gewählte Titel ist nicht bloß Aufforderung, sondern vor allem Herausforderung an die (potentielle) Leserschaft. Im Sinne Louis Althussers wird jeder „unschuldigen" Lektüre eine Abfuhr erteilt, was, wie in der Einleitung betont wird, angesichts Poulantzas' oft sperriger Sprache auch schwer möglich wäre. Notwendig wäre eine aktive, produktive Lesart, die, sich ihres eigenen Standpunkts bewusst, den Fokus auf Leerstellen und Widersprüche im Text legt, um ein Verständnis für zugrunde liegende Problematiken zu erarbeiten – also Poulantzas jener „symptomalen Lektüre" zu unterziehen, die Althusser einst für das *Kapital* eingefordert hatte. Die besondere Qualität vieler der versammelten Texte ergibt sich entsprechend aus den vorgenommenen „Terrainwechsel", die Poulantzas' Werk in einen produktiven Dialog mit anderen thematischen Feldern und theoretischen Traditionen treten lassen.

Der Aufbau des Bandes arbeitet sich dabei vom Abstrakten zum Konkreten vor. Im ersten Abschnitt bewegen sich die Beiträge auf der Ebene der Produktionsweise und behandeln Fragen onto-

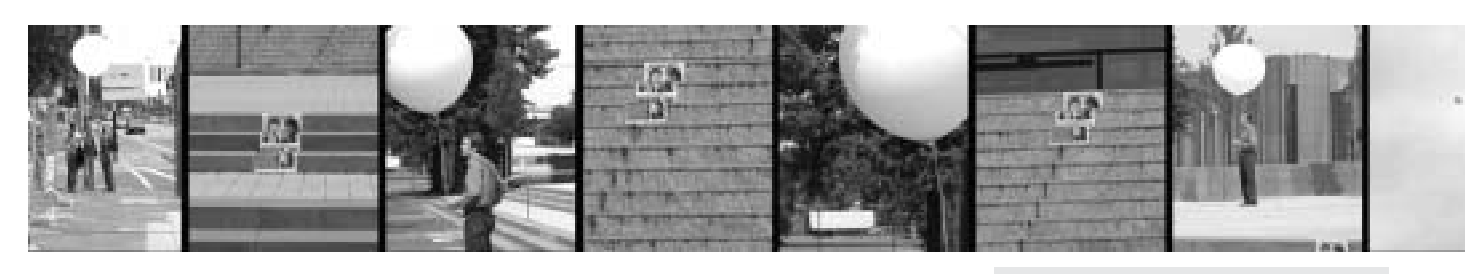
logischer und epistemologischer Natur. So stellt Clyde W. Barrow die Frage nach dem Verhältnis von Strukturen und Klassenpraxis in Poulantzas' „historisch-strukturalistischem" Ansatz, während Alexander Gallas in seinem Aufsatz eine ähnliche Problematik mit den Begriffen „Form" und „Kampf" bearbeitet. Er liest das *Kapital* mit Poulantzas, um so dessen Verständnis der widersprüchlichen Kombination von Brüchigkeit und Stabilität im Kapitalismus herauszuarbeiten. Bob Jessop diskutiert das Verhältnis der unterschiedlichen Abstraktionsebenen in Poulantzas' Staatstheorie selbst, d.h. der abstrakten Formbestimmung des Staates im Kapitalismus und der historisch-konkreten Analyse politischer Klassenkämpfe. Auf der Ebene der Formanalyse bewegt sich auch der Beitrag von Joachim Hirsch und John Kannankulam, die für eine „kritische Konfrontation" der Poulantzas'schen Staatstheorie mit der bundesdeutschen „Staatsableitungsdebatte" argumentieren. Lars Bretthauer wiederum diskutiert die Begriffe „Materialität" und „Verdichtung" bei Poulantzas vor allem in Hinblick auf historisch-konkrete Analysen von Herrschaftsverhältnissen.

Im zweiten Themenblock, „Macht und Herrschaft", sticht besonders die Aufarbeitung des „heimlichen Dialogs" (S. 171) zwischen Poulantzas und Michel Foucault hervor. Urs T. Lindner konstatiert dabei einen bei Poulantzas angelegten „Klassenreduktionismus", den zu überwinden (ohne auf Poulantzas zu verzichten) ein „materialistisch angeeigneter Foucault" (S. 169) ermöglichen kann. Ebenfalls mit Foucault (und mit Hilfe des Ansatzes der linken „Staatsableitung") konzipiert Sonja Buckel Grundzüge einer an Poulantzas anschließenden Rechtstheorie. Dies betrifft insbesondere die Rolle des Wissens in bestimmten Machtfeldern, wie auch Ingo Stützle in seinem Beitrag zeigt. Auch er kommt (wenn auch auf unterschiedlichem Wege) zum Schluss, dass die Ansätze Foucaults und Poulantzas' ergänzend gelesen werden sollten: Foucault als Rekonstrukteur der Macht- und Wissensfelder, Poulantzas als Theoretiker der Begründung ihres Zusammenhangs mit der kapitalistischen Produktionsweise.

Ein besonders interessanter Terrainwechsel gelingt Jörg Nowak, der die Leerstellen in der Theoretisierung der Geschlechterverhältnisse bei Poulantzas mit Erkenntnissen der feministischen Staatstheorien konfrontiert. Ob die von ihm geäußerte Hoffnung auf eine „gemeinsame (...) Rezeptionskultur kritischer feministischer und marxistischer Intellektueller" (S. 150) begründet ist, bleibt offen. Schließlich ist man(n) auch im vorliegenden Sammelband der von Nowak als ein Problemfeld angesprochenen „männlichen Dominanz innerhalb des Marxismus" nicht entkommen: von 19 AutorInnen sind 17 Männer.

Um die räumlich-territoriale Dimension der Staatstheorie von Poulantzas geht es in Abschnitt drei. Hans-Jürgen Bieling zeigt mit Hilfe neogramscianischer Ansätze sowie den neueren Imperialismustheorien von Sam Gindin und Leo Panitch, wie Poulantzas' Begriffe auch für die Analyse der europäischen Integration als „Verdichtung zweiter Ordnung" – wenn auch nur noch als „heuristische Inspirationsquelle" (S. 234) – nutzbar gemacht werden können. Ebenfalls auf die Transformation von Staatlichkeit im Zusammenhang mit der Transnationalisierung der Produktionsverhältnisse geht Jens Wissel ein, der aber weitaus direkter an Poulantzas und dessen imperialismustheoretischen Überlegungen anschließt. Auf grundlegenderer Ebene liefert Markus Wissen einen äußerst wichtigen Beitrag zu den Begriffen der „Raum-" und „Zeitmatrix" bei Poulantzas, der die im deutschen Sprachraum nur zögerlich rezipierten Theorieansätze und Erkenntnisse der „radical geography" und des „spatial turn" in den Sozialwissenschaften aufgreift.

Den letzten Teil des Bandes bilden Beiträge, die sich dem Begriff der Krise und damit verbundenen strategischen Handlungsoptionen für die Linke im gegenwärtigen Kapitalismus widmen. Thomas Sablowski untersucht den Zusammenhang von ökonomischer und politischer Krisen als relativ „offene Situationen" für politische Handlungsfähigkeit, sowohl historisch im Faschisierungsprozess in Deutschland und Italien, aber auch in ihrer Bedeutung für politische Strategien heute. Der Beitrag von Ulrich Brand und Miriam Heigl stellt die Frage nach aktuellen Strategien der Linken, die das Terrain der Kämpfe selbst verändern können. Dabei wird ein „neo-poulantzianisches Forschungsprogramm" (S. 287) eingefordert, das angesichts der Globalisierung über die nationalstaatsorientierten





strategischen Überlegungen Poulantzas' hinausgreift. Zum Abschluss diskutiert Peter Thomas das Verhältnis der strategischen Vorschläge Poulantzas' und Gramscis, dem „Weg zum demokratischen Sozialismus" und dem „Stellungskrieg", und zeigt, wie trotz aller Kritik des Ersteren an Gramscis angeblicher Befangenheit im Lenin'schen Konzept der „Doppelherrschaft" deren Kombination „das aktuellste und fruchtbarste Moment des Erbes von Poulantzas sein" könnte (S. 322).

Die Qualität des Sammelbands liegt nicht nur an der Breite der verhandelten Themen, sondern auch daran, dass nicht willkürlich Brocken aus dem „Steinbruch Poulantzas" heraus gebrochen, sondern Möglichkeiten, Grenzen und Anknüpfungspunkte „poulantzianischer" Theorien in verschiedenen Forschungsfeldern diskutiert werden. Die Aufschlüsselung von Grundbegriffen, die von den Herausgebern im Klappentext versprochen werden, kann *Poulantzas lesen* aufgrund der durchaus voraussetzungsreichen Texte und der thematischen Breite jedoch nur bedingt leisten – hierfür ist Demirovics Buch umso geeigneter.

Benjamin Opratko

* Diese Rezension erschien bereits in einer leicht gekürzten Fassung in der aktuellen Ausgabe der hiermit nachdrücklich empfohlenen linken schweizer Zeitschrift "Widerspruch".

Henning Böke: Maoismus. China und die Linke – Bilanz und Perspektive

Stuttgart: Schmetterling Verlag, Reihe theorie.org, 2007, 216 Seiten, 10 Euro

China boomt! Und das nicht nur ökonomisch. Neben den immensen Wachstumsraten der chinesischen Wirtschaft ist um das „Reich der Mitte" ein veritabler Medienhype entstanden: keine Zeitschrift, kein Fernsehsender der nicht schon einen Themenschwerpunkt über die aufsteigende Weltmacht im Programm hatte. Doch auch die Revolten boomen in diesem riesigen Land. So teilte das chinesische Ministerium für öffentliche Sicherheit im letzten Jahr mit, dass im Jahr 2005 87.000 Delikte gegen die öffentliche Ordnung registriert wurden. Zu den Delikten zählten Justizbehinderungen, unerlaubte Menschenansammlungen sowie Kämpfe und Ruhestörungen, heißt es in der Erklärung. Bereits im September 2004 stellte die 4. Plenartagung des XVI. Zentralkomitees eine ernste soziale Krise im Land fest. Selbst die Regierenden, die sich selbst immer noch Kommunisten nennen, haben also registriert, dass die Bevölkerung gegen die gesellschaftliche Situation rebelliert. Doch wie kann

so etwas in einer „kommunistischen Volksrepublik“ geschehen?

Im neuesten Band der bisher sehr gelungenen Reihe theorie.org des Schmetterling Verlags zieht Henning Böke eine Bilanz des Maoismus. Er zeichnet prägnant die oftmals verwirrenden und sich widersprechenden Etappen der chinesischen Entwicklung von der Gründung der Kommunistischen Partei 1921 bis heute nach. Dabei geht er ausführlich auf die verschiedenen Strömungen innerhalb der KP ein, mit leichter Sympathie für die maoistische Linke. Er zeichnet die geschichtliche und theoretische Entwicklung nach, die zum Bruch der kommunistischen Weltbewegung in einen sowjetischen und einen chinesischen Flügel führte und zeigt, wie die „Mao Zedong Ideen“ die Neue Linke im Westen beeinflusste. Dabei beschränkt er sich nicht nur auf die maoistischen K-Gruppen, sondern zeigt auch welchen Einfluss die Entwicklung in China auf marxistische Theoretiker wie Louis Althusser und Charles Bettelheim hatten.

Weit wirkmächtiger als in den Industriestaaten ist die Rezeption des Maoismus in den sich entkolonialisierenden Nationen des globalen Südens und den dabei aktiven nationalen Befreiungsbewegungen. Dort wird der chinesische Weg als alternatives Entwicklungskonzept aufgefasst, welches sich gegen eine einseitige Fokussierung auf eine rasche und rücksichtlose Industrialisierung, wie sie sowohl von den westlichen Industriestaaten, als auch der Sowjetunion vorgegeben werden, wendet. Der Autor zieht dabei für China eine verhalten wohlwollende Bilanz. Auch wenn eine umfassende Befreiung der Menschen dabei nicht erreicht wurde, so spreche es doch für China, so Böke, dass dort nicht das blinde Wirken des Marktes regiere und sich die Menschen unterwerfe, sondern dass es zumindest teilweise noch eine rationale Kontrolle über den Produktionsprozess gebe. Dieses Primat der Politik vor der Ökonomie werde allerdings seit dem Ende der Kulturrevolution und Maos Tod immer weiter zurückgedrängt.

Vom ursprünglichen Versprechen der Revolution die Emanzipation des Menschen zu verwirklichen, ist in dieser Perspektive allerdings nicht mehr viel geblieben. Und auch auf eine zentrale Frage des Buchs, wie denn nach einer erfolgreichen Revolution der Übergang zu einer befreiten Gesellschaft organisiert werden kann, ist diese Antwort unbefriedigend.

Deutlich wird dagegen, dass der maoistische Anlauf, der mit dem Anspruch auftrat die Fehler des sowjetischen Entwicklungsweges zu vermeiden, ebenfalls gescheitert ist. Aus diesem Scheitern stellt sich die Frage, die sich sowohl für die Bolschewiki, wie für die Maoisten nach der siegreichen Revolution ergab, ob der Übergang in eine befreite Gesellschaft nur auf der Grundlage einer vollständigen Industrialisierung möglich ist. Diese Frage hat in der revolutionären Bewegung seit dem Briefwechsel zwischen Marx und der russischen Sozialrevolutionärin Vera Sassulitsch von 1881 eine lange Tradition. Die rätekommunistische Linke bejaht diese Frage und sieht in der ökonomischen Rückständigkeit in Russland und China den objektiven Grund für die Unmöglichkeit des Kommunismus in diesen Ländern. Henning Böke weist diese Kritik als deterministisch zurück, kann aber auch keine befriedigende Antwort geben, wobei sich allerdings die Frage stellt, ob sich diese Frage theoretisch überhaupt beantworten lässt.

Aus den Erfahrungen der bisherigen revolutionären Anläufen heraus kritisiert er zu Recht die Staatsfixierung der siegreichen Revolutionäre, ob nun in Russland oder in China, und setzt dem die umfassenden Aktivitäten der Gesellschaftsmitglieder entgegen. Er verweist hierbei auf die Ausführungen zur Zivilgesellschaft von Antonio Gramsci. Eine aktuelle Umsetzung dieses Konzeptes sieht er in den Aktivitäten des Zapatistischen Befreiungsheeres in Mexiko, die eine Eroberung der Staatsmacht ablehnen und stattdessen den Aufbau einer sich selbst transformierenden Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt stellen. Ironischerweise sind die Zapatisten ursprünglich aus einer maoistischen Guerilla entstandenen.

Der Autor bezieht sich positiv auf eine „Neue Linke“ in der heutigen chinesischen Gesellschaft, die sich vor allem gegen wirtschaftliche Liberalisierung und kulturelle Verwestlichung wendet. Deren Konzepte sind allerdings von der Hoffnung geprägt, die Marktwirtschaft ließe sich sozial abfedern und sei somit nichts anderes als das kleinere Übel. Gegenüber den positiven Bezugnahmen auf die massiven sozialen Unruhen im Land, die von der sozialrevolutionären Linken im Ausland vorgenommen werden, ist er allerdings skeptisch. Denn diese Unruhen gehen nicht von der maoistischen Basislinken, deren politisches Bewusstsein in der Mao-Ära gebildet wurde aus, sondern in erster Linie von ArbeiterInnen bäuerlicher Herkunft, die erst in den letzten Jahren proletarisiert worden sind. Dieser neuen ArbeiterInnenbewegung fehle folglich die linke Sozialisation und der Bezug auf die linken Erfahrungen in China. Doch vielleicht wird sich gerade dies als ihr großer Vorteil erweisen.

Jens Benicke

